



WEISSER RING Magazin

In der Psychiatrie
getötet

Die Familie von
David S. kämpft um
Aufklärung

Blinde Liebe

Wenn Fans
Gewalttaten
ihres Idols online
verteidigen

Politisch
motivierte Angriffe

Wachsende Gefahr von rechts

Wie Rechtsradikale den Staat und Minderheiten attackieren
und welche Gefahr von anderen Extremisten ausgeht

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

noch nie hat die Polizei so viele politisch motivierte Straftaten erfasst wie im vergangenen Jahr: 84.172 – ein Anstieg von mehr als 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes sind 48 Prozent dieser Delikte dem rechtsradikalen Spektrum zuzuordnen. Ähnlich wie seine Amtsvorgängerin Nancy Faeser (SPD) warnte Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) bei der Vorstellung der Zahlen: „Die größte Gefährdung für die Demokratie geht vom Rechtsextremismus aus.“

Mit dieser Entwicklung befasst sich Michael Kraske, preisgekrönter Buchautor und Rechtsextremismus-Experte, in unserer aktuellen Titelgeschichte. Kraske, der für uns bereits einen Report zu Antisemitismus verfasst hat, zeigt auf, wie Minderheiten und die aktive Zivilgesellschaft zunehmend angegriffen werden. Eine exklusive Länderumfrage des WEISSER RING Magazins macht zudem deutlich, wie stark die Zahl der jugendlichen und heranwachsenden Tatverdächtigen gestiegen ist.

Im Interview mit Heike Pooth, Referatsleiterin im Polizeilichen Staatsschutz des BKA, blicken wir aber auch auf die Gefahr durch andere Radikale, im Bereich der „ausländischen Ideologie“ und des Linksextremismus.

Darüber hinaus arbeiten unsere Reporter den Fall von David S. auf, der mit 22 Jahren auf einer geschlossenen psychiatrischen Akutstation in Hessen getötet wurde. Sie haben unter anderem mit Hinterbliebenen, Mitpatienten, Ermittlern gesprochen, Hunderte Seiten Ermittlungsakten ausgewertet und sind dabei auch Hinweisen auf Versäumnisse nachgegangen. In einem Gerichtsprozess wurde ein verdächtiger Mitpatient, der wegen anderer Gewaltdelikte bereits im Maßregelvollzug untergebracht worden war, aus Mangel an Beweisen freigesprochen. Doch viele Fragen sind nach wie vor offen.

Wenn unsere Texte Sie zur Reflexion und Diskussion anregen, freue ich mich. Teilen Sie uns Ihre Gedanken gerne per E-Mail an redaktion@weisser-ring.de mit.

Ihre Bianca Biwer
Bundesgeschäftsführerin WEISSER RING

P.S.:

Wir lieben Gedrucktes – aber natürlich finden Sie unser **Magazin** auch im **Internet**. Schauen Sie mal rein: <https://wr-magazin.de>



„Minderheiten und die aktive Zivilgesellschaft werden zunehmend angegriffen.“



facebook.com/weisserring



instagram.com/weisser_ring



linkedin.com/company/weisserringev



youtube.de/weisserringev

Inhalt

4

Meldungen

Rügen des Presserates, Auszeichnung für Gisèle Pelicot, aktuelle Zahlen zu Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und sexualisierte Gewalt bei Kindern und Jugendlichen

6

Der Flächenbrand

Rechtsextreme Straftaten nehmen zu – von Propaganda bis zu Gewaltdelikten. Opferberatungsstellen fordern stärkeres staatliches Gegensteuern

22

„Entspannung ist nicht in Sicht“

BKA-Referatsleiterin Heike Pooth im Interview über Politisch Motivierte Kriminalität von links und den Phänomenbereich „ausländische Ideologie“

24

„Wachsende Polarisierung und Radikalisierung“

Die politische Kriminalität wächst – die Zahlen in der Übersicht

25

Social Media

Unsere Titelgeschichte zu psychisch kranken Menschen, die zu Tätern werden, hat das Internet sehr beschäftigt. Eine Auswahl an Kommentaren

26

Täterin aus Versehen

Eine Frau wird unbeabsichtigt durch einen Fake-Nebenjob zur Täterin – eine besondere Herausforderung auch für den WEISSEN RING

29

Der Kommentar

Kerstin Claus, Unabhängige Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen, über die Abschaffung des Fonds Sexueller Missbrauch

30

Jung, rechtsradikal, gefährlich

Die Zahl der verdächtigen Jugendlichen und Heranwachsenden steigt – eine Länderumfrage des WEISSER RING Magazins zeigt das Ausmaß

32

Sensationsgier statt Sensibilität

Drei Jahre nach dem Mord an ihren Eltern prägt die Tat ihr Leben bis heute. Sandra Epp sucht nach Antworten

36

Ein Anruf bei ... Christian Heinz

Der hessische Justizminister setzte sich für den bundesweiten Einsatz der Fußfessel nach dem spanischen Modell ein. Nun reagiert der Bund mit einem Gesetzentwurf. Hessen zieht derweil eine erste Bilanz

38

Kein Schutz. Nirgends

Nach dem Tod des 22-jährigen David S. in der Psychiatrie bleiben viele offene Fragen

48

Wenn Liebe blind macht

Die Loyalität von Fans kann gefährlich werden, wenn sie Gewalt ihres Idols verharmlosen oder online verteidigen. Ein Beispiel: Chris Brown

52

Medientipps

Neue Bücher, Podcasts, Filme: Wo findet sich die Opferperspektive wieder?

54

Danke/Impressum

Ehrensache

28

Das Heft im Heft

Krisenerprobte Ehrenamtliche im Hamburger Landesverband. Ein Bremer, der nicht stillstehen kann. Eine stellvertretende Landesvorsitzende mit großen Visionen. Ein Strafverteidiger zwischen Opfern und Tätern. Und eine engagierte Landesjugendbeauftragte.

Fotos: Lena Giovanazzi, Jewgeni Roppel



Meldungen

Vergleich:

2023

2024

319

364

Nach Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA) wurden im Jahr 2024 14,1 Prozent mehr Ermittlungsverfahren im Bereich des **Menschenhandels** zum Zweck der **sexuellen Ausbeutung** abgeschlossen.

Blick nach ...

... Berlin

Nach dem Aus für den **Fonds Sexueller Missbrauch** war bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe nach wie vor ungewiss, ob es Ersatz dafür gibt. Auf Anfrage des WEISSER RING Magazins teilte das Bundesfamilienministerium mit, es setze sich dafür ein, dass Betroffene auch künftig wirksame Hilfen erhalten. Dies hatten Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart. Die „Möglichkeiten der Umsetzung“ würden weiterhin geprüft, sagte eine Sprecherin des Ministeriums von Karin Prien (CDU), die sich unter anderem mit dem Betroffenenrat austausche. Der Prozess werde noch „einige Zeit in Anspruch nehmen“, damit die Lösung den Vorgaben des Bundesrechnungshofs entspreche. Der Fonds, der zum Ergänzenden Hilfesystem gehörte, war im Sommer – rückwirkend zum 19. März – eingestellt worden. Der WEISSE RING und weitere Fachorganisationen kritisierten das Ende des Fonds scharf.

„Die **Möglichkeiten der Umsetzung (...)** werden weiterhin geprüft.“

Bundesfamilienministerium zu einem möglichen Ersatz für den Fonds Sexueller Missbrauch

Studie:

Mehr als

30%

der Betroffenen im **Kindes- und Jugendalter** haben **sexualisierte Gewalt** über **digitale Kanäle** erlebt. Das ergab die Nationale Dunkelfeldstudie aus dem Jahr 2025.

Mehr als

60%

der Betroffenen, die **sexualisierte Gewalt** in der **realen Welt** erfahren haben, haben auch **sexualisierte Gewalt** in den **sozialen Medien** erlebt.

Rügen des
Presserats

Fehlender Opferschutz bei
Kriminalberichterstattung

Der **Deutsche Presserat** hat in diesem Jahr **67 Rügen** bis August ausgesprochen, darunter waren wieder Verstöße gegen den **Opferschutz** und das **Persönlichkeitsrecht bei Kriminalberichterstattungen**. So zeigten „BILD“ und „BILD.DE“ im Zusammenhang mit dem Anschlag in Aschaffenburg das zweijährige getötete Opfer unverpixelt. Ein **Verstoß gegen den Pressekodex**, der die Identifizierbarkeit von Kindern bei der Berichterstattung von Straftaten untersagt. Auch „BILD AM SONNTAG“ verletzte den Persönlichkeitsschutz, indem sie unverpixelte Fotos früherer Opfer von Attentaten, darunter Kinder, ohne Zustimmung der Angehörigen veröffentlichte. „BILD.DE“ und „WAZ.DE“ wurden zudem gerügt, weil sie im Fall einer mutmaßlich vergewaltigten Frau ein Foto veröffentlichten, das die Betroffene nackt und in hilfloser Lage zeigte. „Baden Online“ wurde gerügt, weil in einem Mordbericht der volle Name und private Details des Opfers veröffentlicht wurden. Der Deutsche Presserat ist die freiwillige Selbstkontrolle für Print- und Online-Medien in Deutschland und prüft anhand von Beschwerden die **Einhaltung des Pressekodex**.

Verdienstorden für
Vergewaltigungsoffer

Auszeichnung
für Gisèle Pelicot

Gisèle Pelicot wurde mit der **höchsten Auszeichnung Frankreichs** geehrt, dem Verdienstorden der Ehrenlegion. Kurz vor dem französischen Nationalfeiertag am 14. Juli wurde im Amtsblatt die Liste mit allen ausgezeichneten Personen veröffentlicht. Die 72-jährige Französin wurde von ihrem damaligen Ehemann Dominique Pelicot jahrelang regelmäßig mit Schlafmitteln betäubt und von ihm und anderen, fremden Männern vergewaltigt. Im vergangenen Jahr fand der Prozess gegen ihn und 50 weitere Angeklagte statt, alle wurden schuldig gesprochen. Ein Prozess, der auf Wunsch von Gisèle Pelicot öffentlich stattfand. „**Die Scham muss die Seite wechseln**“, so die Französin. Wegen ihres Muts und der großen Medienaufmerksamkeit für den Prozess ist sie zu einer **internationalen Ikone für Frauenrechte** geworden.

Zitat:

„Die elektronische Aufenthaltsüberwachung ist ein entscheidendes Instrument **im Kampf gegen Femizide**.“

Ulrich Mäurer (SPD)

Innensenator von Bremen

Zahlen:

Eine aktuelle Studie der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PwC Deutschland hat ergeben, dass **Phishing-Mails** mit

75%

die bekannteste Betrugsform ist. Danach folgt **Identitätsdiebstahl** mit

74%

und **Kreditkartenbetrug** mit

73%

05

Titelstory

Der Flächenbrand

Text: Michael Kraske
Fotos: Julius Schien

Rechte Straf- und Gewalttaten haben einen neuen Höchststand erreicht. Das Spektrum reicht von Propaganda über spontane körperliche Attacken bis zu rechtsterroristischen Brandanschlägen – und die Täter werden jünger. Sie verfolgen und greifen Angehörige von Minderheiten an. Opferberatungsstellen schlagen Alarm und fordern den Staat auf, endlich entschlossener zu handeln.

M

Monatelang haben sie sich vorbereitet, die Vorfreude war groß. Zum fünften Mal baute ein breites Bündnis auf dem Marktplatz in Brandenburg Stände, Bänke und eine Bühne auf, um im Juni ein Fest der Vielfalt zu feiern. Darunter eine Trommelschule, der DanceClub vom Jugendzentrum Offi, „Schülis“ und Omas gegen Rechts. Das Motto: „Bad Freienwalde ist bunt.“ Was dann geschah, hat Tom Kurz beobachtet, der bei der ehrenamtlichen Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt

Märkisch Oderland arbeitet: Maskiert mit Sturmhauben, bewaffnet mit Schlagstöcken stürmte eine Gruppe junger Gewalttäter auf den Platz. „Die Neonazis waren erst im Moment des Angriffs sichtbar“, erinnert sich Kurz. „Ich habe sie auf mich zurennen sehen. Alles ging sehr schnell.“

Vier Personen seien durch Schläge verletzt worden. In einem Video des RBB ist zu sehen, wie ein Angreifer einem Mann gezielt mit der Faust ins Gesicht schlägt. „Mehrere Leute sind dazwischengegangen und haben Schlimmeres verhindert“, sagt Kurz. „Die Neonazis haben wohl nicht mit Gegenwehr gerechnet und mussten ihren Angriff abbrechen.“ Der orchestrierte Gewaltakt habe viele derjenigen, die unbeschwert feiern wollten, schockiert. „Es waren ja auch Familien da. Viele haben zum ersten Mal so massive rechte Gewalt erfahren.“ Das Fest fand trotzdem statt, aber der brutale Überfall habe den ganzen Tag überschattet.

Als der Angriff erfolgte, war die Polizei nicht vor Ort

Nach der Tat kam Brandenburgs Innenminister René Wilke (parteilos) nach Bad Freienwalde. Er sprach von einem „Angriff auf die Art unseres Zusammenlebens“ – ein seltenes Signal der Solidarität mit der queeren Community. Die Veranstalter haben jedoch in einer Stellungnahme klargemacht, dass Betroffenheit nicht ausreicht: „Als der Angriff erfolgte, war die Polizei nicht vor Ort. Die Gefahr, der unsere Veranstaltung ausgesetzt war, wurde falsch eingeschätzt. Das muss sich ändern!“ Tom Kurz kritisiert, dass die Polizei auch gegen diejenigen ermittle, die sich gegen die militanten Neonazis wehrten, um sich und andere zu verteidigen. Das WEISSER RING Magazin hat die Brandenburger Polizei nach den Gründen dafür gefragt und weshalb trotz Warnungen im Vorfeld keine Beamten vor Ort waren. Die Anfrage blieb unbeantwortet. Gegenüber der Märkischen Allgemeinen Zeitung wies ein Polizeisprecher Kritik zurück. Er sagte, die bei der Veranstaltung eingesetzten Beamten seien während des Angriffs nicht am Tatort gewesen, weil sie im Umfeld des Festgeländes unter anderem „Fahrzeugbewegungen“ überprüft hätten

Einige Tage nach dem Überfall hat die Polizei die Wohnräume eines mutmaßlichen Angreifers durchsucht.

F

Für Tom Kurz hat der Angriff eine lange Vorgeschichte. Er beschreibt gefestigte rechtsextreme Strukturen in der Region, mit alten Neonazis aus den 1990er-Jahren, einer stark verankerten AfD und aktionistischen Jugendorganisationen wie der vom III. Weg, einer neonazistischen Kleinstpartei. Nicht rechte Jugendliche würden in Bad Freienwalde zur Zielscheibe

2024 haben **politisch motivierte Straftaten** laut der jährlichen Statistik des Bundeskriminalamtes (BKA) mit

84.172

Delikten den **höchsten Stand** seit der Erfassung erreicht.

Das ist ein **Plus** von

42%

Etwa die Hälfte aller politischen Straftaten sind **rechtsextremistisch motiviert**:

42.788



**Karl Sidon,
18. Januar 1993, Arnstadt**

Karl Sidon, Parkwächter im Schlosspark Arnstadt, wird am 18. Januar 1993 von fünf jungen Neonazis brutal verprügelt und getötet. Die Gruppe im Alter von 11 bis 16 Jahren beschädigte zuvor im Schlosspark ein Gebäude. Als Karl Sidon das bemerkt, geht er ihnen nach und ermahnt sie. Daraufhin gehen die Jugendlichen auf Sidon los und schlagen auf ihn ein, bis er bewusstlos am Boden liegen bleibt. Im Anschluss schleifen sie ihn auf eine angrenzende, viel befahrene Straße, wo er schließlich von mehreren Autos überfahren wird. Noch am selben Abend erliegt Karl Sidon seinen Verletzungen.

**İsmail Yaşar,
9. Juni 2005, Nürnberg**

İsmail Yaşar betreibt einen beliebten Imbiss in der Südstadt Nürnbergs. Die Täter der rechtsextremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) fahren am Morgen des 9. Juni 2005 mit Fahrrädern in die Nähe des Imbisses, betreten diesen und ermorden İsmail Yaşar mit fünf Schüssen in den Kopf und Oberkörper. Er stirbt noch am Tatort. Während der Mordserie des NSU ermittelt die Polizei fast ausschließlich im Umfeld der Opfer, nicht aber in rechtsextremen Kreisen, bis sich der „NSU“ 2011 schließlich selbst enttarnt.



DEZEMBER
2024

Magdeburg

Am Abend des Terroranschlags auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt am 20. Dezember 2024 wird ein Student auf dem Nachhauseweg von einer Männergruppe rassistisch beleidigt. „Ihr gehört hier nicht her“, rufen die Männer. Der Student wird mit dem Tod bedroht und geschlagen. Der Terroranschlag des Angreifers saudi-arabischer Herkunft löst in der Stadt eine Welle rassistischer Gewalt aus. So wird ein 13-Jähriger im Fahrstuhl seines Wohnhauses von einem Erwachsenen rassistisch beleidigt und gewürgt.

der jungen Rechtsextremen. Mitglieder des Bündnisses würden im Ort regelmäßig beleidigt und bedroht.

Kurz betont, wie wichtig prominente Persönlichkeiten wären, die sich klar positionieren: „Denn die Neonazis sehen sich als ausführende Gewalt eines Volkswillens.“ Stattdessen gab Bürgermeister Ralf Lehmann (CDU) dem RBB nach dem brutalen Überfall ein verstörendes Interview. Der Täter habe zwar „nicht hauen dürfen“, so das Stadtoberhaupt, das Opfer „hätte ihn aber auch nicht festhalten dürfen“. Wie unter einem Brennglas zeigt der Fall die Enthemmung rechter Gewalt – und die Missstände im Umgang damit, wenn Verantwortliche eine Täter-Opfer-Umkehr betreiben.

Rekordniveau rechter Straftaten

Politisch motivierte Kriminalität ist im vergangenen Jahr so stark gestiegen wie nie seit Einführung des neuen Meldesystems im Jahr 2001. Als Ursache verweist das Bundeskriminalamt (BKA) auf die „wachsende Polarisierung und Radikalisierung in der Gesellschaft“. Mit 47,8 Prozent nahmen die rechtsmotivierten Straftaten, die bereits in den vergangenen Jahren beunruhigende Rekorde erreicht haben, am stärksten zu. Sie machen rund die Hälfte aller polizeilich registrierten politisch motivierten Taten aus. Darunter sind mehrheitlich Propagandadelikte, doch auch die rechtsmotivierten Gewaltstraftaten stiegen deutlich um 17,2 Prozent auf 1.488. „Ein Beleg für die hohe und weiterhin zunehmende Gewaltbereitschaft“, erklärt ein BKA-Sprecher.

Noch dramatischer sind die Zahlen, die der Verband der auf rechte Gewalt spezialisierten Opferberatungsstellen (VBRG) erhoben hat. In zwölf von 16 Bundesländern kam es demnach zu 3.453 rechten, rassistischen und antisemitisch motivierten Angriffen mit 4.681 direkt Betroffenen – ein Plus von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im Ländervergleich liegt Berlin mit 9,99 Taten pro 100.000 Einwohner vorn, gefolgt von Sachsen-Anhalt (8,3) und Mecklenburg-Vorpommern (6,59). Bei den absoluten Zahlen steht ebenfalls Berlin mit 366 Angriffen vor Nordrhein-Westfalen mit 294 (1,63 pro 100.000 Einwohner) auf

dem ersten Platz. Mehr als die Hälfte aller Taten seien rassistisch motiviert. Gleichwohl hätten die Angriffe auf „politische Gegner“ um zwei Drittel und queerfeindliche um 40 Prozent zugenommen.

Im Gegensatz zum BKA erfassen die Opferberatungen auch Fälle von Nötigung und Bedrohung, was die höheren Fallzahlen teilweise erklärt. Der VBRG notierte 1.212 Bedrohungen/Nötigungen sowie 1.143 einfache und 681 gefährliche Körperverletzungen. Sowohl die Zahlen des VBRG als auch die des Bundeskriminalamtes spiegeln jedoch „nur einen Ausschnitt aus einer sehr bedrohlichen und gewaltvollen Realität für sehr viele Menschen in diesem Land“ wider, betont die Geschäftsführerin des Verbandes, Heike Kleffner. „Die Ausweitung der Gefahrenzonen verändert langfristig den Alltag der betroffenen Menschen. Eine häufige Folge ist sozialer Rückzug.“ Man gehe nicht mehr auf Stadtfeste, verlasse Veranstaltungen früher und bewege sich in Angsträumen und nach Einbruch der Dunkelheit nur noch in Gruppen.

„Das Gewaltpotenzial ist stark gestiegen, sowohl von organisierten Rechtsextremisten als auch von rassistischen Gelegenheits- und Überzeugungstätern“, sagt Heike Kleffner. Zwar liegt der Osten, was rechte Angriffe betrifft, bezogen auf die Einwohnerzahl weiterhin vorn, aber der Westen holt auf. Täter, so Kleffner, griffen dabei auch zu Messern und Schlagwerkzeugen und schlugen auf ihre Opfer ein, selbst wenn diese schon am Boden lägen. Gelegenheitstäter schreckten auch nicht davor zurück, Kinder und Jugendliche zu verletzen.

Zwar liegt der Osten, was rechte Angriffe betrifft, weiterhin vorn, aber der Westen holt auf

In Brandenburg wurde im Dezember ein Schüler auf dem Nachhauseweg von einer Gruppe junger Rechter so schwer verletzt, dass er unter Lähmungserscheinungen in Armen und Beinen litt. Diese Täter seien oft in einem Umfeld sozialisiert, in dem Rassismus, Antisemitismus und Queerfeindlichkeit mehrheitsfähig seien, sagt Kleffner. Sie nennt Gründe für die ge-

„Das Gewaltpotenzial ist stark gestiegen, sowohl von organisierten Rechtsextremisten als auch von rassistischen Gelegenheits- und Überzeugungstätern.“ Heike Kleffner

sellschaftliche Klimaverschärfung: „Mit den Wahlerfolgen der AfD geht nicht nur eine Normalisierung von Rassismus und Antisemitismus einher, sondern auch eine beunruhigende NS-Verherrlichung.“

Kleffner erinnert daran, dass der AfD-Politiker Björn Höcke für den Gebrauch einer SA-Parole verurteilt wurde. Aus diversen Strafverfahren sei bekannt, dass rechte Täterinnen und Täter „ganz oft nationalsozialistische Propaganda, Hitler-Bilder und SS-Runen konsumieren, liken und teilen“. Man dürfe auch nicht unterschätzen, welche Wirkung ein migrationsfeindlicher gesellschaftlicher Diskurs habe. Eine Studie der Uni Bielefeld belegt zudem, dass Wählerschaft und Sympathisanten der AfD im Vergleich zu anderen Parteianhängern überdurchschnittlich oft Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele befürworten. „Die Wähler*innen radikalisieren die AfD, aber die Partei radikalisiert auch ihre Wählerinnen und Wähler“, so Kleffner.

D

Darüber hinaus greifen AfD-Politiker immer wieder selbst zu Gewalt. So wurde der Vorsitzende der AfD-Jugendorganisation in NRW, Felix Alexander Cassel, dafür verurteilt, am Rande eines „AfD-Bürgerdialogs“ in Köln einen Gegendemonstranten mit dem Pkw angefahren zu haben. In Berlin wurde der AfD-Bezirksverordnete Kai Borrmann für eine Beiß-Attacke gegen die schwarze Musikjournalistin Steph Karl verurteilt, die er zuvor rassistisch beleidigt hatte. Im November 2024 ließ die Bundesanwaltschaft drei AfD-Mitglieder festnehmen, die verdächtigt werden, der mutmaßlich rechtsterroristischen Vereinigung

„Sächsische Separatisten“ angehört zu haben.

Ein BKA-Sprecher weist darauf, dass rechte Straftaten nicht in jedem Fall tief verinnerlichte rechtsextreme Denkmuster voraussetzen. Nicht selten würden nur „Versatzstücke aus Ideologien“ übernommen: „Rechtsextreme Ideologien und gezielte Mobilisierung durch rechte Akteure schaffen und fördern jedoch Rahmenbedingungen, die an der Motivation zu solchen Straftaten andocken.“ Etwa, indem bestimmten Personengruppen eine Sündenbockfunktion zugeschrieben wird oder sie durch Täter-Opfer-Umkehr als bedrohlich markiert werden.

Immer stärker ins Visier rechter Straftäter geraten queere Menschen, etwa in Sachsen, beobachtet Michel Röhrich vom Bürgerrechtsverband Queere Vielfalt (LSVD): „Die gestiegene Bedrohung ist auf alle Fälle spürbar. Die Lage ist erheblich unsicherer geworden.“ Zwar gibt es auch in kleineren sächsischen Orten wie Döbeln oder Riesa CSD-Veranstaltungen, aber Ankunft und Rückfahrt seien gefährlich, weil Rechtsextremisten die Veranstaltungen systematisch anfeindeten. „Teilnehmende müssen in Gruppen anreisen“, sagt Röhrich. Immer wieder meldeten sich Personen, die berichten, sie seien in ihrem Alltag angegriffen worden. Oftmals scheuten sie sich aber, Straftaten anzuzeigen. Betroffene würden ausgelacht, beleidigt und ausgegrenzt. Auch Schulen seien häufig Tatorte. „Die meisten, die sich an uns wenden, sind

Die Beratungsstelle für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) hatte in diesem Jahr in

12

Bundesländern einen Rekord an registrierten Fällen.

Mehr als

3.400

Fälle wurden demnach aufgenommen.

Das ist ein Plus von

20%

im Gegensatz zum Vorjahr.

**Philipp W.,
17. April 2018, Wiebelskirchen**

Am 17. April 2018 wird das Treppenhaus eines Wohnhauses in Wiebelskirchen im Saarland aus rassistischen Motiven in Brand gesteckt. Das Gebäude, in dem mehrere syrische Geflüchtete mit ihren Kindern leben, steht schnell in Flammen. Die Feuerwehr rettet elf Menschen, einige mit schweren Rauchvergiftungen. Philipp W. wohnt im Dachgeschoss und verbrennt in seiner Wohnung. Die beiden Täter gestehen vor Gericht, die Tat aus Hass auf Ausländer begangen zu haben.



**Andrea B.,
31. Oktober 2012, Hannover**

Die 44-jährige Sexworkerin Andrea B. begleitet den damals 25-jährigen Täter in seine Wohnung im Süden Hannovers. Dort angekommen, macht sie sich über Nazi-symbole in der Wohnung und die rechts-extreme Gesinnung des 25-Jährigen lustig. Daraufhin tötet der Täter Andrea B. auf brutale Weise mit einer Machete. Die Leiche verpackt er in Plastiksäcke und wirft diese in den Maschsee. Die sterblichen Überreste werden am Morgen von Passant:innen entdeckt.

MÄRZ
2025

Cottbus

Eine Gruppe greift am 28. März das Hausprojekt „Zelle79“ in Cottbus (Brandenburg) an. Die Täter brüllen rechte Parolen und werfen mit Pflastersteinen. Wenige Stunden später attackieren verummte Täter das Haus erneut mit Steinen. Im Mai informiert die Polizei über einen weiteren Angriff von fünf Personen mit Böllern und Leuchtfackeln. Dabei werden verfassungsfeindliche Parolen gerufen, Eingangstür und Fassade beschädigt.

voller Angst und fressen das in sich rein“, so Röhricht.

Das Leben der queeren Community werde durch eine feindliche Grundstimmung in der Gesellschaft stark eingeschränkt. Viele täten alles, um in der Öffentlichkeit nicht aufzufallen. „Die Sichtbarkeit nimmt ab“, so Röhricht. Zwar sei die Lage in ländlichen Regionen noch schwieriger, vor allem für queere migrantische Personen. Dort liege ein „Mantel des Schweigens“ über Diskriminierung und Gewalt; Hilfsangebote gebe es oftmals nicht. Selbst Großstädte wie Chemnitz bieten Röhricht zufolge keinen Schutz, weil viele Treffpunkte aufgrund mangelnder Förderung weggebrochen seien. „Es gibt queere Menschen, die eine Serie von Angriffen und Beeinträchtigungen erlitten haben“, berichtet er. „Da gibt es ganz viel Hoffnungslosigkeit und Resignation.“

W

Während sich Opfer zurückziehen, fühlen sich Täter ermutigt. Eine entscheidende Rolle im Radikalisierungsprozess spielen nach Erkenntnissen des BKA die sozialen Medien: mit einer ungefilterten Flut von Hetze, Desinformation und Propaganda. In den digitalen Hasskammern verbreiten Rechtsextremisten toxische Erzählungen über eine angebliche „Umvolkung“, „Gender-Wahn“, „Frühsexualisierung“, „Globalisten“ und „linksgüne Ökofaschisten“. Menschen werden aufgrund ihrer Nationalität, Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung als Hassobjekte angefeindet.

Während sich Opfer zurückziehen, fühlen sich Täter ermutigt

Ins Visier geraten alle, die nicht der homogenen Norm einer völkisch-deutschen Ideologie entsprechen. Die sozialen Medien bieten Rechtsextremisten und Rassisten dabei nicht nur eine Plattform für niedrigschwellige Kontaktaufnahme, Rekrutierung und Vernetzung, sondern werden auch als Tatort und Labor für politisch motivierte Straftaten genutzt. Hasskriminalität ist im

vergangenen Jahr um 28 Prozent auf 21.773 Fälle angestiegen. Mehr als zwei Drittel aller Hassdelikte sind rechts motiviert.

Rechte Täter immer jünger

Seit Mitte 2024 beobachten die Sicherheitsbehörden einen beunruhigenden Trend. In der Neonazi-Szene treten viele neue Jugendgruppen in Erscheinung, die „Jung und Stark“ oder „Deutsche Jugend Voran“ heißen. Rechtsextreme Straftäter werden immer jünger. Nach dem Angriff auf den SPD-Politiker Matthias Ecke im vergangenen Jahr in Dresden wurden vier Minderjährige aus dem Umfeld der rechtsextremen „Elblandrevolte“ als Verdächtige ermittelt.

In einem anderen Fall verurteilte das Amtsgericht Tiergarten in Berlin kürzlich vier mutmaßliche Neonazis aus Sachsen-Anhalt, die im Ortsteil Lichterfelde zwei SPD-Wahlkämpfer brutal attackiert hatten. Die Täter, die auf dem Weg zu einer rechten Demo waren, hatten einen 50-Jährigen mit Springerstiefeln gegen den Kopf getreten. Der Vorsitzende Richter hatte keinen Zweifel an dem politischen Tatmotiv und verurteilte die jungen Angeklagten wegen gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen bis zu zwei Jahren und acht Monaten. Ein Sprecher des BKA warnt angesichts solcher Taten vor der Gewaltbereitschaft der neuen Gruppierungen: Aufgrund permanenter neonazistischer Propaganda bestehe „die Gefahr, dass diese Gruppen weitere Anhänger rekrutieren und sich das Phänomen ausweitet“.

In der Nacht auf den 23. Oktober 2024 brennt in Altdöbern (Brandenburg) das ehemalige Schützenhaus nieder. Durch einen glücklichen Zufall bleibt die Betreiberfamilie des zugehörigen Kulturhauses, die im Gebäude nebenan schläft, unverletzt. Die Polizei teilt wenige Tage später mit, sie gehe nicht von Brandstiftung aus, sondern von einem technischen Defekt. Dies hält sich fortan hartnäckig in der Region und wird Anfang des Jahres korrigiert. Allerdings nicht auf Initiative der Behörden, sondern im Landtag. In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der SPD taucht der Brand in Altdöbern überraschend als politisch motivierte Kriminalität

„Es gibt queere Menschen, die eine Serie von Angriffen und Beeinträchtigungen erlitten haben. Da gibt es ganz viel Hoffnungslosigkeit und Resignation.“

Michel Röhricht

von rechts auf, die sich gegen ein angeblich linkes Kulturobjekt richtete. „Links“ war der „Kultberg“ in Altdöbern nicht: Auf der offenen Bühne der Bar konnten alle, die wollten, spontan zur Gitarre greifen. Im Festsaal wurde auch Karneval gefeiert. Im Mai 2025 nimmt der Generalbundesanwalt (GBA) schließlich vier mutmaßliche Mitglieder der selbsternannten „Letzten Verteidigungswelle“ fest. Der Vorwurf: Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung. Der jüngste der minderjährigen Beschuldigten soll erst 14 Jahre alt sein. Deren Ziel laut Ermittlern: durch Brand- und Sprengstoffanschläge gegen Migranten und politische Gegner den Zusammenbruch des politischen Systems der Bundesrepublik herbeizuführen.

D

Die Bundesanwaltschaft wirft den Tatverdächtigen vor, einen Brandanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft in Schmölln (Thüringen) verübt zu haben. Obwohl aus einer Feuerwerksbatterie Pyrotechnik entzündet wurde, kam es dort glücklicherweise nicht zur Katastrophe. Die Beschuldigten sollen während der Tat einschlägige Parolen an die Unterkunft gesprüht haben: „Ausländer raus“, „Deutschland den Deutschen“ und „NS-Gebiet“, dazu Hakenkreuze und Sieg-Runen. Der Generalbundesanwalt ist zudem davon überzeugt, dass zwei der Verdächtigen den Brand in Altdöbern gelegt haben. Einer von ihnen soll laut GBA ein führendes Mitglied der mutmaßlichen rechtsterroristischen Vereinigung gewesen sein. Der Jugendliche habe die Tat in einem Video angekündigt, um andere Mitglieder zu ähnlichen Aktionen zu animieren. Bemerkenswert: Ein Terrorverdächtiger lebt mit seiner Familie

selbst in Altdöbern. Der Fall schreckte das Land kurz auf, doch viele Medien stürzten sich allein auf das Alter der mutmaßlichen „Teenie-Terroristen“. Hintergrund, Folgen und Konsequenzen? Fehlanzeige.

Anstatt zu versuchen, den Geschädigten einen Neustart zu ermöglichen, schickte die Gemeinde der Familie eine Kündigung

In Altdöbern haben die Täter die Existenz der Betreiberfamilie zerstört. Zwar blieb die Kneipe bei dem Brandanschlag verschont, während das frühere Schützenhaus, das seit 100 Jahren als Mittelpunkt des Dorflebens genutzt wurde, bis auf die Grundmauern niederbrannte. Dennoch stehen die Brandopfer nach der Tat vor dem Ruin. Im Ort ist die Familie isoliert. Anstatt zu versuchen, den Geschädigten einen Neustart zu ermöglichen und die Kultureinrichtung zu erhalten, schickte die Amtsverwaltung der Gemeinde der Familie eine Kündigung. Obwohl das Feuer nur Teile des Areals zerstört hat, gibt es offenbar Pläne, alles abzureißen. Im Ort kursieren böse Gerüchte über die Gastronomen. Sie hätten ja schon in Berlin eine Kneipe in den Sand gesetzt und seien längst auf dem Absprung in eine andere Stadt. Es hat den Anschein, als wolle man die Opfer des mutmaßlichen Rechtsterrors loswerden. Das WEISSER RING Magazin hat die Amtsverwaltung von Altdöbern nach den Gründen für die Kündigung und etwaige Abrisspläne gefragt. Die Anfrage blieb unbeantwortet.

Muster der Eskalation

Rechte Gewalt ist kein Zufall. Sie braucht einen Rahmen und einen Nährboden, der

Laut BKA spielt der **digitale Raum** eine immer größere Rolle in der politisch motivierten Kriminalität.

10.732

Straftaten im Bereich **Hasspostings** wurden registriert.

Das ist ein **Plus** von

34%

Auch hier sind die **meisten Taten** rechtsmotiviert.

Insgesamt gab es

4.760

registrierte **Fälle**.



**Alexandra Rousi,
14. Oktober 1994, Paderborn**

Alexandra Rousi wird von ihrem Nachbarn in Paderborn getötet. Sie stirbt bei einem Brand, der aus rassistischen Motiven gelegt wurde. Dem Brandanschlag gehen monatelange rassistische Drohungen und Beleidigungen voraus. Der Täter wohnt im Erdgeschoss des Zweifamilienhauses und übergießt das gemeinsame Treppenhaus mit Benzin. Als Alexandra ihn aufzuhalten versucht, zündet er, während er weiterhin ausländerfeindliche Beleidigungen von sich gibt, ein Streichholz an. Sowohl Alexandra Rousi als auch der Täter gehen in Flammen auf – Rousi stirbt noch im Treppenhaus.

**Bernd Grigol,
8. Mai 1996, Ammelshain**

Unter homophoben Parolen wird Bernd Grigol nachts in Leipzig-Wahren auf offener Straße von drei Neonazis attackiert und niedergestochen. Sie treten auf Bernd ein, werfen einen Ziegelstein auf seinen Kopf, stopfen ihm Sand in den Mund und stechen 36-mal mit einem Messer auf ihn ein. Den leblosen Körper werfen sie in einen gefluteten Steinbruch außerhalb von Leipzig. Bernd Grigol erleidet einen Genickbruch und stirbt.



MAI
2025

Chemnitz

Am 28. Mai wird eine 56-Jährige in Chemnitz von einem Unbekannten bedrängt, rassistisch beleidigt und attackiert. Die Frau erleidet leichte Verletzungen. Nach Eingreifen einer Zeugin kann der Täter unerkant flüchten.

sie legitimiert. In den vergangenen Jahren haben sich Vorurteile wie ein Gift auch in gesellschaftlichen Milieus verbreitet, die zuvor aufgrund ihrer Bildung und ihres Einkommens als kaum anfällig galten. Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit oder die Entmenschlichung geflüchteter Menschen sind mittlerweile auch bei jenen anschlussfähig, die sich selbst in der gesellschaftlichen Mitte verorten. Dafür sprechen etwa die Ergebnisse der Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Autoritarismus-Studien der Universität Leipzig, die seit Jahren Anstiege der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit messen.

In der sogenannten Flüchtlingskrise der Jahre 2015 wiederholten sich unheilvolle Muster einer politisch motivierten Gewaltspirale

In der Vergangenheit folgten die Wellen rechter Gewalt einem auffälligen Muster: In den 1990er-Jahren wurden Geflüchtete von Politik und Medien als „Schein-Asylanten“ dämonisiert, die das Land angeblich wie eine Naturkatastrophe fluteten. In der Folge brannten Asylbewerberheime. Die rassistische Eskalation führte von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen bis Mölln und Solingen, von Pogromen bis zu mörderischen Terroranschlägen. In der sogenannten Flüchtlingskrise der Jahre 2015 wiederholten sich unheilvolle Muster einer politisch motivierten Gewaltspirale. Infolge der massiven Mobilisierung der extremen Rechten gegen Geflüchtete, die erneut von rassistischen Diskursen begleitet wurde, stieg die Zahl der Angriffe auf Asylsuchende und deren Unterkünfte drastisch an. Laut Bundeskriminalamt verfünffachte sie sich im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr. Öffentliche Entmenschlichung sowie rechtsextreme und rassistische Mobilisierung führen zu rechter Gewalt. Militante Überzeugungstäter lassen radikalen Worten lebensgefährliche Taten folgen. Nach dem Motto: Alle reden nur. Wir handeln.

„Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern haben entsprechende Gruppierungen im Blick und begegnen der Szene mit hohem Kontrolldruck“, sagt ein BKA-Sprecher. Ein gemeinsamer Maßnahmenplan mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz

soll potenzielle Täter schneller erkennen, Netzwerke besser aufklären und Hasskriminalität im Internet effektiver bekämpfen. Dazu sei beim Polizeilichen Staatsschutz die Fachgruppe Internet eingerichtet worden, so der Sprecher.

G

Gleichwohl kritisieren die Beratungsgruppen des VBRG seit Jahren: Politische Tatmotive würden bei Ermittlungen weiterhin häufig ignoriert, Betroffene allzu oft nicht ernst genommen oder gar wie Täter behandelt. Strafverfahren wie die gegen jene Neonazis, die bei den rechtsradikalen Ausschreitungen in Chemnitz im Jahr 2018 gezielt migrantische Menschen und politische Gegner angriffen und verletzt haben, würden von der Justiz jahrelang verschleppt, bis Angeklagte untertauchen oder aufgrund der überlangen Verfahrensdauer mit milden Strafen davonkommen. So begann in Chemnitz erst sechs Jahre nach der Tat der erste große Prozess wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung. Nur drei von ursprünglich neun Angeklagten erhielten überhaupt eine Geldbuße, woraufhin das Verfahren gegen sie eingestellt wurde. Ein weiterer Prozess begann erst im Mai 2025, sieben Jahre nach den Angriffen. Drei Männer wurden vom Vorwurf des Landfriedensbruchs und der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen. Das Verfahren gegen einen vierten Angeklagten wurde eingestellt.

Schluss mit Sonntagsreden

Seit Jahren wiederholen Innenminister wie Nancy Faeser (SPD) und nun auch Alexander Dobrindt (CSU), Rechtsextremismus sei die größte Gefahr für unsere Demokratie. Doch in der Praxis werden Opfer alleingelassen und Täter verschont. Die Gefahr von rechts wird immer noch unterschätzt. Hinzu kommt, dass die Prävention durch zivilgesellschaftliche Initiativen und Vereine von Politik und Medien infrage gestellt und sogar delegitimiert wird. An-

„Es gibt sehr wohl Bundesländer, die Lehren aus dem NSU-Komplex gezogen und ihre Praxis verändert haben.“ Heike Kleffner

statt diese Vereine und Bündnisse dauerhaft durch ein Demokratiefördergesetz abzusichern, wird die AfD-Erzählung von einem angeblich schädlichen, linken Komplex von Nichtregierungsorganisationen (NGO) befeuert. „Die gefährliche Macht der angeblichen NGOs“, kommentierte etwa die Tageszeitung „Die Welt“. CDU/CSU haben im Bundestag mit 551 teils absurden Fragen zu NGOs Misstrauen gesät. 1.700 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben die Kleine Anfrage der Union in einem offenen Brief scharf kritisiert und die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Demokratie betont.

Die rechte Gefahr wächst, die Mittel dagegen nicht

Regelmäßig stehen Beratungsstellen für Opfer rechter oder antisemitischer Gewalt sowie mobile Beratungsteams wegen ungeklärter Finanzierung vor dem Aus. Die rechte Gefahr wächst, die Mittel dagegen nicht. Im Gegenteil sollen Fördermittel für zivilgesellschaftliche Projekte in Hotspots wie Sachsen sogar massiv gekürzt werden, so die Pläne der CDU/SPD-Minderheitsregierung.

Nach dem mörderischen NSU-Terror haben Untersuchungsausschüsse wichtige Reformen angemahnt, von denen einige dann auch umgesetzt wurden. So wurde zum Beispiel die Strafzumessung in der Strafprozessordnung so geändert, dass etwa rassistische Tatmotive strafverschärfend berücksichtigt werden können. Doch mehr als ein Jahrzehnt nach der Selbstenttarnung des NSU-Kerntrios gibt es keinen Grund zur Entwarnung. „Wir sehen einen föderalen Flickenteppich. Es gibt sehr wohl Bundesländer, die Lehren aus dem NSU-Komplex gezogen und ihre Praxis verändert haben“, sagt Heike Kleffner vom VBRG. Überall, wo es etwa Schwerpunktstaatsanwaltschaften gibt, komme es zu effektiver Strafverfolgung. Kleffner nennt Bayern als positives

Beispiel. „Da werden Ermittlungsverfahren zügig zu Ende geführt, angeklagt und dann auch vor Gericht terminiert.“ Auch die Berliner Justiz handelt bei den aktuellen Angriffen junger Neonazi-Gruppen entschlossen und stellt, wie in dem Fall des Angriffs auf die SPD-Wahlhelfer in Lichtenberg, vor Gericht ausdrücklich rechtsextreme Tatmotive fest.

„Andererseits ist in Sachsen seit dem NSU-Komplex gar nichts passiert“, kritisiert Kleffner. So würden Strafverfahren wie jene in Chemnitz weiterhin verschleppt. Auch in NRW seien „jahrelang keine Konsequenzen aus den Versäumnissen und Fehlern im NSU-Komplex gezogen worden“. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat vor Jahren bei einer Gedenkveranstaltung mit den Angehörigen des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau von einer „Bringschuld des Staates“ gegenüber den Angehörigen der Opfer rechter Gewalt gesprochen. Dieses Versprechen ist nicht eingelöst. Der VBRG fordert angesichts der dramatischen Lage einen nationalen Aktionsplan zur effektiveren Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Wie notwendig das ist, zeigt ein Blick nach Nordrhein-Westfalen.

Im März 2024 stirbt bei einem verheerenden Brandanschlag in einem Solinger Mehrfamilienhaus eine vierköpfige Familie: die 28-jährige Mutter, der 29-jährige Vater, die fast dreijährige Tochter und ein fünf Monate alter Säugling. Die Opfer, die einer türkischen Minderheit in Bulgarien angehören, waren erst seit einigen Monaten in Deutschland. Insgesamt werden bei dem Anschlag 21 Menschen teils schwer verletzt, darunter ein junges Paar, das mit seinem Baby in Panik aus dem dritten Stock springt, um sich zu retten. Die Familie überlebt mit schweren Brand- und Bruchverletzungen. Vor der Schwurgerichtskammer des Landgerichts Wuppertal hat der zur Tatzeit 39-jährige Angeklagte Daniel S. von seinen Anwälten ein Geständnis verlesen lassen. Die Täterschaft scheint also

Bei antisemitischen Straftaten liegen auch rechte Tatmotive vor. Die Polizei erfasste

3.016

rechts
motivierte Fälle,
gefolgt von

1.940

mit ausländischer
Ideologie.

MAI

2025

Chemnitz

Ebenfalls in Chemnitz skandieren Jugendliche und junge Erwachsene am 29. Mai rechte Parolen und zeigen den „Hitlergruß“. Ein junger Mann feuert einen Schuss aus einer Schreckschusspistole ab.

„Auf einer Festplatte waren Dateien, die eindeutig antisemitisch, rassistisch und menschenverachtend sind. Es gab aber keine Ermittlungen zum Umfeld des Täters.“ **Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız**

geklärt. Aber was war das Motiv? Schnell teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit, es gebe keine Hinweise auf ein rechtsextremes Tatmotiv. Die Behörden gehen von persönlichen Beweggründen aus.

R

Rechtsanwältin Seda Başay-Yıldız, die in dem Mordprozess als Nebenklagevertreterin auftritt, erhebt schwere Vorwürfe. Ihr zufolge wurden eindeutige Hinweise auf ein rechtes Tatmotiv von den Ermittlern weder gesichtet noch gesichert. So sei erst ein Jahr nach dem Brand bekannt geworden, dass bei der Durchsuchung des Wohnhauses des Angeklagten eindeutiges politisches Material gefunden wurde, darunter Adolf Hitlers Schrift „Mein Kampf“ und Tonaufnahmen von Hitler-Reden. Die umfangreiche Nazi-Propaganda landete nicht in der Ermittlungsakte. Bei der Hausdurchsuchung hatte die Lebensgefährtin des Beschuldigten behauptet, das Material gehöre dessen Vater. Damit gaben sich die Ermittler offenbar zufrieden. Im Prozess erklärte der Richter, dass plötzlich ein Aktenvermerk der Polizei aufgetaucht sei, wonach der Brandanschlag kurz nach der Tat sehr wohl als rechts motivierte Straftat eingestuft worden war. Die Einstufung sei jedoch nachträglich von einem Beamten gestrichen worden.

Die Nebenklage erwirkte vor Gericht umfangreiche Nachermittlungen, auf ihr Drängen wurden zahlreiche Datenträger ausgewertet. Auf einer Festplatte waren 166 Dateien, „die eindeutig antisemitisch, rassistisch und menschenverachtend sind“, so die Anwältin. Den Ermittlern zufolge gehört die Festplatte der Lebensgefährtin.

Başay-Yıldız kritisiert: „Es gab keine Ermittlungen zum Umfeld des Täters.“ Auch belastendes Material aus der Garage des Angeklagten wurde nicht ausgewertet. „An der Wand befand sich ein Gedicht über einen Asylsuchenden, welches den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt“, sagt Başay-Yıldız. Das sei jedoch erst im Prozess durch Vergrößerung eines Fotos entdeckt worden.

Rechte Gewalt ist auf dem Vormarsch und wird als Gefahr von Medien, Sicherheitsbehörden und Politik nach wie vor unterschätzt

Vor über 30 Jahren, im Mai 1993, wurden bei einem rechten Brandanschlag in Solingen fünf türkischstämmige Mädchen und Frauen ermordet. Der Anschlag erschütterte das Land. Die Ermittlungen in dem aktuellen Fall erwecken den Anschein, als solle Solingen nicht erneut zum Synonym für einen mörderischen rechtsradikalen Anschlag werden. Im August wurde der Angeklagte wegen vierfachen Mordes und vielfachen Mordversuchs zu einer lebenslangen Haftstrafe mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt. Darüber hinaus stellte das Gericht die besondere Schwere der Schuld fest, jedoch kein rassistisches Motiv, ebenso wenig wie die Staatsanwaltschaft. Diese begründete ihre Sicht unter anderem damit, dass der Täter keinen Kontakt zu rechten Gruppen gehabt habe.

Der Fall ist alarmierend. Rechte Gewalt ist auf dem Vormarsch – und wird als Gefahr von Medien, Sicherheitsbehörden und Politik nach wie vor unterschätzt – trotz NSU-Komplex, immer neuen Fällen von Rechtsterrorismus und Rekordzahlen rechter Straf- und Gewalttaten. Alles steht und fällt mit einer ehrlichen Bestandsaufnahme.

Julius Schien - „Rechtes Land“



Das Projekt

Vier Jahre arbeitet der Fotograf Julius Schien schon an seinem Projekt „Rechtes Land“. Dafür fährt er durch ganz Deutschland mit dem Ziel, alle Tatorte zu fotografieren, an denen Menschen seit der Wiedervereinigung aufgrund rechter Gewalt getötet wurden. „Ein Denkmal“ möchte er allen Opfern setzen, sagt er, und an die Gefahr erinnern, die von rechts ausgeht. In den vier Jahren hat sich in Deutschland vieles politisch verändert, doch ein Aufhören kommt für ihn nicht infrage, wie er im Interview mit dem WEISSER RING Magazin erzählt.

„Julius Schien - Rechtes Land“

Zum Interview:



Transparenzhinweis:

Auch der WEISSE RING ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO). Der Verein erhält keine staatlichen Mittel. Der WEISSE RING finanziert seine Tätigkeit ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und testamentarischen Zuwendungen sowie von Gerichten und Staatsanwaltschaften verhängten Geldbußen.

„Entspannung ist nicht in Sicht“

Rechtsextreme Straftaten sind am stärksten gestiegen, doch auch in anderen Bereichen der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK), etwa der „ausländischen Ideologie“, ist die Zahl der Delikte größer geworden. Im Interview mit dem WEISSER RING Magazin spricht BKA-Referatsleiterin Heike Pooth über Ursachen, Folgen und Gegenmittel.

Interview: Gregor Haschnik

Politisch motivierte Straftaten haben im Jahr 2024 deutlich zugenommen – auch im Phänomenbereich „ausländische Ideologie“: um 42 Prozent auf 7.343 Fälle. Wie bewerten Sie die Entwicklung und worin sehen Sie die Ursachen?

Dieser Trend setzt sich seit Jahren fort. Bereits 2023 hatten wir einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr registriert, um 33 Prozent auf 5.170 Fälle. Konflikte und Ereignisse im Ausland wirken sich unmittelbar auf das Straftatenaufkommen in Deutschland aus, insbesondere in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Demonstrationen. Die wesentlichen Gründe für die gestiegenen Fallzahlen in den vergangenen Jahren sind der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und der fortwährend intensivierte Nahostkonflikt. In Zusammenhang mit Russland und der Ukraine waren die Delikte in jüngster Zeit eher rückläufig, im Kontext des Nahost-Konflikts haben sie stark zugenommen. Mit Sorge betrachten wir, dass sich die Gewaltdelikte im Phänomenbereich PMK „ausländische Ideologie“ von 2023 auf 2024 nahezu verdoppelt haben, von 491 auf 975. Darunter waren 467 Körperverletzungen, 361 Widerstandsdelikte und 109 Landfriedensbrüche. Auch hier geht es in erster Linie um die Auseinandersetzung im Nahen Osten. Schwer-

punkt der Straftaten ist Berlin, wo zahlreiche pro-palästinensische Demonstrationen stattfinden, die teilweise gewalttätig verlaufen. Besonders betroffen sind jüdische und israelische Einrichtungen, überwiegend von Sachbeschädigung, aber auch Beleidigungen und Bedrohungen von jüdischen Personen sind zu konstatieren.

Weshalb spielen Demonstrationen eine so zentrale Rolle?

Bei ihnen zeigt sich ein hoher Grad an Emotionalisierung, wobei zum Teil antisemitische Inhalte einfließen. Das kann dazu führen, dass Veranstaltungen eskalieren. Wichtig ist die konsequente Verfolgung der Straftaten im Rahmen von Demonstrationen und Veranstaltungen.

Wie versucht das BKA, der Gefahr zu begegnen, und wie fällt Ihre Prognose aus?

Entspannung ist nicht in Sicht, gerade in Bezug auf den Nahostkonflikt, weil sich dort keine Lösung abzeichnet. Wir müssen mit einer weiteren Polarisierung und weiteren Straftaten rechnen, was zu Unsicherheit in der Bevölkerung führen kann. Die Konflikte im Themenbereich PKK/Kurden/Türkei und die damit verbundenen Delikte werden uns ebenfalls weiterhin beschäftigen. Das BKA ergreift deshalb verschiedene Maßnahmen: So führen wir einen intensiven Informationsaustausch mit den nationalen und internationalen Sicherheitsbehörden durch, bewerten permanent die Gefährdungslage, insbesondere auch für jüdische und israelische Einrichtungen und betreiben ein umfangreiches Internetmonitoring. Ein Ziel ist, Entwicklungen in anderen Ländern, die sich auf die Sicherheitslage in Deutschland auswirken könnten, frühzeitig zu erkennen. Hierzu kooperieren wir mit den Nachrichtendiensten.

Ein häufiger Kritikpunkt ist der mangelnde Informationsaustausch zwischen Behörden, der auch mit den Ländergrenzen zusammenhängt.

Das kann ein Problem sein. National haben wir einen etablierten Informationsaustausch im Gemeinsamen Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum, in dem rund 40 Bundes- und Länderbehörden vertreten sind. Auch im Rahmen des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes für Politisch Motivierte Kriminalität melden die Bundesländer entsprechende Straftaten an das BKA. Auch der internationale Informationsaustausch ist eine wichtige Säule bei der Bekämpfung Politisch Motivierter Kriminalität, wobei dieser mit einigen Ländern schwierig ist. Instrumente wie die Vorratsdatenspeicherung würden die Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität erleichtern.

Die Straftaten im Phänomenbereich der Politisch Motivierten Kriminalität „links“ sind insgesamt ebenfalls deutlich gestiegen, um gut 28 Prozent auf 9.971 Delikte im Jahr 2024, der Anteil der Gewaltdelikte ging gleichzeitig auf 762 Delikte zurück. Was sind die Gründe dafür?

Hauptgrund für den Anstieg der Straftaten im Phänomenbereich PMK „links“ war das Thema Wahlen. 2024 war ein Superwahljahr mit der Europawahl, drei Landtags- und mehreren Kommunalwahlen. Auch die erwarteten und dann tatsächlichen Wahlerfolge der AfD haben die linke Szene zusätzlich mobilisiert. Insgesamt waren Sachbeschädigungen, insbesondere an Wahlplakaten, und Beleidigungen die herausragenden Straftaten. Erfreulich ist allerdings, dass die Zahl der Gewaltdelikte der PMK „links“ gesunken sind um 16,81 Prozent auf 762 Delikte im Jahr 2024. Der

„Ein Ziel ist, Entwicklungen in anderen Ländern, die sich auf die Sicherheitslage in Deutschland auswirken könnten, frühzeitig zu erkennen.“

Rückgang der Gewaltdelikte ist vorrangig auf den Rückgang der gefährlichen Eingriffe in den Straßen-, Bahn- und Luftverkehr zurückzuführen. Der Phänomenbereich PMK „links“ ist stark geprägt von Ereignissen und Kampagnen, die viele Personen mobilisieren können, auch kurzfristig. Im Jahr 2023 wurde zum Beispiel Lützerath in Nordrhein-Westfalen aus Protest gegen die Erweiterung des Tagebaus besetzt und schließlich geräumt. Darüber hinaus gab es im Jahr 2023 eine Vielzahl von Blockadeaktionen der Letzten Generation sowie das Luftablassen der Tyre Extinguisher. Diese Kampagnen haben sich in 2024 nicht fortgesetzt, sodass auch entsprechende Gewaltdelikte rückläufig waren. Darüber hinaus kann davon ausgegangen werden, dass erfolgreiche Ermittlungsverfahren, Festnahmen und Verurteilungen von zentralen Protagonisten der linken Szene Wirkung gezeigt haben, zum Beispiel die Antifa-Ost-Verfahren.

Wie schätzen Sie die Gefahr durch Linksextreme grundsätzlich ein? Der Großteil der Gewaltdelikte bei der Politisch Motivierten Kriminalität kommt von rechts.

Wir betrachten die linksmotivierte politische Kriminalität mit Sorge, insbesondere auch weil dort einzelne schwere Gewaltdelikte und Straftaten mit hohen Schadenssummen verübt werden. Besorgniserregend sind vor allem klandestin agierende Kleingruppen, die mitunter höchst professionell, organisiert und „persönlich“ agieren, also gezielt Opfer aussuchen und teils schwer verletzen und nach den Taten untertauchen. Wir setzen bei der Verfolgung auf eine enge Zusammenarbeit mit den Ländern. Linksextremismus wird auch künftig eine Gefahr sein. Darauf deuten etwa Angriffe der Gruppe „Angry Birds“ auf das Bahnnetz hin. Auch das Thema „Antifachismus“ und die aktive Bekämpfung von Personen des rechten Spektrums wird weiterhin ein zentrales Thema bleiben – gleiches gilt für die Themen „Antikapitalismus“, wie die Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen, wie zum Beispiel Tesla, zeigen. Eine hohe Bedeutung haben weiterhin auch die Angriffe auf Kritische Infrastruktur wie etwa Bahnanlagen oder Bauprojekte mit zum Teil enormen Sachschäden.

Zur Person und zum Hintergrund

Heike Pooth ist Referatsleiterin im Polizeilichen Staatsschutz des Bundeskriminalamtes (BKA) in Meckenheim. Aufgabe der Abteilung ist die **Bekämpfung** der Politisch Motivierten Kriminalität (PMK), sie befasst sich mit der PMK „rechts“, „links“ und „ausländische Ideologie“.

Dem letzten Bereich werden laut einer **BKA-Definition** Straftaten zugerechnet, wenn es bei den Umständen und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür gibt, dass eine aus dem **Ausland stammende, nichtreligiöse Ideologie** entscheidend für die Tat war, vor allem, wenn sie darauf abzielt, „Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland zu beeinflussen“.

Bei der Kategorie **religiöse Ideologie** hingegen müssen Hinweise darauf vorliegen, dass diese Ideologie wesentlich für die Tatbegehung war und die Religion zur Begründung instrumentalisiert wurde, etwa bei Verbrechen von Terrororganisationen wie Al-Qaida oder dem sogenannten Islamischen Staat. Die Abgrenzung zur ausländischen Ideologie ist teils schwierig.

Linksextremistische Taten liegen laut BKA zum Beispiel dann vor, wenn „Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus“ ganz oder teilweise Ursache waren, wobei das Delikt nicht das Ziel haben muss, die Freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik oder Teile davon abzuschaffen.

Text: Michael Kraske,
Gregor Haschnik

„Wachsende Polarisierung und Radikalisierung“

Politisch motivierte Straftaten
nehmen zu. Die größte Bedrohung
kommt von rechts.



Im Jahr 2024 haben die Delikte bei der politisch motivierten Kriminalität (PMK) laut Bundeskriminalamt (BKA) mit **84.172** – plus **40,2 Prozent** gegenüber dem Vorjahr – den höchsten Stand seit der Erfassung erreicht. Innerhalb von zehn Jahren haben sich die Zahlen mehr als verdoppelt.

Gut die Hälfte aller politischen Straftaten sind rechtsradikal motiviert: **42.788**. Hier gab es mit **47,8 Prozent** den größten Zuwachs. Linksextreme Straftaten legten um **28,2 Prozent** auf 9.971 zu. Um **42 Prozent** stiegen die Taten mit ausländischer Ideologie an, auf **7.343**, religiös motivierte Straftaten wuchsen um **28,7 Prozent** auf **1.877**. Rechtsextremismus bleibt damit die größte Gefahr für die innere Sicherheit.

Auch die meisten politisch motivierten Gewaltstraftaten wurden von rechten Tätern begangen: **1.488** – plus **17,2 Prozent**. Linke Gewaltstraftaten gingen um 16,8 Prozent auf **762** zurück. Den stärksten Zuwachs verzeichneten Gewaltdelikte mit ausländischer Ideologie, die um **98,6 Prozent** auf **975** Fälle anstiegen. Das BKA erkennt in den Zuwachsraten eine „wachsende Polarisierung und Radikalisierung in der Gesellschaft“.

Bei den Hassstraftaten sind mehr als zwei Drittel rechtsmotiviert. Verantwortlich ist dafür vor allem der erneute Anstieg fremdenfeindlicher Straftaten in dem Be-

reich, auf **19.481** (plus **29,1 Prozent**). Mehr als zwei Drittel davon, nämlich **14.579** Taten (plus **25,7 Prozent**), waren rechtsmotiviert, gefolgt von **2.451** Fällen mit ausländischer Ideologie (plus **53,5 Prozent**). Zudem gab es **175** linke Hassdelikte (plus **127,3 Prozent**).

Bei Hasskriminalität werden Opfer aufgrund von Vorurteilen etwa gegen Nationalität, Religion, Beeinträchtigung oder geschlechtliche Identität angegriffen.

Aus der Antwort des BKA auf eine Anfrage des WEISSER RING Magazins zu den häufigsten Angriffszielen der PMK geht hervor, dass die Opfer 2024 in **7.504** Fällen religiöse Repräsentanten waren, in **4.332** Fällen Polizeiangehörige, in **4.027** Fällen Amtsträger, in **3.541** Fällen Mandatsträger (ein Delikt kann mehrere Ziele haben). Asylsuchende wurden ebenfalls besonders häufig attackiert, insgesamt **2.369**-mal. Bei den Zahlen zu den Betroffenen zeigt sich ebenfalls eine steigende Tendenz.

Alarmierend ist auch die Entwicklung bei den jungen politisch motivierten Tatverdächtigen: Zählte das Bundeskriminalamt 2023 noch **7.693** mutmaßliche Täter unter 21 Jahren, waren es im vergangenen Jahr **11.282**.

Im vergangenen Jahr registrierte das BKA **elf** versuchte und **drei** vollendete politisch motivierte Tötungsdelikte. Bei Letzteren wurden **zwei** im Bereich religiöse Ideologie, **einer** im Bereich „sonstige Zuordnung“ gemeldet. Dieser erfasst Delikte, die nicht eindeutig in eine der vier Hauptkategorien fallen. Von den versuchten Tötungen waren **sechs** rechtsmotiviert, **zwei** wurden einer ausländischen Ideologie und **drei** einer religiösen zugerechnet.

Für die Sicherheitsbehörden zählen Straftaten der letztgenannten Kategorie zu den fortwährenden großen Herausforderungen. Die Zahl der Delikte mit Terrorismusqualität ist hier von **94** im Jahr 2023 auf **105** im Jahr 2024 gestiegen. Die Steigerung bei der Zahl aller Taten aufgrund von religiöser Ideologie hänge in erster Linie mit dem Nahostkonflikt zusammen. Das BKA spricht von einer „hohen Gefährdungslage“, die vom islamistischen Terrorismus und insbesondere von allein handelnden Personen und autonomen Gruppen ausgehe. Ein Grund sei die „zunehmende Online-Radikalisierung“.

„Gut die
Hälfte aller
politischen
Straftaten
sind **rechts-
radikal**
motiviert.“

Social Media



„Der wichtigste Satz, aus unserer Sicht, ist, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen NICHT gefährlicher sind 🍀 Es ist nur EIN Risikofaktor ✨“

„Gemeinsamer Nenner: männliches Geschlecht. Perspektive aus der Täterforschung: Psychische Erkrankungen machen ohnehin schon missbräuchliche Männer gefährlicher. Sie sind nicht die Ursache für das Verhalten, wirken aber im Zusammenspiel mit patriarchalischem Denken, rassistischer Ideologie und Missbrauchsmentalität und generieren eine explosivere Mischung.“

„Ich war bis vor kurzem Admin einer großen Selbsthilfegruppe für psychisch Kranke auf FB. Radikalisierung und psychische Erkrankung ist ein viel zu selten beobachtetes Feld. Menschen mit psychischen Erkrankungen fühlen sich oftmals von den Systemen nicht gesehen und rutschen in vermeintlich einfache Lösungsnarrative ab. Die schlechte Versorgung von psychisch Kranken, die oftmals zu spät Hilfe bekommen, vorrangig Männer, die selten in therapeutische Behandlung gehen. Alles Dinge, die zu so etwas beitragen.“

„Ich bin migrantisch und schizophran und auch wegen solchen Artikeln und Aussagen wie diesen fühle ich mich in Deutschland immer weniger sicher und akzeptiert.“



WEISSER RING
auf Instagram:



Unsere Berichterstattung über psychisch kranke Menschen, die zu Tätern werden, hat das Internet sehr beschäftigt. Kommentiert haben auch von psychischen Erkrankungen Betroffene. Eine Auswahl der Beiträge:



„Da bin ich ja froh, dass ich als mittlerweile ‚Schizoaffectiver‘ nicht mehr ‚paranoid schizophran psychotisch bin‘. Ich weiß jetzt nicht, ob dieser Beitrag so sinnvoll ist für unsere schizophrene Community, die sich jeden kleinsten Anteil Akzeptanz in unserer Gesellschaft erkämpfen muss.“

„Warum werden die Täter immer geschützt und sie bekommen ‚therapeutische Hilfe‘ während die Opfer um alles kämpfen müssen.“

„Menschen nach einer psychiatrischen Behandlung in die Obdachlosigkeit zu entlassen, kann ja nur destabilisierend wirken. Es muss mehr Wohneinrichtungen für psychisch kranke Menschen geben.“

„Gewalt ist nicht immer sofort sichtbar. Gewalttätern steht ihr Potenzial nicht ins Gesicht geschrieben.“

Eine Frau fällt auf Job-Scamming herein – und macht sich selbst strafbar. Ein vermeintlicher Nebenjob endete für die 50-Jährige mit Ermittlungen gegen sie.

Täterin



Text: Kathrin Hollmer
Illustration: Jan Steins

Manuela Ahler (Name geändert) wollte sich schon länger etwas Geld dazuverdienen. Die 50-Jährige aus dem oberbayerischen Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen ist alleinerziehend, ihre beiden Kinder sind 15 und 19. Eigentlich ist sie gelernte Groß- und Außenhandelskauffrau, arbeitet aber als persönliche Assistentin für eine Frau mit Behinderung. Im Frühjahr 2024 habe sie online nach Aufstockungsmöglichkeiten gesucht und auf einer renommierten Job-Plattform die Annonce einer IT-Firma

aus dem benachbarten Landkreis Miesbach entdeckt. Das Unternehmen habe freiberufliche Mitarbeiter gesucht, die von zu Hause aus Webseiten und Apps testen. Die Firmenwebseite habe seriös gewirkt. „Für mich gab es keinen Anlass, an der Glaubwürdigkeit zu zweifeln“, sagt Ahler. An einem Montagnachmittag im Mai sitzt sie in einem Biergarten in der Nähe ihres Wohnorts und erzählt gefasst von der Betrugsmasche, auf die sie hereingefallen sei. Neben ihr hat Andrea Dechamps Platz genommen, ihre Betreuerin vom WEISSEN RING, die gemeinsam mit ihr das vergangene Jahr rekonstruiert.

Über die falsche Webseite wurden Waren verkauft, die es nicht gibt

Im Frühjahr 2024 erhielt Ahler demnach von ihrem neuen Auftraggeber einen Arbeitsvertrag per Mail. Ihre Aufgabe: Sie sollte bei verschiedenen Banken Konten eröffnen – „Testkonten“, versicherte man ihr – und den Service bewerten, zum Beispiel die Freundlichkeit und Schnelligkeit der Mitarbeitenden. Danach würde ihr Auftraggeber die Demo-Accounts löschen. Um bei den Kontoeröffnungen ihre Identität zu bestätigen, musste Ahler ein Foto von sich mit ihrem Personalausweis hoch-

aus

laden. Das sogenannte Video-Ident-Verfahren ist bei Online-Vertragsabschlüssen üblich. Allerdings habe Ahler, das betont sie mehrmals im Gespräch, zu keiner Zeit eigenständig Zugriff auf die Konten gehabt. Im Auftrag der Firma habe sie Identcheck-Apps getestet, die man fürs Online-Banking braucht. Die gesamte Kommunikation sei über Chats gelaufen, sagt sie. Vier Monate lang sei das „gut gegangen“. Etwa zehn vermeintliche Test-Konten hat Ahler nach eigenen Angaben innerhalb von vier Monaten eröffnet und dafür rund 100 Euro im Monat auf ihr privates Konto erhalten, bis irgendwann keine Aufträge mehr gekommen seien. Am 28. August 2024, Ahler erinnert sich an das genaue Datum, fand sie einen Kontoauszug in der Post. Das dazugehörige Konto habe nicht ihr gehört. „Da waren Geldeingänge von einem Dutzend verschiedener Namen aufgelistet, die ich nicht kannte“, erzählt sie. Mal seien 30, mal 300 Euro eingegangen, insgesamt rund 20.000 Euro, die wiederum auf ein ihr unbekanntes Konto überwiesen worden seien. „Als ich den Kontoauszug sah, dachte ich zum ersten Mal, dass da etwas nicht stimmt.“ Ahler telefonierte alle Nummern durch, die sie von der Firma – ihrem angeblichen Arbeitgeber – im Internet fand. Als sie endlich jemanden erreichte, wusste man dort schon Bescheid: Die Webseite der

von mindestens sieben Opfern, die sich bei ihm gemeldet hätten. Der Aufwand, mit Betroffenen zu kommunizieren und die Fake-Webseite und -Stellenanzeigen löschen zu lassen, sei immens gewesen. Er habe auch Mahnungen erhalten für Print-Stellenanzeigen, die in seinem Namen geschaltet worden seien. Damals hatte er das Unternehmen gerade neu gegründet. „Das schadet natürlich dem Ruf meiner Firma, die sich um IT-Sicherheit kümmert“, sagt er. Die Betrüger seien nicht gefasst, das Verfahren sei bereits eingestellt worden. Was ihm und Ahler passiert ist, hat System.

Dutzende Menschen von Job-Scamming betroffen

In einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts „YouGov“ gaben elf Prozent der mehr als 2.000 Befragten an, dass sie schon einmal Opfer von Identitätsdiebstahl im Internet geworden sind. Beim sogenannten Job-Scamming nutzen Betrüger Marktforschungsaufträge und Jobanzeigen, um an persönliche Daten, zum Beispiel Ausweisdokumente, zu kommen, die man für Video-Ident-Verfahren braucht. Damit werden unter anderem Konten eröffnet und diese zur Geldwäsche benutzt. Oft sehen die Internetauftritte so

SCHUFA-Umfrage zu Online-Betrug: Identitätsdiebstahl

24%

der Verbraucher in Deutschland sind schon einmal Opfer von Online-Betrug geworden.

61%

haben dadurch einen finanziellen Schaden erlitten.

10%

der Verbraucher haben Angst, auf Online-Betrug hereinzufallen.

Versehen

Firma sei „geklont“ worden, sagte man ihr. Eine virtuelle Kopie sei für eine Betrugsmasche benutzt worden. Über die falsche Webseite wurden Waren verkauft, die es nicht gibt. Das Geld, das die Kunden dafür überwiesen haben, ist verschwunden. Sie sei, sagte man ihr noch, nicht die Erste, die sich bei der Firma beschwerte. Dem WEISSER RING Magazin ist der Name des Unternehmens bekannt. Auf Anfrage berichtet der Gründer und Geschäftsführer, dass auch er Anzeige erstattet habe. In seinem Namen seien Verträge erstellt und Menschen hereingelegt worden. Er wisse

professionell aus, dass man keinen Verdacht schöpft, oder es werden Namen und Webseiten von real existierenden Firmen kopiert. Dem Europäischen Verbraucher-

„Immer wenn der Postbote klingelt oder ich in den Briefkasten schaue, frage ich mich, ob ich gleich wieder schlechte Nachrichten bekomme.“

„Die Beamten sagten, dass ich fahrlässig gehandelt habe. Das stimmt ja auch. Ich war gutgläubig, aber ich fühle mich selbst missbraucht – und als Opfer.“

zentrum Deutschland zufolge nutzen Betrüger auch WhatsApp- und Telegram-Gruppen für Job-Scamming. Dort schwärmen angebliche Nutzerinnen und Nutzer von den Verdienstmöglichkeiten von mehreren Hundert Euro am Tag. Vielen Opfern entsteht dadurch auch ein finanzieller Schaden. Die Verbraucherzentrale Hessen rät darum, auf keinen Fall Konten einzurichten, deren Zweck unklar ist, oder persönliche Daten preiszugeben. Bei Verdacht kontaktiert man am besten Polizei, Bank und Schufa.

A

Auch bei Manuela Ahler wurden die angeblichen Testkonten offenbar für kriminelle Geschäfte genutzt. Das erfuhr sie, als sie Anzeige bei der Polizeiinspektion Wolfratshausen erstattete – und auch, dass sie ebenfalls belangt werden kann. „Ich bin erst einmal erschrocken, davor hatte ich noch nie etwas mit der Polizei zu tun“, sagt Ahler. Nun eröffneten ihr die Beamten, dass sie auch gegen sie ermitteln werden, weil sie Beihilfe zu Betrug und Geldwäsche geleistet habe, unwissentlich zwar – „doch das schützt bekanntlich nicht vor Strafe“, sagt ihre Betreuerin Andrea Dechamps.

Dechamps arbeitet seit fünf Jahren als Ehrenamtliche für den WEISSEN RING. Online-Betrug begegnet den Betreuerinnen und Betreuern immer wieder. „Es kann wirklich jedem passieren“, sagt Dechamps. Eine Besonderheit für den WEISSEN RING ist, dass Ahler nicht nur Opfer ist, sondern selbst zur Täterin wurde. „Ich habe mich mit Frau Ahler getroffen und im Gespräch gemerkt, dass sie glaubwürdig und unverschuldet in diese Situation geraten ist.“ Die Beamten dagegen, so schildert es Ahler, hätten wenig Verständnis gezeigt: „Sie sagten, dass ich fahrlässig gehandelt habe. Das stimmt ja auch. Ich war gutgläubig, aber ich fühle mich selbst missbraucht – und als Opfer.“

Am Anfang, erzählt Ahler, habe sie kaum schlafen können und Angst gehabt, weil die Betrüger immer noch ihre persönlichen Daten hätten. Nachts habe sie Panikattacken gehabt. Heute sei sie „überkri-

tisch“ und gehe nicht ans Telefon, wenn sie die Nummer auf dem Display nicht kennt.

Die Sache könnte Manuela Ahler noch viele Jahre, vielleicht ihr Leben lang begleiten

Nach der Anzeige wandte sie sich an den WEISSEN RING, der ihr daraufhin einen Gutschein für eine Erstberatung beim Rechtsanwalt ausstellte. Weitere Hilfen konnte der Verein nicht leisten. Inzwischen hat sie Post von drei Staatsanwaltschaften aus drei Bundesländern bekommen. „Die Käufer, die Waren bezahlt und nicht bekommen haben, kommen aus verschiedenen Regionen“, erklärt Dechamps. Die Staatsanwaltschaften informieren Ahler jeweils darüber, dass sie gegen sie ermitteln. Der letzte Brief kam vor ein paar Tagen aus Göttingen. „Pro Staatsanwaltschaft legt der Anwalt eine neue Akte an, das kostet jedes Mal 500 Euro“, sagt sie. Um Geld zu sparen, schreibt sie die Stellungnahmen inzwischen selbst. „Und ich weiß ja nicht, wie viel da noch auf mich zukommt, wie viele Betrugsopfer sich noch melden.“ Die Sache könnte Ahler noch viele Jahre, vielleicht ihr Leben lang begleiten. Denn da ist das Wissen: Für Beihilfe zur Geldwäsche reicht das Strafmaß von einer Geld- bis zu einer Haftstrafe. Was, wenn sie wirklich angeklagt wird? Ahler fühlt sich machtlos. „Für einen teuren Prozess fehlt mir das Geld“, sagt sie.

Bei einem Telefongespräch Ende Juli erzählt sie, dass die Staatsanwaltschaft Siegen das Ermittlungsverfahren gegen sie eingestellt habe. „Eine kleine Erleichterung“, sagt sie. Doch die Angst bleibt: „Immer wenn der Postbote klingelt oder ich in den Briefkasten schaue, frage ich mich, ob ich gleich wieder schlechte Nachrichten bekomme.“

Viele Betroffene schweigen in so einer Situation, aus Scham. „Es ist mir peinlich, dass ich so fahrlässig war“, sagt Ahler. „Aber ich erzähle trotzdem allen davon, die ich kenne.“

Sie wolle ihre Geschichte teilen, um andere zu warnen. Einen Nebenjob hat sie inzwischen auch gefunden, ganz analog: Gemeinsam mit ihrem Sohn trägt sie Zeitungen aus.

Transparenzhinweis:

Laut Satzung darf der WEISSE RING ausschließlich Menschen helfen, die Opfer einer Straftat geworden sind. Manuela Ahler (Name geändert) ist aber Täterin geworden, daher kann der Verein an dieser Stelle keine weitere Unterstützung anbieten. Dennoch erkennt der WEISSE RING die gesellschaftliche Relevanz des Falls an und hat sich deshalb bewusst entschieden, die Geschichte öffentlich zu machen.

Der Kommentar

„Sexualisierte Gewalt ist ein Verbrechen mit lebenslangen Folgen. Wer das ignoriert, riskiert, dass Betroffene erneut verstummen.“



Kerstin Claus

ist Unabhängige Bundesbeauftragte gegen sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Die Journalistin und Systemische Organisationsberaterin engagiert sich seit vielen Jahren haupt- und ehrenamtlich gegen sexualisierte Gewalt.

S

Selten gelingt es der Politik, so etwas wie nachholende Gerechtigkeit zu schaffen. Der Fonds Sexueller Missbrauch war eine solche Erfolgsgeschichte. Jetzt ist es an den Abgeordneten, das endgültige Aus dieses niedrigschwelligen Hilfesystems zu verhindern.

Seit 2013 ermöglicht der Fonds Betroffenen, die in Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erlebt haben, unkompliziert Sachleistungen. Er hat Belastungen im Alltag verringert und Perspektiven möglich gemacht, wo vergangene Gewalt oft das Leben prägt. Damit war er ein starkes Zeichen staatlicher Verantwortungsübernahme und letztlich auch Anerkennung, auch das elementar für Betroffene.

Deswegen war es ein verheerendes Signal für Betroffene, als die Ampelregierung letztes Jahr stillschweigend das Aus des Fonds Sexueller Missbrauch zum 31. August 2025 beschloss. Doch selbst dieses knappe Zeitfenster kippte die aktuelle Bundesregierung mit einem rückwirkenden Antragsstopp ab dem 19. März. Selbst bereits eingereichte Anträge bleiben unbearbeitet. Das ist ein Akt der Entsolidarisierung. Eine Regierung, die sich dem Schutz von Kindern und Jugendlichen verschreibt, darf so nicht handeln.

Sexualisierte Gewalt zerstört Biografien. Viele Betroffene ringen ein Leben lang mit den Folgen: Schulabbrüche, psychische Erkrankungen, zerbrechende Beziehungen. Der Fonds Sexueller Missbrauch war für

viele die einzige Option auf niedrigschwellige Hilfe. Hilfe, wo das staatliche Entschädigungsrecht versagt. Denn trotz Reform 2019 bleiben die Hürden dort unerreichbar hoch: Weil Zeugen fehlen, Taten nicht belegt oder gesundheitliche Schäden nicht nachgewiesen werden können.

Der Fonds Sexueller Missbrauch war 2013 eine gute Antwort auf diese Leerstelle. Und er hat funktioniert für die Betroffenen. Hilfe und Unterstützung wurden möglich. All dies jetzt preiszugeben – nur weil eine Bundesregierung nach der anderen daran scheitert, dieses Hilfesystem verlässlich finanziell und strukturell abzusichern –, ist ein Armutszeugnis.

Hilfesystem muss gesetzlich verankert werden

Kraftlos waren die Bemühungen der früheren Familienministerin Lisa Paus (Grüne), den Fonds über das neue „Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ abzusichern. Das Veto der FDP akzeptierte sie stillschweigend, vermied jede öffentliche Debatte. Ihre Nachfolgerin Karin Prien (CDU) forderte zwar unlängst eine gesetzliche Verankerung des Hilfesystems, ohne aber einen konkreten Vorschlag einzubringen. Und auch im Haushalt 2026 sind die nötigen Mittel bisher nicht hinterlegt.

Jetzt liegt die Verantwortung beim Bundestag und damit bei den Abgeordneten: Ab 2026 müssen die nötigen Mittel dauerhaft gesichert und perspektivisch der Fonds endlich gesetzlich verankert werden. Denn: Sexualisierte Gewalt ist ein Verbrechen mit lebenslangen Folgen. Wer das ignoriert, riskiert, dass Betroffene erneut verstummen. Nachholende Gerechtigkeit bedeutet: zuhören, unterstützen, handeln. Nur so erfahren Betroffene nachträglich ein Stück Gerechtigkeit – spät, aber eben nicht zu spät.

Zahl der jugendlichen und heranwachsenden Verdächtigen stark gestiegen

Jung, rechtsradikal, gefährlich

Mecklenburg-Vorpommern*
280
2023

581
2024

Bremen
21
2023

24
2024

Niedersachsen
308
2023

519
2024

NRW
247
2023

610
2024

Saarland
25
2023

46
2024

Baden-Württemberg
145
2023

257
2024

Berlin
143
2023

173
2024

Brandenburg
432
2023

737
2024

Sachsen-Anhalt**
208
2023

390
2024

Sachsen
310
2023

1297
2024

Thüringen
326
2023

490
2024

Bayern
291
2023

517
2024

Text: Gregor Haschnik
Illustrationen: Studio Pong

Ein hessischer Jugendlicher soll sich rechtsradikal geäußert, Sprengstoff hergestellt und im Wald gezündet haben. In den Räumen eines Vereins in Sachsen, der sich für Demokratie einsetzt, sollen 13- bis 16-Jährige aus der Nazi-Szene eine Frau bedroht haben. Und in Brandenburg verletzten junge Leute zwischen 17 und 19 Jahren offenbar einen 41-Jährigen, nachdem dieser sie aufgefordert hatte, mit dem Grölen rechter Parolen aufzuhören.

Im Jahr 2024 häuften sich die Verfahren mit jungen Tatverdächtigen im Bereich der politisch motivierten Kriminalität rechts. Eine exklusive Länderumfrage des WEISSER RING Magazins zeigt nun das Ausmaß: Demnach hat die Zahl der Fälle, an denen Jugendliche sowie Heranwachsende beteiligt gewesen sein sollen, stark zugenommen: in Sachsen etwa von 310 Tatverdächtigen zwischen 14 und 20 Jahren im Jahr 2023 auf 1297 Verdächtige im vergangenen Jahr, in Bayern von 291 auf 517, in Niedersachsen von 308 auf 519. Die Berliner Statistik differenziert auch nach Geschlecht: Demnach waren 136 der 143 Tatverdächtigen im Jahr 2023 männlich, sieben weiblich. Im Jahr darauf gab es insgesamt 175 Verdächtige, 149 männliche und 26 weibliche.

Auch Nordrhein-Westfalen verzeichnet eine deutliche Steigerung, von 247 auf 610 Tatverdächtige in dem Alter. Die Landesregierung sieht dies als „eine zentrale Herausforderung für die innere Sicherheit“ und beobachtet eine „zunehmende Dynamisierung“ von rechtsextrem beeinflussten Jugendmilieus, wobei das „Tatmittel Internet“ weiter an Bedeutung gewinne. Bei der Bekämpfung setze das Land auf einen „Dreiklang von Repression, Prävention und Ausstiegshilfe“. Überwiegend geht es um Propagandadelikte, mitunter aber auch um Gewalt: In Nordrhein-Westfalen wurden im vergangenen Jahr 30 jugend-

Männlich dominiert



In Berlin waren im Jahr 2023 von **143 verdächtigen Jugendlichen und Heranwachsenden**

136
männlich

7
weiblich

Im Jahr 2024 wurden **175 Verdächtige** gezählt, davon waren

149
männlich

26
weiblich

*Hier ist die Summe der Straftaten mit jugendlichen und heranwachsenden Verdächtigen angegeben.

**Hier ist die Summe der Fälle mit mindestens einem jugendlichen beziehungsweise heranwachsenden Verdächtigen angegeben.

Quelle:
Länderumfrage des WEISSER RINGS.
Vier Länder haben die Anfrage bis Redaktionsschluss nicht beantwortet.

liche und heranwachsende Tatverdächtige ermittelt, in Berlin 28, in Brandenburg 47, in Sachsen 63. Bei den Gewalttaten sind die Zahlen tendenziell auch gestiegen.

Die Steigerungen passen zur Gesamtentwicklung. Nach Angaben des BKA sind die rechtsmotivierten Taten 2024 um fast 48 Prozent auf 42.788 angewachsen.

„Rechtsextreme Positionen werden selbstbewusst vertreten“

Reiner Becker, der das Demokratiezentrum im Beratungsnetzwerk Hessen leitet, überraschen die Tendenzen nicht: „Wir bekommen seit etwa einem Jahr deutlich mehr Beratungsanfragen von Schulen“, sagt der Politikwissenschaftler. Es geht „um Propagandadelikte, darum, dass sehr selbstbewusst rechtsextreme Positionen vertreten werden, um rassistische Beleidigung, Bedrohung, manchmal auch um körperliche Gewalt“.

Die Täter seien jünger geworden; vereinzelt suchten schon Grundschulen Rat. In den vergangenen Jahren hätten sich eher lose, rechte Jugendcliquen gebildet. Sie seien „stark diversifiziert“, auch in ihrem Erscheinungsbild, hätten teils Kontakt zur organisierten Szene und beteiligten sich etwa an Protesten gegen Veranstaltungen zum Christopher Street Day. „Man muss die Bedingungen des Großwerdens, etwa die politische Kultur, das Gemeinwesen, die Eltern, in den Blick nehmen“, so Becker. „Wir haben eine Gewöhnung an rechtsextreme Positionen, zum Teil hohe Wahlergebnisse für die AfD. Warum sollten Kinder und Jugendliche davon frei sein?“ Gleichzeitig mangle es an sozialen Angeboten. Zudem spiele die niedrigschwellige, alltagsbezogene Ansprache rechter Akteure im Netz eine Rolle. Becker plädiert für eine frühe „kritische Medienbildung“ in der Schule sowie eine intensive Jugend- und Beziehungsarbeit: „Sie ist ein Schlüssel. Es kommt darauf an, mit den jungen Leuten im Gespräch zu bleiben, ihnen Angebote zu machen und sie nicht aufzugeben, wenn sie durch rechte Parolen aufgefallen sind. Dazu braucht es Haltung und pädagogisches Wissen.“

Vor drei Jahren wurden die Mutter und der Stiefvater von Sandra Epp ermordet. Noch heute beeinflusst die Tat ihr Leben. Die 37-Jährige kann nicht arbeiten und sucht Antworten.



Sensationsgier statt Sensibilität

Text: Selina Stiegler
Fotos: Lena Giovanazzi

Sandra Epps Eltern wurden ermordet. Doch anstatt in Ruhe zu trauern, stürzen sich die Medien auf den Fall, da der Täter der Nachbar des Ehepaars war. Monatelang muss die Familie private Fotos, despektierliche Überschriften und falsche Angaben in Zeitungen ertragen. Jetzt möchte sie die Würde ihrer Eltern wieder herstellen.

Kilometerlange Alleen führen zum Haus von Sandra Epp, es ist eine ruhige Gegend. Ein Bus kommt nur selten vorbei. Jedes Haus hat seinen eigenen Charakter, keines gleicht dem anderen. Alle Zäune sind aber auf einer Höhe, die Gärten millimetergenau gemäht, jede Hecke ist perfekt gestutzt. Das Haus der 37-Jährigen fällt durch die rosa Fassade auf. Eine kleine Bank steht vor der Eingangstür. Genau hier wartete vor drei Jahren ein Polizist darauf, dass Sandra Epp ihm die Tür öffnete, wie sie im Gespräch mit dem WEISSER RING Magazin erzählt. Sie wusste damals nicht, was los ist. Dann die Nachricht: Ihre Mutter (61) und ihr Stiefvater (62) wurden erschossen. Der Täter, ein Jäger, war der Nachbar des Ehepaares. Er hat sich nach der Tat das Leben genommen. Sie informierte ihre 21-jährige Schwester, die gerade Nachtdienst hatte.

Ein Gewaltdelikt, das unzählige Medien auf den Plan rief. „85-jähriger Jäger erschießt Nachbar-Ehepaar: „Es ärgerte ihn, dass das Paar nackt durch den Garten lief“ betitelt der „Merkur“ seinen Bericht. Andere Medien greifen das Narrativ des „nackten Ehepaares im Garten“ auf. Mehrere Anfragen bei der „Merkur“-Redaktion, wieso diese Überschrift gewählt wurde, blieben ohne Antwort.

Wie haben Sie die mediale Berichterstattung wahrgenommen, Frau Epp?

Uns war es zu viel. So viele Bilder wurden veröffentlicht. Warum immer so viele Fotos? Das Haus, der Garten, der Wohnwagen, die Blutlache und auch ein Bild meiner Mutter wurden veröffentlicht. Reicht nicht ein Titelbild? Auch wurde der Name meiner Mutter falsch geschrieben

oder das Alter, Tatsachen wurden verdreht. Beispielsweise durch das Zitieren von Nachbarn, die angaben, meine Eltern hätten den Täter provoziert.

Indem sie laut Musik gehört hätten und nackt im Garten herumgelaufen seien.

Ich kann mir bei den beiden nicht vorstellen, dass sie nackt im Garten gewesen wären. Und selbst wenn: Es ist ihr Garten, sie dürfen machen, was sie für richtig halten. Das ist kein Grund, jemanden zu ermorden. Die Polizei vor Ort konnte uns den Ablauf der Tat anfangs nicht sagen. Erst hieß es, ihnen wurde in den Bauch geschossen – aber es war der Brustkorb.

Sandra Epp macht eine kleine Pause. Sie ist eine sportliche Frau mit blondem Haar. Ihre hellbraunen Augen wirken kraftvoll. Und so erzählt sie auch weiter.

Das war für uns damals ganz schwierig, wir wussten nicht, was wir glauben sollten. Wir wurden gefragt, ob wir die Leichen sehen möchten und machten den Fehler, nein zu sagen. Der Schock saß noch zu tief. Jetzt fehlt uns das reale Bild, um die Tatsache besser begreifen zu können: Dass sie plötzlich einfach weg sind.

In den Artikeln wurde immer wieder von einem Nachbarschaftsstreit geschrieben, der aufgrund der Lautstärke ihrer Eltern entstanden sei und weil der Nachbar einen Baum auf seinem Grundstück fällen sollte. Frau Epp, Sie meldeten sich beim WEISSER RING Magazin, weil Sie erzählen wollten, wie es wirklich gewesen sei. Wie sieht die Wahrheit aus Ihrer Sicht aus?

„Warum immer so viele Fotos? Das Haus, der Garten, der Wohnwagen, die Blutlache und auch ein Bild meiner Mutter wurden veröffentlicht. Reicht nicht ein Titelbild?“

„Gegen 12 Uhr haben wir das Telefonat beendet, und um 12:15 Uhr wurden sie erschossen. Als ich am Haus ankam, sah ich noch die Blutlache. Das sind Bilder, die wird man nie wieder los.“

Es gab immer wieder Schwierigkeiten. Vieles ärgerte den Mann. Die Polizei fand sogar einen Hefter, in dem er jedes seiner Meinungen nach falsche Verhalten mit Datum und Uhrzeit notierte. Während eines Sturms stürzte ein Baum auf ein Häuschen im Garten meiner Eltern, das neben dem Haupthaus stand. Die Feuerwehr warnte sie vor einem Baum auf seinem Grundstück; beim nächsten starken Sturm könnte er ihr Haus treffen, hieß es. Der Täter weigerte sich aber, den Baum entfernen zu lassen, und so gingen sie vor ein Schiedsgericht.

Die 37-Jährige steht auf und kommt mit einem großen weißen Ordner zurück. Sie lässt ihn auf ihr Sofa fallen. Zwischen Dutzenden Unterlagen kramt sie ein Schreiben von der zuständigen Staatsanwaltschaft hervor. Es beinhaltet eine achtseitige Zusammenfassung des Ermittlungsverfahrens und bestätigt ihre Aussagen.

Eine polizeiliche Erkenntnis waren Anrufe des Täters bei der Polizei: Von 2018 bis 2020 beschwerte er sich den Angaben zufolge insgesamt dreimal wegen Ruhestörung. Immer, weil das Ehepaar laute Musik gehört habe. 2022, drei Monate vor der Tat, rief er die Polizei, weil er glaubte, sein Nachbar habe sein Brennholz manipuliert. Die Polizei stellte nichts fest. Die Schwester des Täters sagte gegenüber der Polizei, er sei über die Jahre depressiv geworden. Seine langjährige Partnerin habe ihn 2021 verlassen.

Im Jahr 2023 erschien ein Podcast der „BILD“-Zeitung über den Fall. In einem eher lockeren Ton besprechen die Moderatoren die Tat. Es werden Nachbarn zitiert, die Epps Eltern als provokant darstellen, und der Sprecher beschreibt den Tattag auf Grundlage von Vermutungen. „Lasst uns also Folgendes spekulieren: Sie setzen sich zu Mittag raus, vielleicht wird bei dem schönen Wetter der Grill angeschmissen. Dazu ein kühles Bierchen oder ein kleines Sektchen geöffnet. Die beiden unterhalten sich angeregt. Lachen laut. Ein Hohn in den Ohren des Täters“, erzählt er.

Besonders dieser Podcast macht Sie wütend. Wieso?

Sie haben in dem Podcast eine Geschichte erzählt, die nicht stimmen kann. Ich hatte

an dem Tag mit meiner Mutter telefoniert. Um 11:40 Uhr habe ich sie angerufen und mit ihr über die geplante Geburtstagsfeier meines Sohnes gesprochen und darüber, wann sie dafür zu uns kommen wollen. Sie erzählte nichts von einem erneuten Streit mit dem Nachbarn. Sie sagte zu mir, dass sie bei dem schönen Wetter gleich die Bettwäsche zum Trocknen aufhängen wird – dann trocknet sie schneller.

Sandra Epp atmet kurz durch.

Wir wissen den genauen Hergang auch nicht, aber mein Stiefvater muss am Wohnwagen gebastelt haben; sicher, um ihn für die Fahrt zu uns vorzubereiten. Nachbarn sahen ihn kurz vorher noch im Garten. Gegen 12 Uhr haben wir das Telefonat beendet, und um 12:15 Uhr wurden sie erschossen. Als ich am Haus ankam, sah ich noch die Blutlache. Das sind Bilder, die wird man nie wieder los. Auf einem Stuhl lag ein Teil der Bettwäsche, ein anderer hing an der Leine.

Im Ermittlungsbericht, der dem WEISSER RING Magazin vorliegt, steht, dass die Leiche des Stiefvaters an der Vorderseite des Gebäudes gefunden wurde, in der Nähe des Carports. Ihre Mutter wurde im hinteren Bereich des Wohnhauses gefunden. Das Telefonat erwähnte Epp auch gegenüber der Polizei. Eine Nachbarin sagte aus, kurz vor der Tat mit dem Ehepaar gesprochen und eine angespannte Situation wahrgenommen zu haben. Bei dem Gespräch ging es laut Aussage auch um den Nachbarschaftsstreit. Vom Grillen oder Alkoholkonsum steht im Bericht nichts. Den genauen Tathergang kennt aber nur der Täter.

In dem „BILD“-Podcast fanden sich weitere für Sandra Epp unerträgliche Stellen. Die Moderatorin zieht Parallelen zu einem bekannten Nachbarschaftsstreit wegen eines Maschendrahtzauns. Der Moderator Stefan Raab produzierte damals dazu einen gleichnamigen Song, der im Podcast fröhlich gesungen wurde. Hinzu kamen Stellen, die für Epp eine Mitschuld der Opfer an der Tat suggerierten: „Ich denke, es ist auch ein Appell an uns alle, dass wir mehr aufeinander achtgeben müssen“, sagt der Sprecher.



Die WR-Redaktion hat den Verlag mit Epps Vorführen konfrontiert. „Der Persönlichkeitsschutz von Opfern hat bei unseren True-Crime-Produktionen höchste Priorität. Wir achten stets darauf, die dahingehenden Rechte aller beteiligten Personen zu wahren und die Fakten der Fälle wahrheitsgemäß wiederzugeben. Bitte haben Sie Verständnis, dass wir redaktionelle Prozesse und Entscheidungen darüber hinaus nicht kommentieren“, antwortet eine „BILD“-Sprecherin.

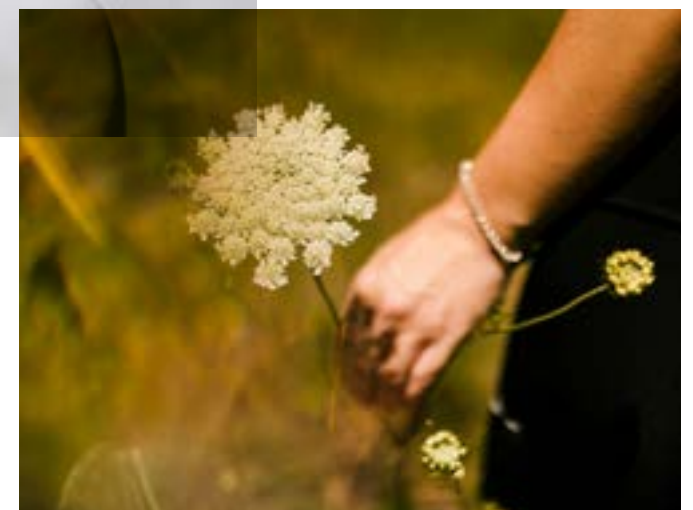
Epp zweifelt an der Priorität. Es reiche nicht aus, einfach die Namen der Opfer zu ändern.

Warum haben Sie sich nicht schon damals gemeldet, um Ihre Sicht der Dinge darzustellen?

Damals war ich völlig überfordert durch die ganzen unterschiedlichen Medienberichte, die Fotos und den Polizeibericht. Es gab Presseanfragen, aber wir lehnten alle ab. Jetzt gehe ich schon lange in Therapie, bin gestärkt und habe den Mut gefasst.

Was Angehörige bei rechtswidriger Berichterstattung machen können

Wenn ein Bild einer verstorbenen Person innerhalb von zehn Jahren nach ihrem Tod **ohne die Zustimmung der Angehörigen** veröffentlicht wurde, können diese **rechtlich dagegen vorgehen**. In solchen Fällen besteht ein Unterlassungsanspruch, der gerichtlich durchgesetzt werden kann. Angehörige können zudem verlangen, dass **bereits veröffentlichte Bilder entfernt** werden, etwa aus Artikeln, TV-Beiträgen oder Internetseiten. In besonders schweren Fällen – etwa bei entstellender oder menschenunwürdiger Darstellung – kann auch eine **Geldentschädigung gefordert** werden. Darüber hinaus ist es möglich, Beschwerden bei Landesmedienanstalten, dem Presserat oder Datenschutzbehörden einzureichen. Generell ist es schwer, gegen True-Crime-Formate vorzugehen, da mit dem Tod das allgemeine Persönlichkeitsrecht endet. Danach gilt nur noch ein **postmortaler Achtungsanspruch**. Dieser verbietet lediglich grobe Verzerrungen oder würdeverletzende Darstellungen.



Ich habe das Gefühl, etwas richtigstellen zu müssen, um die Würde unserer Eltern wiederherzustellen. Ich bin eine Hinterbliebene, daher würde ich mir mehr Gerechtigkeit für Hinterbliebene wünschen. Wir sind auch Opfer, wir müssen lernen, damit zu leben, mit den ganzen Bildern und Reportagen. Es macht mich wütend, dass Gaffer teilweise 5.000 Euro Strafe zahlen müssen, aber am Ende wird alles im Internet freigegeben. Betroffene kennen die Gesetzeslage nicht, um sich richtig wehren zu können. Hätte ich vieles früher gewusst, hätte ich früher gehandelt.

Sandra Epp klappt den weißen Ordner zu. Dann steht sie auf und geht eine Zigarette rauchen.

„Ich habe das Gefühl, etwas richtigstellen zu müssen, um die Würde unserer Eltern wiederherzustellen.“

Ein Anruf bei ...



Christian Heinz, Justizminister in Hessen, setzte sich vor einem Jahr über den Bundesrat für den bundesweiten Einsatz der elektronischen Fußfessel nach spanischem Vorbild ein. Nun hat die Bundesregierung reagiert. Ende August 2025 hat das Bundesjustizministerium einen Gesetzentwurf vorgelegt. Hessen nutzt die neue Überwachungstechnik seit Ende Januar. Zeit für eine Zwischenbilanz.

...Christian Heinz

Herr Minister Heinz, das Bundesjustizministerium hat jetzt einen Gesetzentwurf zum Einsatz der elektronischen Fußfessel nach spanischem Vorbild vorgelegt. Aus Ihrer Sicht: Endlich?

Es freut uns sehr, dass die schwarz-rote Koalition die hessische Bundesratsinitiative aus dem September 2024 in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen und jetzt in einen entsprechenden Gesetzentwurf gegossen hat. Wir haben damals bereits Eckpunkte formuliert, wie wir uns die Ausgestaltung des Gewaltschutzgesetzes wünschen. Dabei standen wir immer auch im stetigen Austausch mit dem WEISSEN RING. Jetzt ist endlich etwas da.

Was sind für Sie die wichtigsten Punkte?

Die Möglichkeit, den Einsatz der Fußfessel für die Dauer von sechs Monaten anzuordnen. Sie muss auch gegen den Willen des Trägers angelegt werden dürfen. Außerdem: dem geschützten Opfer dürfen keine Kosten entstehen. Wir schauen uns den Gesetzentwurf jetzt sehr genau an. Es sieht aber so aus, als wären wir auf einem guten Weg.

Immer wieder hört man, die elektronische Fußfessel sei kein Allheilmittel. Können Sie das nachvollziehen?

Gibt es Allheilmittel überhaupt? Dieses sehr plakative Argument kann nicht gegen den Einsatz der Fußfessel und für einen besseren Opferschutz vor schweren Gewalttaten bis hin zu Tötungsdelikten sprechen. Wir müssen alles tun, was verfassungsrechtlich vertretbar ist, um Straftaten zu verhindern. Dazu gehört ein Bündel an Maßnahmen, wie beispielsweise die Täterarbeit. Deshalb waren uns auch verpflichtende Anti-Gewalt-Trainings im Gewaltschutzgesetz wichtig. Aber eben auch die Fußfessel.

Kurzer Rückblick: Unter dem ehemaligen Bundesjustizminister Dr. Marco Buschmann (FDP) hieß es lange Zeit, die Fußfessel könne über Ländergesetze geregelt werden. Viele Bundesländer haben den Einsatz der Fußfessel durch Gesetzesänderungen ermöglicht. Warum genügt das nicht?

Es war immer mein Eindruck, dass Herr Dr. Buschmann die Fußfessel nicht im Gewaltschutzgesetz haben wollte und sich des Themas deshalb wenig bis gar nicht angenommen hat. Es ist zudem falsch, dass es genügt, die Fußfessel auf Landesebene zu verankern. Die Polizeigesetze sind auf eine kurzfristige Abwehr von gegenwärtigen Gefahren ausgerichtet. Um eine dauerhafte und wirksame Möglichkeit zu haben, gerichtliche Kontakt- oder Näherungsverbote mit einer Fußfessel zu kontrollieren, muss diese ins Gewaltschutzgesetz aufgenommen werden. Die gesetzlichen Regelungen der Länder und das Gewaltschutzgesetz des Bundes bauen aufeinander auf und schließen alle Schutzlücken – von der Prävention einer möglichen Gefahr bis hin zur Kontrolle nach einer Haftstrafe.

Hessen hat die spanische Fußfessel schon im Herbst 2024 eingeführt. Wie häufig wurde die Technik eingesetzt?

Aktuell haben wir die Fußfessel bei neun Fällen mit insgesamt elf Opfergeräten im Einsatz. Die Diskrepanz kommt daher, dass manchmal mehrere Personen vor einem Täter geschützt werden müssen. Die Zahlen schwanken aber.

Gab es Alarmmeldungen?

Ja, es gibt diese sogenannten Ereignismeldungen sogar relativ häufig. Das zeigt auch, wie engmaschig die Täter überwacht und die potenziellen Opfer geschützt werden. Für unser Telefonat habe ich mir die aktuellen Zahlen angeschaut: Bei den Geräten mit der neuen Technik gab es bis zum 25. August mehr als 15.000 Meldungen. Das heißt aber nicht, dass es so viele Gefährdungen gab. Erfreulich: es sind keine Übergriffsversuche auf Opfer bekannt.

Wenn das Gesetz bundesweit ausgerollt wird, wird sich die Zahl der Meldungen erhöhen. Wie will die Gemeinsame Überwachungsstelle der Länder (GÜL) im hessischen Weiterstadt das bewältigen?

Da haben wir bei der letzten Justizministerkonferenz vorgesorgt und im Kreis der Länder vereinbart, einen neuen Staatsvertrag auszuarbeiten. Es wird eine größere GÜL geben, die dann die Fußfesseln im Rahmen der Führungsaufsicht sowie nach Polizeirecht und Gewaltschutzgesetz überwachen wird.

Wie sind die Rückmeldungen der Menschen, die geschützt werden?

Die Opfer melden uns zurück, dass sie sich mit der neuen Technik viel freier und sicherer bewegen können. Sie wissen, egal, wo sie sich aufhalten, dass sie immer gewarnt werden, wenn sich ihnen der Fußfessel-Träger nähert. Die klassische Fußfessel kennt nur starre Verbots- und Gebotszonen wie die Wohnung, Arbeitsstelle oder Kita. Das spanische Modell schützt ortsflexibel, wenn die zu schützende Person freiwillig das handyähnliche Gerät trägt, das sie rechtzeitig warnt, wenn sich der Fußfessel-Träger dem Opfer nähert. Das Opfer nimmt die Schutzzone quasi immer mit. Aus meiner Sicht ist es ein voller Erfolg.

Christian Heinz

Christian Heinz, Jahrgang 1976, ist Hessischer Minister der Justiz und für den Rechtsstaat. Zuvor war der Jurist stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag und Sprecher für Rechtspolitik. Heinz ist seit 1998 Mitglied der CDU.

„Die Opfer melden uns zurück, dass sie sich mit der neuen Technik viel freier und sicherer bewegen können.“

Transparenzhinweis:
Der WEISSE RING fordert seit Jahren von der Bundesregierung, den Einsatz der Fußfessel nach spanischem Modell bundesweit zu ermöglichen, und hat mehrere Brandbriefe an die Politik geschrieben.



Am Zaun der Klinik hat Davids Mutter eine kleine Gedenkstätte für ihn errichtet, auf dem Gelände wurde es untersagt.

Gewaltsamer Tod in der Psychiatrie

Kein Schutz. Nirgends

An der Landstraße 3077, den Berg hoch Richtung Löhlbach, hängt in einer Rechtskurve das Foto eines jungen Mannes an einem Maschendrahtzaun: David S., verstorben am 9. März 2021 auf Station 10 der Vitos-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie im nordhessischen Haina. Davids Mutter Galina hat sein Bild mit Kabelbindern am Draht befestigt, ebenso wie das schmale Holzkreuz daneben. Rundherum hat sie langstielige Blumen in die Maschen gesteckt.

Einen Fußweg gibt es nicht an dieser Stelle; wenn Galina S. die kleine Gedenkstätte besuchen will, muss sie auf der Straße gehen, dicht an die Leitplanke gedrängt. Die Autos nehmen die Kurve hier mit Tempo, die Straße steigt steil an.

David S. ist psychisch krank, ein Gericht weist ihn zu seiner Sicherheit in eine Klinik ein. Aber die Klinik schützt ihn nicht, im Gegenteil: David stirbt auf Station 10, er wird erwürgt. Seine Angehörigen fühlen sich von der Krankenhausleitung und den Ermittlungsbehörden alleingelassen. Reporter des WEISSER RING Magazins haben den Fall rekonstruiert.

Hinter dem Zaun liegt Station 10, Davids Sterbeort. Anfangs hatte Galina S. Fotos ihres Sohnes und frische Blumen mehrfach direkt auf das Klinikgelände getragen. Die Verwaltung ließ sie jedes Mal entfernen. Begründung: Ein solcher Ort „würde Patientinnen und Patienten zu sehr aufwühlen bzw. verstören“. David war 22 Jahre alt, als er in der Klinik erwürgt wurde.

Kapitel I: Der Fall David S.

Kliniken sind Schutzräume. Insbesondere psychiatrische Kliniken sollen Menschen schützen, die sich selbst oder andere gefährden könnten. Das gelingt nicht immer: Mindestens 21 Patienten sind nach Recherchen des WEISSER RING Magazins in den vergangenen fünf Jahren in psychiatrischen Krankenhäusern und im Maßregelvollzug von Mitpatienten getötet worden.

Wie sicher sind diese Kliniken für Patienten? Wie groß ist der Aufklärungswille nach Tötungsfällen? Wie gehen Behörden und Krankenhäuser mit Hinterbliebenen um? Es ist schwierig, an Informationen zu kommen, die Datenlage ist dünn. Die Redaktion des WEISSER RING Magazins hat sich den Fall David S. genau angeschaut. Unsere Reporter konnten Akten einsehen, Angehörige treffen, Mitpatienten, Ermittler und Behörden sprechen.

Am 9. März 2021 meldet sich gegen 20.30 Uhr der Patient Abdullah B. im Übergaberaum von Station 10 und teilt den beiden diensthabenden Pflegekräften – einem Pfleger und einer Pflegerin – mit: „My friend lays in my restroom“, sein Freund liege in seinem Badezimmer. So gibt

FEBRUAR

2021

Lüneburg/
Niedersachsen

Ein 21-Jähriger tötete am 19. Februar 2021 im Psychiatrischen Klinikum Lüneburg zwei Mitpatienten und verletzte zwei Krankenpflegerinnen sowie einen Polizisten. Das Landgericht Lüneburg ordnete seine dauerhafte Unterbringung in der Psychiatrie an.

MAI
2022

München/
Bayern

Ein 32-Jähriger tötete am 31. Mai 2022 die 40-jährige Künstlerin Kamilla Nagy in der Psychiatrie des Isar-Amper-Klinikums. Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen ein, da kein strafrechtlich relevantes Fehlverhalten des Klinikums vorgelegen habe.

Text:

Karsten Krogmann,
Gregor Haschnik,
Christoph Carretero Klemp

Illustrationen:

Julian Rentzsch

es später der Pfleger gegenüber der Polizei zu Protokoll.

Der Mitarbeiter läuft los, in der Nasszelle von Zimmer 25 findet er den leblosen David S. Er löst Alarm aus. Das kurze Zeit später eintreffende Rettungsteam kann den Patienten nicht ins Leben zurückholen.

Station 10 ist die Akutstation der Klinik, sie nimmt Patienten auf, die aufgrund einer psychischen Erkrankung als akut selbst- oder fremdgefährdend gelten. David ist hier seit etwa 50 Tagen untergebracht, Abdullah B. seit wenigen Stunden. David soll in zwei Tagen entlassen werden, den syrischen Geflüchteten B. hat die Polizei erst am Nachmittag in die Klinik gebracht, gefesselt mit Handschellen. B. wurde zwangseingewiesen, weil er zuvor in einer Asylbewerberunterkunft einen Dolmetscher unvermittelt angegriffen und verletzt hatte. Er bezieht das leerstehende Zimmer 25, eigentlich ein Doppelzimmer.

D

David war tagsüber unterwegs, seine Mutter durfte ihn für einige Stunden mitnehmen. Er wollte einen neuen Haarschnitt für seine bevorstehende Entlassung, und er wollte seine Familie sehen: Großmutter Nelli, bei der er zuletzt lebte, und seinen krebserkrankten Bruder Daniel. Als Galina S. ihren Sohn gegen 18 Uhr zurückbringt, sieht sie den Polizeiwagen vor dem Stationsgebäude stehen. „Schau mal“, sagt sie zu David, „da ist bestimmt ein Neuer angekommen.“

Gegen 19 Uhr betritt David S. das Zimmer von B. In der Klinik ist David bekannt für solche „Besuche“, der Krankenpfleger beschreibt ihn bei seiner Vernehmung als distanzlos. Mit seinem Verhalten bringe er die anderen Patienten „zur Weißglut“. Als der Pfleger nun zufällig sieht, wie David über den Flur zu Zimmer 25 geht, eilt er ihm nach. Er findet ihn auf dem zweiten Bett sitzend und schickt ihn verärgert zurück in sein eigenes Zimmer.

Etwa eineinhalb Stunden später liegt David tot in der Nasszelle von Zimmer 25, vor dem zweiten Bett stehen seine Schuhe. Um 20.48 Uhr informiert die Klinik die

Polizei. Die Beamten finden auf Station 10 eine Situation vor, die an ein Kriminalstück erinnert: Es gibt einen Toten – und einen begrenzten Kreis von Personen, die als Täter infrage kommen. Die Akutstation ist eine geschlossene Station, niemand kann die Schleuse ungesehen passieren. Kaum mehr als ein Dutzend Patienten und Pflegekräfte befanden sich zu Davids Todeszeitpunkt auf der Station.

Der Verdacht der Ermittler richtet sich gegen Abdullah B.

Der Verdacht der Ermittler richtet sich gegen Abdullah B. Knapp drei Jahre später steht der Syrer wegen des Vorwurfs der Tötung von David S. vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft Marburg wirft ihm vor, David „getötet zu haben, ohne ein Mörder zu sein“: B. soll die Tat im Zustand der krankheitsbedingten Schuldunfähigkeit begangen haben. Deshalb gibt es kein Strafverfahren gegen B., sondern ein sogenanntes Sicherungsverfahren; das Landgericht soll über die zwangsweise Unterbringung von B. in einem psychiatrischen Krankenhaus nach dem Strafgesetzbuch-Paragrafen 63 entscheiden. Am 22. März urteilt die Strafkammer, dass die Beweise gegen Abdullah B. dafür nicht ausreichen.

Es gibt einen Toten, aber keinen Täter. Für die Ermittler, für die Justiz, für die Klinik endet der Fall damit. Für die Angehörigen von David tut er das nicht.

Kapitel II: Die Angehörigen, Teil 1

Galina S. wirft einen schnellen Blick über die Schulter, kommt auch kein Auto? Sie drückt sich an die Leitplanke und läuft die Landstraße 3077 hinauf. Es ist ein heißer Sommertag.

„Traurig und wütend“ fühle sie sich, sagt sie, so wie immer an diesem Ort. Sie zeigt durch den Zaun in Richtung des Klinikbaus und sagt: „Da, das dritte Fenster von rechts, das war Davids Fenster.“

Manchmal, wenn ihre Gefühle sie überwältigten und sie die Verantwortlichen „ärtern“ wollte, sei sie auf das Klinikgelände gegangen, habe geklingelt und gesagt: „Schöne Grüße von David!“

Der Türbereich der Patientenzimmer sind für das Pflegepersonal nicht einsehbar, wie Pläne der Akutstation zeigen.



Schräg gegenüber dem Stationsgebäude befindet sich die frühgotische Klosterkirche.

„David saß manchmal da drin, er durfte ja die Station verlassen“, erinnert sich Galina S. Nach seinem Tod habe die Klinikseelsorgerin dort ein Gedenken für die Familie organisiert, „weil sie den Eindruck hatte, wir brauchen das“.

„Schöne Grüße von David!“

Galina S. macht auch sich selbst Vorwürfe. Am 9. März 2021 habe David nach dem gemeinsamen Ausflug nicht zurückgewollt in die Klinik. Er habe sie regelrecht angefleht, bei der Familie bleiben zu dürfen. Sie brachte ihn zurück nach Haina. S. hatte gewichtige Gründe dafür: In der Hochzeit der Corona-Pandemie konnte sie nicht riskieren, dass David seinen todkranken Bruder womöglich ansteckt und schwächt. Und zwei Tage später sollte er doch schon aus der Psychiatrie entlassen werden. „Wir sind schuld!“, sagt die Mutter trotzdem, sie wiederholt es, stößt es heraus: „Wir sind schuld!“ Sie lässt sich nicht abbringen von ihrer Selbstanklage.

Kapitel III: Zwei Patienten

David, geboren 1998 im hessischen Bad Wildungen. Ein kleiner Mann, ein schmaler Mann. Zart, weich, vielleicht zu lieb für die Welt da draußen. So beschreibt ihn seine Mutter, sie nennt ihn einen „Opfertypen“. Trotzdem oder vielleicht gerade deshalb war er ihr Lieblingssohn, Galina S. gibt das offen zu. David sei klug, keativ, gepflegt gewesen. Früh verlor er den Vater, später erkrankte sein Bruder an Krebs. Daniel stirbt im August 2023, ein halbes Jahr vor Beginn des Prozesses um Davids Tod. Er wollte als Nebenkläger teilnehmen.

In der Welt da draußen kommt David tatsächlich nicht klar, berichtet die Mutter. Er wird ausgenutzt und ausgelacht, gerät immer wieder in Schwierigkeiten, wird geschlagen. Er wird krank, hört Stimmen. Ärzte diagnostizieren eine paranoide Schizophrenie.

Im Januar 2021 beschließt das Amtsgericht Frankenberg (Eder), dass David zu seinem eigenen Schutz in einer psychiatrischen Klinik untergebracht werden muss. Es sei damit zu rechnen, dass David „außerhalb der Einrichtung akut selbst-

JUNI

2022

Neuss/
Nordrhein-Westfalen

Ein 22-Jähriger tötete im Juni 2022 im Krankenhaus Alexius/Josef in Neuss mutmaßlich zwei Mitpatienten innerhalb von zwei Tagen, in einem Fall konnte ihm die Tat jedoch nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden. Das Landgericht Düsseldorf ordnete seine dauerhafte Unterbringung im Maßregelvollzug an.

Im Zimmer des Verdächtigen findet die Polizei Davids Schuhe und Becher. Andere Patienten werden nicht befragt.



OKTOBER
2023

Regensburg/
Bayern

Ein 14-Jähriger erstach am 26. Oktober 2023 im Bezirkskrankenhaus Regensburg einen sieben-jährigen Jungen und verletzte einen Lehrer sowie einen Pfleger. Das Landgericht Weiden verurteilte ihn zu acht Jahren und sechs Monaten Haft und ordnete seine Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus an.

und fremdgefährdendes Verhalten an den Tag legt, indem er sich in Konfrontationen begibt“, heißt es in dem Beschluss. David laufe außerhalb einer Klinik Gefahr, „in Konflikte“ zu geraten.

A

Abdullah B.*, geboren 1995 in Damaskus. Ein sportlicher Mann, gut in der Schule, beliebt, heißt es. Er beginnt ein Studium. Das Assad-Regime soll ihn verhaftet und für ein paar Monate ins Gefängnis gesteckt haben, vermutlich verriet ihn ein Freund. B. sagt später, er habe im Gefängnis Folter erlebt und Drohungen. Nach der Haft bekommt er psychische Probleme, sucht sich Hilfe. 2016 flüchtet er aus Syrien. Über den Sudan, Ägypten, Libyen, Italien und die Schweiz kommt er 2019 nach Deutschland. Zuletzt ist er in der hessischen Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Bad Arolsen untergebracht, im „Haus Dresden“ auf einem ehemaligen Kasernengelände: Holzbaracken hinter Gittertoren, Sicher-

heitsleute in gelben Westen und mit raschelnden Funkgeräten am Gürtel. Seinem psychiatrischen Gutachter sagt B., er habe dort einen „normalen Tagesablauf“ gehabt: Sport, Beten, Handy.

Anfang März 2021 mehren sich die aggressiven Ausbrüche

Nicht normal ist B.s Akte. 19 Vorfälle sind ab 2020 aufgelistet, darunter sechs Gewaltangriffe gegen Personen, der Rest fällt unter Bedrohung, Beleidigung, Sachbeschädigung. Im polizeilichen Auskunftssystem findet sich zu B. der Personeneintrag „gewalttätig“. In einer Strafanzeige schreibt ein Mitarbeiter des Regierungspräsidiums, es lägen mehrere Vorfälle vor, die „das Gewaltpotenzial des Herrn B. untermauern“.

Anfang März 2021 mehren sich die aggressiven Ausbrüche in kurzer Folge. Am 4. März greift er im „Haus Dresden“ einen Mitbewohner an, der Mann muss im Krankenhaus behandelt werden. Am 8. März verfolgt er zwei Frauen in der Innenstadt, beleidigt sie schwer. Am 9. März attackiert er im „Haus Dresden“ den Dolmetscher.

*Name geändert

Laute Schreie sind zu hören, vier Sicherheitsleute greifen ein. B. habe „Kampfhaltung“ eingenommen und sei bewaffnet gewesen, er werde mit einem Stuhl in Schach gehalten, so meldet es der Schichtleiter des Sicherheitsdienstes. Die Polizei notiert am selben Nachmittag: B. stehe in der Erstaufnahmestelle „wegen seines permanent sozialschädlichen Verhaltens unter ‚Einzelbewachung bzw. -schutz‘“. Und: „Offenbar sind alle Bewohner ihm gegenüber feindselig gestimmt, sodass er sich zum Schutz in seinem ‚Einzelzimmer‘ verbarrikadieren muss.“

Auch B. ist offenbar krank, hört Stimmen, auch bei ihm diagnostizieren Ärzte eine paranoide Schizophrenie. Nach dem Angriff auf den Dolmetscher ordnet ein Gericht B.s Unterbringung in der Psychiatrie an, die Polizei bringt ihn nach Haina auf die

„An der Einschätzung der Staatsanwaltschaft, dass der Beschuldigte die Tat begangen hat, ändert dies nichts.“

Akutstation. In der Klinik kennt man den Patienten schon, B. war bereits zweimal dort.

Kapitel IV: Schutz und Sicherheit

An dieser Stelle möchten wir zunächst an die für B. geltende Unschuldsvermutung erinnern. Der Prozess gegen ihn endet mit der Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft, denn das Landgericht Marburg meldete „vernünftige und ernstliche Zweifel“ daran, dass Abdullah B. die Tat begangen hat. Eine solche Entscheidung in einem Sicherungsverfahren ist mit einem Freispruch in einem Strafverfahren gleichzusetzen. Die Staatsanwaltschaft teilt auf Nachfrage des WEISSER RING Magazins mit: „An der Einschätzung der Staatsanwaltschaft, dass der Beschuldigte die Tat begangen hat, ändert dies (...) nichts.“

David wurde von hinten erwürgt, das hat die Obduktion zweifelsfrei ergeben. Auch wenn für Abdullah B. weiter die Unschuldsvermutung gilt, steht dennoch die Frage im Raum: Hätte die Klinik David besser schützen können und müssen?

Warum durfte sich ein Patient wie Abdullah B., der den Akteneintrag „gewalttätig“ hat und nach einem akuten Gewaltausbruch eingeliefert wurde, frei auf der Station bewegen? Auf einer Station, auf der es mit David S. mindestens einen Mitpatienten gab, der als „distanzlos“ galt und schnell „in Konflikte“ geriet?

Der diensthabende Assistenzarzt sagte bei der Polizei aus, dass B. beim Aufnahmegespräch „ruhig und besonnen“ gewesen sei. Der Patient habe sich kooperativ gezeigt und Aggressivität oder Suizidgedanken verneint. Die Verantwortlichen verzichteten deshalb auf die Unterbringung in einem Wachzimmer, wo Patienten unter permanenter Beobachtung bleiben können. B. bezog ein offenes Patientenzimmer: Zimmer 25. Das Aufnahmegespräch dauerte laut Arzt etwa 15 bis 20 Minuten.

APRIL

2024

Wiesloch/
Baden-Württemberg

Ein 23-Jähriger tötete am 18. April 2024 in der Psychiatrie in Wiesloch seinen 65-jährigen Zimmergenossen mit massiver Gewalt. Das Heidelberger Landgericht ordnete seine langfristige Unterbringung in der Psychiatrie an.

MAI
2024

Bad Zwischenahn/
Niedersachsen

Ein 39-Jähriger tötete am 9. Mai 2024 in der Karl-Jaspers-Klinik in Bad Zwischenahn eine 88-jährige demente Mitpatientin. Das Landgericht Oldenburg ordnete seine dauerhafte Unterbringung in einem geschlossenen psychiatrischen Krankenhaus an.

„Fünf Jahre ist es her, aber es ist nicht besser geworden. Antidepressiva helfen mir nicht.“ Nelli S.

Aber auch wenn sich B. ruhig zeigte – hätte die Klinik nicht spätestens nach Davids unerlaubtem Betreten des Zimmers von B. eine Trennung der beiden sicherstellen müssen?

Auf Anfrage des WEISSER RING Magazins teilt die Klinik dazu mit: „Weder dafür, dass einer der beiden Patienten eines besonderen Schutzes bedarf, noch dafür, dass andere Personen vor einem von beiden hätten geschützt werden müssen, gab es Anzeichen.“ Der Klinik sei nicht bekannt gewesen, dass einer der Patienten „sehr aggressiv“ gewesen sei. Ebenfalls unbekannt sei der Klinik die Polizeiakte von B. gewesen. Der Patient sei in vorherigen Aufhalten nicht als aggressiv aufgefallen.

Kurz: „Mit Blick auf beide Patienten wären freiheitsentziehende Maßnahmen bzw. Zwangsmaßnahmen rechtlich nicht begründbar gewesen.“

Gegen die Einschätzung der Klinikleitung sprechen Aussagen des Pflegeper-

sonals gegenüber der Polizei. So sagte die Pflegerin, die am 9. März 2021 im Dienst war: „Aus einem vorausgegangenen Aufenthalt auf unserer Station wusste ich, dass Herr B. sehr aggressiv ist.“ Auch die Polizei spricht auf Nachfrage von „einer erheblichen Gefahr, akuter Eigen- und Fremdgefahr, und einer psychischen Erkrankung“ als Grund für B.s Einweisung in die Klinik. Es ist unwahrscheinlich, dass dem Klinikpersonal dies nicht bewusst war, als die Beamten B. die Handschellen abnahmen.

Eigene Fehler erkennt die Klinikleitung keine

Eigene Fehler erkennt die Klinikleitung keine. Die Station sei personell „regelmäßig und adäquat“ besetzt gewesen, die Mitarbeitenden hätten „fachlich fundierte und bestmögliche Entscheidungen unter Berücksichtigung aller zum damaligen

Zeitpunkt vorliegenden Fakten“ getroffen. Das Hessische Gesundheitsministerium bestätigt die Einschätzung auf Nachfrage: Der Fall sei „fachaufsichtlich“ aufgearbeitet worden, ein „Fehlverhalten“ der Klinik habe nicht festgestellt werden können.

Eine weitere Frage betrifft gebäudeseitige Sicherheitsschwächen. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, dass die Zimmertüren auf der Station nicht einsehbar sind. Das diensthabende Personal konnte nicht sehen, ob jemand Zimmer 25 betritt oder verlässt. Hinzu kommt, dass die Zimmertüren nicht abschließbar sind. Letzteres wird immer wieder von Fachleuten als mögliche Maßnahme empfohlen, wenn es um die Verhinderung von Tötungsdelikten in psychiatrischen Kliniken geht.

2025 haben Prof. Dr. Anke Bramesfeld und Dr. Gesa Schirmmacher ihre Arbeit „Tötungsdelikte in Kliniken für Psychiatrie aus der Metaperspektive eines Bundeslandes“ veröffentlicht. Die beiden Forscherinnen haben Patiententötungen in niedersächsischen Kliniken für Psychiatrie in den Jahren 2016 bis 2024 untersucht und sich dafür acht vollendete und fünf versuchte Tötungen angeschaut. Bis auf einen Fall ereigneten sich alle Fälle auf Akutstationen. Bramesfeld und Schirmmacher mahnen deshalb einen besseren Opferschutz auf diesen Stationen an und schlagen folgende Maßnahmen zur Diskussion vor: Gefährdete Personen mit einem „Opferprofil“ sollten besondere Aufmerksamkeit erfahren und Patiententüren abschließbar sein, außerdem könnten Patienten mit Notfallsendern ausgestattet werden.

W

Welche Konsequenzen hat die Klinik in Haina aus dem Tod von David S. gezogen? In einer Stellungnahme heißt es: Die „umfassende Auseinandersetzung mit dem Sachverhalt war Grundlage für die Ableitung von Maßnahmen – wie es bei Vitos im Sinne der kontinuierlichen Verbesserung stets Standard ist“. Laut Informanten soll ein neues Schließsystem installiert und die Videoüberwachung außerhalb der Zimmer ausgebaut worden sein.

Kapitel IV: Die Angehörigen, Teil 2

Nelli S. bückt sich und zupft etwas Unkraut aus der Erde, dann gießt sie die Blumen auf den Gräbern von David und Daniel. Sie weint. Auf dem über Bad Wildungen gelegenen Friedhof sind ihre Enkel nebeneinander bestattet, links David, rechts Daniel. „Wir haben lange überlegt, welcher Platz der beste ist“, sagt die Großmutter, „hier hat es uns wegen der schönen Birke gefallen.“ Immer wieder kommt sie zum Trauern hierher und pflegt die mit weißen Engelsstatuen geschmückten Gräber.

Vor seinem Klinikaufenthalt hat David bei ihr gewohnt. In seiner Ecke im Wohnzimmer hat sie kaum etwas verändert. Die neuen Kopfhörer, der Computer, die Lautsprecher, sein Stuhl, alles liegt und steht noch so, wie er es verlassen hat. David wollte Youtuber werden und hatte sich entsprechend ausgestattet. Er schrieb auch Gedichte, die Großmutter hat sie aufgehoben. In einem steht: „Schreib meine Gefühle / Auf das Blatt / Es ist unglaublich / Was es mit einem Macht“.

Für Nelli S.s Schmerz gibt es keine Worte, immer wieder kommen ihr die Tränen. „Fünf Jahre ist es her, aber es ist nicht besser geworden. Antidepressiva helfen mir nicht“, sagt sie. „Ich liege nachts wach, denke über die Jungs nach. Manchmal ist es so, als würde David vor mir stehen. Er war so ein intelligenter, guter Junge, hat anderen ständig Geschenke gemacht, wurde aber gehänselt, auch geschlagen.“ Einmal habe er zu ihr gesagt: „Oma, warum habe ich so ein Leben? Warum?“

Nelli S. ist erkennbar traumatisiert, doch ihr Antrag auf Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz wurde abgelehnt.

Kapitel V: Die Ermittlungen

Den Ermittlern liegt schnell eine Liste mit den Namen der Patientinnen und Patienten vor, die sich zum Zeitpunkt von Davids Tod auf der geschlossenen Station 10 aufgehalten haben. Die Pflegedirektorin gibt gegenüber der Polizei zu Protokoll, es habe „ein absolutes Besuchsverbot aufgrund der Corona-Pandemie bestanden“ und „keine Möglichkeit, dass dort eine dritte Person

Seit 2021: mindestens 21 Menschen von Mitpatienten getötet

In **psychiatrischen Kliniken** und im **Maßregelvollzug** sind in **Deutschland** seit 2021 mindestens 21 Patienten von Mitpatienten getötet worden. Das ergab eine Umfrage des WEISSER RING Magazins in allen Bundesländern sowie die Auswertung von Medienberichten, Gerichtsurteilen und Mitteilungen der Strafverfolgungsbehörden.

Allein in **Niedersachsen** gab es in den vergangenen fünf Jahren **sechs Tötungsdelikte in der Allgemeinpsychiatrie**. „Bis auf ein Delikt ereigneten sie sich alle in geschlossenen Akutstationen“, teilte das niedersächsische Gesundheitsministerium auf Anfrage mit. In **Nordrhein-Westfalen** gab es mindestens **vier Tötungsdelikte**, in **Hessen drei**, in **Bayern** nach Angaben der Landesbehörde Zentrum Familie und Soziales **zwei**, in **Baden-Württemberg** ebenfalls **zwei**. In **Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz** und **Schleswig** wurde seit 2021 nach unseren Recherchen jeweils **ein Mensch getötet**. Nicht alle Bundesländer waren mit Verweis auf den Datenschutz bereit, Auskunft zu erteilen.

Eine **offizielle bundesweite Erhebung zu tödlicher Gewalt** in psychiatrischen Einrichtungen **gibt es nicht**, wie die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) bestätigt. „Die DGPPN würde eine solche einheitliche Erfassung und Veröffentlichung anonymisiert und auf Landes- und Bundesebene begrüßen“, sagte die Präsidentin der Fachgesellschaft, Prof. Dr. med. Euphrosyne Gouzoulis-Mayfrank dem WEISSER RING Magazin. „In einer psychiatrischen Klinik werden besonders vulnerable Patientinnen und Patienten behandelt. Umso schwerer wiegt die Tatsache, dass auch hier eine hundertprozentige Sicherheit leider nicht erreicht werden kann.“ Laut Statistischem Bundesamt wurden im Jahr 2023 in Deutschland **688.891 Patientinnen und Patienten** in der Allgemeinpsychiatrie stationär behandelt.



DEZEMBER
2024

Bremen

Eine 42-jährige Patientin erwürgte an Heiligabend 2024 ihre 62-jährige Zimmermitbewohnerin in der psychiatrischen Abteilung des Klinikums Bremen Ost. Das Landgericht Bremen ordnete ihre dauerhafte Unterbringung in der Psychiatrie an.

(befugt oder unbefugt) Zutritt hatte“. Die Klinikleitung erklärt zudem, dass es unmöglich sei zu sagen, wo sich die einzelnen Patienten zur Tatzeit aufgehalten hätten. Im Urteil des Landgerichts Marburg findet sich später dieser interessante Satz: „Mindestens mehrere Mitpatienten, möglicherweise auch Mitarbeiter der Station, hätten wegen des übergriffigen und nervigen Verhaltens des Geschädigten überdies selbst ein Motiv haben können.“

In einem Kriminalstück mit einem Toten, einer begrenzten Zahl möglicher Täter mit einem Motiv und einer spezifischen Tötungsart beginnt der Detektiv normalerweise, die Verdächtigen zu befragen. Nicht so im Fall David. Es wird nur ein Patient befragt: Abdullah B., der den Tatvorwurf entschieden zurückweist. Er habe geschlafen. Von den anderen Patienten fordern die Ermittler lediglich eine DNA-Probe an.

M

Möglicherweise hätten Davids Mitpatienten, je nach Gesundheitszustand, Auskunft darüber geben können, wo sie sich selbst zur Tatzeit und danach aufgehalten haben, wo sich andere Verdächtige befanden, ob sie Abdullah B. oder David S. gesehen haben, ob sie überhaupt etwas gesehen oder gehört haben.

Das WEISSER RING Magazin hat Kontakt zu einem von ihnen aufgebaut. Er war wegen einer Lebenskrise in der Klinik, dachte an Suizid. Heute geht es ihm deutlich besser. Der Mann empfindet es als „Unverschämtheit“, dass die Patienten damals ihre DNA abgeben sollten, sich aber niemand für ihre Zeugenaussage interessiert habe. Er hat seine Mitarbeit ausdrücklich angeboten und „relevante Informationen“ in Aussicht gestellt, aber die Staatsanwaltschaft nahm das Angebot nicht an. Dabei hätten Patienten-Beobachtungen zumindest einem Großteil von ihnen ein Alibi geben können, sagt er.

Im Tatzeitraum, so erinnert sich der Zeuge, hätten sich fast alle Patienten im Gemeinschaftsraum versammelt, ferngesehen oder sich mit Brettspielen die Zeit vertrieben und Pizza von einem Lieferdienst

gegessen. Er selbst habe B. kurz auf dem Gang gesehen, der junge Mann sei zum Stationszimmer gegangen und habe dort offenbar vom auf dem Boden liegenden David berichtet. Dann sei der spätere Verdächtige zu den anderen Patienten gekommen, während es auf dem Gang unruhig geworden sei, Schritte und Stimmen zu hören gewesen seien. B. habe ganz ruhig, gefasst gewirkt.

Auskünfte, warum weder die Polizei am Tatort noch später die Staatsanwaltschaft oder das Gericht Zeugen anhören wollten, sind nicht zu bekommen. Die Polizeidirektion Waldeck-Frankenberg verweist an die Staatsanwaltschaft Marburg, auch das Landgericht Marburg verweist an die Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft wiederum hat wegen des „Umfangs der gestellten Fragen“, „zahlreicher Termine“ und Urlaubsabwesenheiten keine Zeit, die Anfrage des WEISSER RING Magazins bis zum Redaktionsschluss zu beantworten, der zum Zeitpunkt der Anfrage knapp dreieinhalb Wochen in der Zukunft liegt.

Auskünfte, warum weder Polizei noch Staatsanwaltschaft oder das Gericht Mitpatienten anhören wollten, sind nicht zu bekommen

Immerhin teilt der Pressesprecher mit, dass sich an der Einschätzung der Behörde, dass der Beschuldigte die Tat begangen hat, nichts geändert habe. „Konkrete Anhaltspunkte – und nur auf solche kommt es an – dafür, dass ein anderer die Tat begangen haben könnte, liegen aus Sicht der Staatsanwaltschaft nicht vor“, schreibt er.

Man darf den Satz so deuten: Befragungen weiterer Zeugen oder Verdächtiger seien nicht notwendig gewesen.

Wäre nicht dennoch eine Zeugenbefragung nach dem Ausschlussverfahren und zur Erlangung eventueller weiterer belastender Hinweise angezeigt gewesen? Die Staatsanwaltschaft verweist abermals auf die Zeitknappheit und die Abwesenheiten. „Eine Antwort ‚ins Blaue‘ wäre unseriös.“

Alles hängt also an den DNA-Untersuchungen. Spuren von Abdullah B. finden sich keine an Davids Leichnam. Aber auch nicht von den Rettungssanitätern, die versucht haben, den Patienten zu reanimieren.

An Davids Hals sind Abdrücke, die darauf hindeuten, dass er mit dem Kragen seines Pullovers gewürgt wurde. Das kriminalwissenschaftliche Institut weist in seinen Analysen immer wieder darauf hin, dass weder der Nachweis von Spuren noch das Fehlen von Spuren ein sicherer Beleg für das Begehen oder Nichtbegehen einer Tat seien.

Kapitel VI: Der Prozess

Das Landgericht hat nur sechs Sitzungstage terminiert. Der Fall scheint überschaubar: Der Tote fand sich im Zimmer des Beschuldigten, der Beschuldigte hat eine Vorgeschichte mit Gewalttaten, sogar ein Geständnis des Beschuldigten gibt es – Abdullah B. hatte die Tat später in einer anderen Klinik recht detailreich einem Mitpatienten und Landsmann geschildert. Das Gericht zweifelt an der Glaubhaftigkeit des Geständnisses und gibt dem fehlenden DNA-Beweis viel Raum. Auffällig ist die für ein Sicherungsverfahren sehr ausführliche Urteilsbegründung, erkennbar mit Blick auf eine mögliche Überprüfung durch den Bundesgerichtshof geschrieben. Nachdem die Nebenklage Revision beantragt, hält das Urteil der Überprüfung auch stand.

Alles rechtens, aber ist auch alles richtig? Für die Angehörigen bleiben quälende Fragen offen: Haben die Klinik, haben die Ermittlungsbehörden und die Justiz genug getan, um den Tod von David im Schutzraum Klinik aufzuklären? Wie wichtig ist es der Gesellschaft, den Tod eines kranken Menschen aufzuklären, getötet mutmaßlich von einem anderen kranken Menschen?

Während seines Klinikaufenthalts sagte David einmal zu seiner Mutter: „Mama, das sind doch alles kranke Menschen hier. Niemand braucht uns, niemand interessiert sich für uns.“ Nach Prozessende gibt es keinen Täter, es sucht auch niemand mehr nach einem. Über Bad Wildungen gibt es ein Grab mit Engelsstatuen.

W

Wenige Tage nach unserem Treffen an der Landstraße meldet sich Davids Mutter



erneut in der Redaktion und sagt, sie schäme sich für den Zustand der Gedenkstätte während unseres Besuchs. Davids Foto sei wegen der vielen Sonnenstunden so ausgebleichen. Sie schickt ein Foto, auf dem neue Blumen und ein frisch gedrucktes Bild von David zu sehen sind. Geblieben ist die Aufschrift unter dem Bild: „David S. ist im Alter von 22 Jahren am 9.3.2021 verstorben.“ Eine schlichte Information, keine Anklage.

Aus der Verantwortung entlässt Galina S. die Klinik nicht. Sie fordert Aufklärung und Entschädigung. Der Medizinrechtler Dr. Hans-Berndt Ziegler vertritt die Mutter im Zivilrechtsstreit mit der Klinik und kritisiert diese. Nachdem David getötet worden war, habe der Vitos-Konzern unter anderem die Patientenzimmer mit einem neuen Schließsystem ausstatten lassen. Das passe nicht zu der Behauptung, das Krankenhaus habe sich nichts vorzuwerfen.

Die juristische Kälte in den Briefen der Klinik schmerzt die Mutter. An einer Stelle heißt es, David habe ja nur einen kurzen Todeskampf gehabt. Die Klinik argumentiert mit Verweis auf ein Urteil des Landgerichts Bremen, man könne für ein „etwa 90-sekündiges Leiden“ keine 40.000 Euro Schmerzensgeld fordern.

Davids Mutter und seine Großmutter leiden unter dem unfassbaren Verlust und der mangelhaften Aufklärung.

Liebe



macht

Ein Fan zu sein kann Trost spenden – aber auch dazu führen, dass man bei Gewalt und anderen Taten seines Idols wegsieht oder es sogar verteidigt, wie im Fall des mehrfach verurteilten Künstlers Chris Brown. Ein Blick auf ein opferschädigendes Phänomen.

Text: Selina Stiegler

M

Mitte Mai 2025: Der Musiker Chris Brown wird in Manchester von britischen Polizisten festgenommen. Er kommt wegen Verdachts auf schwere Körperverletzung in Untersuchungshaft. Brown soll 2023 in einem Londoner Club auf einen Musikproduzenten eingepöbeln haben. Viele Fans sind außer sich – aber nicht wegen der Vorwürfe gegen Brown, sondern weil sie Tickets für seine aktuelle Tournee gekauft haben. Social-Media-Plattformen wie TikTok oder Instagram sind voll von Videos, in denen Anhängerinnen und Anhänger bitten, Chris Brown freizulassen. Auch unter einem Instagram-Post der „Tagesschau“ über die Verhaftung finden sich viele Kommentare, die die Vorwürfe ausblenden, etwa: „Die Tour wird sicherlich verschoben, und dann gehe ich eben nächstes Jahr.“

Fans kommentieren auf Browns Profil: „UK macht einen großen Fehler.“ Kritische Stimmen? Vor allem außerhalb seiner Fangemeinde, und sie werden sofort von einer Hasswelle seiner Gefolgschaft überrollt. Nach Zahlung einer Millionen-Kaution kommt der Musiker Ende Mai schließlich wieder frei. Brown plädiert auf nicht schuldig. Die Hauptverhandlung soll am 26. Oktober beginnen.

Chris Brown fällt seit Jahren immer wieder mit gewalttätigem Verhalten auf: 2009 verprügelte er seine Ex-Freundin Rihanna und bekannte sich vor Gericht schuldig, 2013 griff er einen Fan körperlich an und bekannte sich erneut für schuldig. 2017 bis 2022 durfte er sich laut Gerichtsurteil seiner Ex-Freundin Karrueche Tran nicht mehr nähern. Chris Brown sah sich in dem Fall als Opfer von Verleumdung. 2019 wurde er in Paris vorübergehend festgenommen, wegen Vergewaltigungsvorwürfen. Bis heute gab es aber keine Anklage, und Brown dementierte die Vorwürfe und

reichte eine Verleumdungsklage ein. Und 2022 kam es zu einer zivilrechtlichen Klage wegen sexueller Nötigung und Missbrauch, er soll eine Frau auf einer Yacht des Musikers Sean Combs (P. Diddy) vergewaltigt haben. Der Richter ließ die Anklage fallen, wegen fehlenden Beweisen.

Das waren nur einige von vielen Kontroversen. Seine Konzerte sind trotz allem weiterhin ausverkauft.

Gesteigerter Selbstwert durch Idol-Liebe

Die Gemeinschaft, die sich im Laufe von Browns Karriere um ihn entwickelt hat, ist groß. Im Internet schreiben viele, sie seien Teil von „Team Breezy“, benannt nach dem Spitznamen des Musikers. Sie nennen seine Musik „Therapie“ und zeigen auf Fotos stolz ihre Chris-Brown-Tattoos. An die Opfer wird dabei kaum gedacht. Manche kommentieren sinngemäß: „Er hat ja mich nicht geschlagen.“

Dieses Verhalten von Fans ist ein Phänomen, das immer wieder rund um Prominente auftaucht und sich „Promi-Anbetungssyndrom“ nennt. Florian Wedell ist Psychologe beim WEISSEN RING in Mainz und erklärt das teils extreme Verhalten von Fans so: „Es wird eine parasoziale Beziehung zu der prominenten Person aufgebaut, also eine Beziehung auf Distanz. Die Fans identifizieren sich durch einen Star oder eine Sportmannschaft und werten dadurch auch ihren Selbstwert auf.“

Der Psychologe nennt drei mögliche Gründe für das fast schon kämpferische Verhalten von Fans auf Social Media: „Zum einen besteht ja eine emotionale Bindung zum Idol. Um diese zu schützen, wird die Verantwortung für die Tat dem Opfer zugeschrieben anstatt dem Täter.“ So bleibe der Star moralisch einwandfrei, und die emotionale Bindung könne erhalten bleiben.

Der zweite Aspekt sei, dass man sich durch die Identifikation und den gestiegenen Selbstwert bei einem Angriff auf sein Idol selbst angegriffen fühlt. „Und dann entsteht das Bedürfnis, sich selbst schützen zu müssen“, sagt Wedell.

Der dritte Aspekt sei die Attraktivität einer Person, das sogenannte „Pretty

„Zum einen besteht ja eine emotionale Bindung zum Idol. Um diese zu schützen, wird die Verantwortung für die Tat dem Opfer zugeschrieben anstatt dem Täter.“

Psychologe Florian Wedell

Der Musiker Chris Brown wurde im Mai erneut verhaftet. Auf Social Media teilen Fans Fotos und Videos von ihm. Sie verteidigen den Musiker und warten bei Gerichtsterminen mit gebastelten Plakaten vor dem Eingang auf ihn.

Fotos: chrisbrownofficial/Instagram, Collage: twotype design

„Es wird eine parasoziale Beziehung zu der prominenten Person aufgebaut, also eine Beziehung auf Distanz. Die Fans identifizieren sich durch einen Star oder eine Sportmannschaft und werten dadurch auch sich selbst auf.“

Psychologe Florian Wedell

Privilege“. „Eine Person wie Chris Brown hat eine ansprechende Optik. Attraktiven Menschen werden weniger Straftaten oder moralisch verwerfliches Verhalten zuge-
traut. Und wenn die Person angegriffen wird, entsteht das Gefühl, dass die eigene Urteilsfähigkeit angezweifelt wird und etwas dagegen unternommen werden muss“, sagt Wedell.

Moralische Blindheit

Es entstehe eine moralische Blindheit. Das zeigen auch Untersuchungen. Eine Studie von 2020 („Consumer Response to Negative Celebrity Publicity“) untersucht im Zusammenhang mit Promi-Werbung, wie Konsumenten moralische Strategien anwenden, um mit negativem Verhalten von Idolen umzugehen. In der Online-Studie wurden 144 Teilnehmenden Vergehen von Prominenten mit hoher oder niedriger Schwere gezeigt und das von ihnen beworbene Produkt. Das Ergebnis: Je nach Identifizierung mit dem Star haben die Teilnehmenden das Verhalten gerechtfertigt oder die Leistung vom Verhalten getrennt, um ihren Konsum zu legitimieren.

Auch im Sport lassen sich diese Beobachtungen machen, wie eine US-Studie aus dem Jahr 2016 zum Umgang mit unmoralischem Verhalten von Sportstars („Coping With Athlete Endorsers' Immoral Behavior“) zeigt. Die Studie untersucht, wie Fans mit dem Fehlverhalten von Spitzensportlern umgehen, zu denen sie eine starke emotionale Bindung aufgebaut haben. Die Forscher nutzten dafür einen damals aktuellen Skandal um den damaligen NFL-Spieler Ray Rice. Ein Überwachungsvideo zeigte, wie er seine Verlobte 2014 bewusstlos schlug. Rice wurde in der Folge von seiner Mannschaft entlassen und von der NFL zeitweise gesperrt. Die Studie ergab: Emotionale Bindung von Fans verändert ihre moralische Bewertung von Fehlverhalten.

Bekannte deutsche Fälle

Einer der bekanntesten Fälle aus dem deutschen Sport ist jener des früheren Nationalspielers Jérôme Boateng. 2018 zeigte

seine Ex-Partnerin den Fußballer wegen vorsätzlicher Körperverletzung an. Der Fall erstreckte sich über Jahre und endete 2024 in München mit einem Urteil: Das Gericht verhängte eine Geldstrafe von 200.000 Euro gegen Boateng, die er allerdings nur zahlen muss, wenn er innerhalb eines Jahres erneut straffällig wird – er ist damit nicht vorbestraft. Der Sportler dementierte die Vorwürfe und gab an, seine ehemalige Partnerin nicht geschlagen zu haben.

2019 gab es ein weiteres Verfahren wegen vorsätzlicher Körperverletzung an seiner Ex-Freundin Kasia Lenhardt. 2025 wurde das Verfahren wegen des Grundsatzes „im Zweifel für den Angeklagten“ eingestellt. Boatengs Anwälte haben auf Spiegel-Anfrage gesagt, er habe sie „zu keinem Zeitpunkt körperlich angegriffen“. Lenhardt konnte vor Gericht nicht mehr aussagen, da sie sich 2021 das Leben genommen hat.

Jérôme Boateng war in dieser Zeit weiterhin als Fußballer aktiv, und auf Social Media wurde er von seinen Fans verteidigt. Er spielte zwar nicht mehr für den FC Bayern München, aber er bekam Verträge bei ausländischen Fußballvereinen.

B

Boateng sieht sich offenbar selbst als Opfer, nämlich der Medien. Das lässt zumindest eine Aktion an Ostern vermuten: Auf einem Foto posiert er fröhlich neben Till Lindemann, dem Sänger der Band Rammstein. Auf dem Tisch vor ihnen liegt eine Zeitung mit der Überschrift: „Von Lindemann bis Boateng ‚Schuldig!‘“. Eine Anspielung auf die mediale Berichterstattung über Boateng, aber auch über Lindemann, dem mehrere Frauen vorgeworfen haben, sie zu sexuellen Handlungen gedrängt zu haben. Ermittlungen gegen den Sänger wurden 2023 wegen Mangels an Beweisen eingestellt. Till Lindemann als auch andere Bandmitglieder weisen alle Vorwürfe zurück. Die Band erfuhr in der Zeit viel Unterstützung von ihren Fans. Diese attackierten mutmaßlich betroffene Frauen und schrieben auf Social Media Kommentare

wie: „Was erwarten die Frauen auch, wenn sie auf eine Party von Rammstein gehen? Die wollten das doch.“

Die Konzerte von Rammstein sind bis heute gut besucht. Gegenwind erfuhr Lindemann hauptsächlich von außerhalb. Da das Oster-Foto als Story auf Instagram gepostet wurde, war es nur 24 Stunden öffentlich sichtbar – etwa genauso lange hielt auch die Empörung darüber an. Diese kam vor allem von Menschen außerhalb der jeweiligen Fan-Blase sowie von einigen Medienvertretern.

Ein schlimmes Signal an Opfer

Der Psychologe Florian Wedell weiß: Für direkt Betroffene oder Menschen, die Ähnliches erlebt haben, könnten diese öffentlichen Reaktionen schwerwiegende Folgen haben. „Das Gefühl entsteht, dass ihr Erleben in der Gesellschaft nicht gewollt ist“, sagt Wedell. Ihr Leid werde bagatellisiert, und die häufige Täter-Opfer-Umkehr führe zu einem Strudel aus Scham und Selbstvorwürfen. „Dadurch wird die psychische Belastung verstärkt, und es kann zu einer Traumafolgestörung kommen“, sagt er.

Laut Wedell könnten öffentliche Debatten um Personen wie Chris Brown bei Menschen, die ebenfalls Opfer von Gewalt wurden, eine Retraumatisierung auslösen: „Solche Diskussionen könnten dazu führen, dass sich Betroffene gar nicht erst trauen, in die Öffentlichkeit zu gehen.“ Aber was kann man dagegen tun?

Digitale Zivilcourage

Opferschutz sei nur begrenzt möglich, sagt Florian Wedell. Es bestehe die Möglichkeit, sich für eine betroffene Person online einzusetzen. „Zivilcourage funktioniert auch im virtuellen Raum“, sagt der Psychologe. In den Kommentarspalten könnten Mitlesende beispielsweise Betroffene verteidigen und gegenhalten. Häufig komme Zivilcourage im digitalen Raum aber nicht vor: „Dort neigen die Menschen eher dazu, einfache Zuschauer zu sein.“ Zudem bestehe die Gefahr, durch die Gegenrede selbst

Opfer von Hass und Hetze zu werden. Im persönlichen Raum solle man Betroffenen Hilfe anbieten. „Es ist wichtig zu zeigen: Ich höre dich, ich glaube dir und ich kann dich unterstützen“, sagt Wedell. Wichtig seien konkrete Unterstützungsangebote, etwa bei der Suche nach einem Therapieplatz oder die Begleitung zur Polizei.

Das Verhalten von kämpferischen Fans bei problematischen Prominenten habe nicht nur direkte Auswirkungen auf Opfer, sondern beeinflusse die gesamte Gesellschaft, wie Wedell erklärt.

Die Unterstützung von mutmaßlich gewalttätigen Stars führe zu einem Erhalt von problematischen Machtstrukturen: „In dem Moment, in dem ich Strukturen erhalte, bei denen eine Personengruppe Macht über eine andere hat, ist das fatal.“

W

Wedell ist der Ansicht, Menschen sollten ihren Selbstwert nicht abhängig von Idolen machen, und Stars sollten generell mehr hinterfragt werden, anstatt ihnen so viel Macht zu geben. Ein Beispiel, wie Prominente gefühlt über allem stehen, zeigen Argumente wie: „Die Musik ist halt gut. Wenn man auf Korrektheit achten müsste, würde man niemanden mehr konsumieren.“ Das schrieben Fans von Chris Brown in Kommentarspalten.

Für den Psychologen zeigen Fälle wie die um Jérôme Boateng und Chris Brown den Erhalt eines Rollenbildes: Die meisten Täter seien männlich und die Opfer oft weiblich. „Auch heute noch finden wir vielfach Strukturen, die einen Mann mehr begünstigen als eine Frau“, sagt Wedell. Und dieses Problem könne nur gesamtgesellschaftlich gelöst werden.

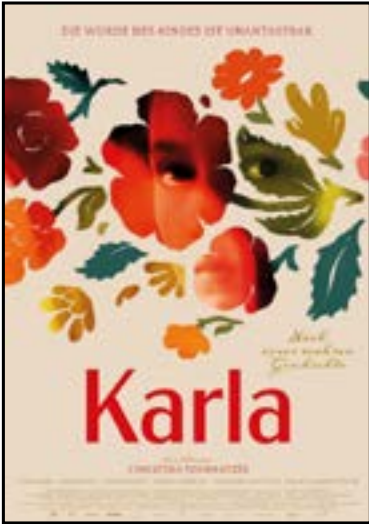
Transparenzhinweis:

Das WEISSER RING Magazin wurde durch ein Vereinsmitglied auf das Phänomen aufmerksam. In einer E-Mail berichtete das Mitglied über aktuelle problematische Social-Media-Beiträge über Chris Brown und schickte dazu eine Liste an Screenshots von Kommentaren und Beiträgen.

„In dem Moment, in dem ich Strukturen erhalte, bei denen eine Personengruppe Macht über eine andere hat, ist das fatal.“

Psychologe Florian Wedell

Medientipps



Christina Tournatzés

„Karla“

ab 2. Oktober
im Kino

Gucken

Kinofilm

„Karla“

Karla schlägt die Stimmgabel auf den braunen kleinen Holztisch. Ein klarer und reiner Ton flutet das Büro des Richters. Er versteht das Zeichen, das sie ganz am Anfang vereinbart haben. Ein Schlag, ein Ton, bedeutet einen weiteren sexuellen Missbrauch durch ihren Vater.

Es ist 1962, eigentlich war die Familie auf dem Weg in den Sommerurlaub mit dem Auto. Während einer kurzen Toiletten-Pause in einem Feld rennt die Tochter Karla los – zum nächsten Polizeirevier. Sie verlangt, den Richter zu sprechen. Noch in der Nacht kommt er zum Revier. Sie ist erst zwölf Jahre alt und will ihren Vater anzeigen. Sie sagt, es geht um Paragraph 176 des Strafgesetzbuchs: sexueller Missbrauch von Kindern. „Es gibt den Artikel ‚Recht auf Leben‘ – Artikel zwei im Grundgesetz, gleich nach dem mit der ‚Würde des Menschen‘. Gilt das alles auch für Kinder?“, fragt Karla den Richter.

Karla kommt in ein Mädchenheim eines Klosters. Täglich trifft sie den Richter in seinem Büro, erzählt ihm von Situationen mit ihrem Vater, aber nicht über die einzelnen Taten; stattdessen schlägt sie die Stimmgabel auf den Tisch.

Karla ist ein sanfter und zugleich lauter Film nach einer wahren Begebenheit. Die Regisseurin Christina Tournatzés schafft es, allein durch Anspielungen und Symbolik, den Kindesmissbrauch darzustellen, ohne das Leid in Szene zu setzen. Zum Beispiel zeigt sie nur die Unterseite des Bettes, wenn es um Missbrauch geht, mehr bekommt das Publikum nicht zu sehen. Die Würde und die Stärke des Opfers stehen im Vordergrund. Gespielt wird die Protagonistin von Elise Krieps. Es ist die erste Filmrolle der noch jungen Schauspielerin.

Der Film thematisiert die Qual von Opfern, über das Erlebte sprechen zu müssen. Ob bei der Polizei für die Anzeige oder später vor Gericht: Betroffene werden immer aufgefordert, die Tat zu schildern, teilweise mit intimen Details. Und das möchte Karla nicht. Für den Richter eine große Herausforderung – wie verurteilt man jemanden, wenn das Opfer keine Angaben zur Tat machen möchte? Mit viel Feinge-

fühl und Geschick schafft er es schließlich, an ausreichend Informationen zu gelangen, um ein Verfahren eröffnen zu können. Die Mutter als Zeugin, der Vater als Täter – und erst hier bekommt er ein Gesicht. Um Karla herum Männer, die darüber streiten, ob ein 12-jähriges Mädchen eventuell die Verführerin gespielt hat. Später stellt sich heraus: Es war nicht ihr erster Versuch, den Vater anzuzeigen.

Neben berührenden Dialogen bekommt der Zuschauer auch die Welt gezeigt, in die Karla flieht, wenn sie für kurze Zeit nicht das Mädchen sein möchte, dem all das Grausame angetan wurde. In ihrer Fantasiewelt rennt sie über Wiesen voller Mohnblumen. Ein bewusstes Stilmittel von Christina Tournatzés, da die Blume Frieden symbolisiert. Denn genau den möchte Karla endlich in ihrem Leben: Frieden.

Auch wenn der Film im Jahr 1962 spielt, ist er noch heute aktuell. Erst kürzlich erschien die nationale Dunkelfeldstudie, die bundesweit die Häufigkeit sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche untersucht sowie auch die Kontexte der Taten und deren Folgen beleuchtet. Das Ergebnis: Sexualisierte Gewalt im Kindes- und Jugendalter bleibt oft unentdeckt, weil Betroffene schweigen. Mehr als ein Drittel hat bisher nie über das Erlebte gesprochen. *Selina Stiegler*

→ **Karla (2024) / ab 2. Oktober im Kino**



Dokumentation

Job-Scamming - Abgezockt bei Arbeitssuche

Jobsuche im Netz, remote ausgeschriebene Stellen, die von zu Hause aus gut zu erledigen sind – das ist nichts Neues in der modernen Arbeitswelt. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schätzen solche

Illustrationen: Studio Pong



Hören

Podcast

Ein Journalist will den Mord an seinem Onkel aufklären

Als Robert Pfeffer am 24. Mai 1979 seine Wohnung in Beirut verlässt, hat er keine Chance zu überleben. Auf der Straße eröffnet ein Killerkommando das Feuer. Der 38-Jährige, der erfolgreich als Korrespondent gearbeitet hat, wird erschossen.

Mehr als 40 Jahre später begibt sich sein Neffe Kilian Pfeffer auf Spurensuche und nimmt die Hörerinnen und Hörer im Podcast „Zwei Schüsse ins Herz – Warum musste mein Onkel sterben?“ mit. Der Weg führt in ein paar Sackgassen und ist mühsam, aber immer interessant. ARD-Journalist Pfeffer durchsucht Archive, wertet den Nachlass seines Onkels aus, Bilder, Briefe, Artikel. Er spricht mit Weggefährten, Ermittlern und sucht in Jordanien sogar den Ex-Chefpropagandisten der Volksfront zur Befreiung Palästinas auf. „Er hatte ja viele geheimnisvolle Projekte“, meint ein früherer Kollege über den Onkel. „Er muss zwischen die Fronten geraten sein“, sagt eine ehemalige BKA-Beamtin.

Nach und nach erfährt der ermittelnde Angehörige: Robert Pfeffer wollte offenbar ein Buch über Terrorismus schreiben, über Carlos den „Schakal“ sowie Wadi Haddad, der in den 1970er-Jahren Flugzeugentführungen plante.

Die intensive Recherche zeichnet den Siebenteiler aus, aber auch die besondere Perspektive eines Hinterbliebenen, der zugleich Journalist ist. Nachdem er sich immer wieder Fragen zum Tod seines Onkels gestellt hat, beschließt Pfeffer, sich nicht mit der Ungewissheit und einer passiven Rolle als Opferangehöriger abzufinden, sondern aktiv zu werden, zu recherchieren. Dabei legt er seine Gefühle offen und reflektiert sie. Seine Wut darüber, dass niemand dem Fall richtig nachgegangen ist. Seine Erschütterung darüber, dass sich sein Onkel in den letzten Lebenstagen bedroht fühlte. Seinen Ärger über sich selbst, als er glaubt, eine Spur verloren zu haben. Seine Trauer. Und er hinterfragt, inwiefern die emotionale Betroffenheit seine Arbeit beeinflusst.

Gleichzeitig erzählt der Podcast Wissenswertes etwa über Konflikte im Nahen

Osten oder den Journalismus in jenen Jahren bei Magazinen wie dem „Stern“, wo der Druck, spektakuläre Geschichten zu liefern, hoch war.

Der Fall liegt Jahrzehnte zurück; die Quellenlage war schlecht. Auch wenn er einige Enttäuschungen hinnehmen muss: Pfeffer gelingt es, Erstaunliches herauszufinden – und Fragen, die ihn seit Langem beschäftigten, endlich zu beantworten. *Gregor Haschnik*

→ ardaudiothek.de/dark-matters-geheimnisse-der-geheimdienste



ARD Audiothek

„Zwei Schüsse ins Herz - Warum musste mein Onkel sterben?“



ZDF Mediathek

„Job-Scamming - Abgezockt bei Arbeitssuche“

Unsere
Medientipps
finden Sie
auch online:



Danke!

Großzügige Spende

Insgesamt 8.574,47 Euro wurden vom ehemaligen **Frauenchor des Polizeichors Bremen e. V.** an den WEISSEN RING übergeben. Die großzügige Spende wird im Landesverband Bremen für Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit genutzt. Zuvor war der Frauenchor im Juli 2023 aufgelöst worden. In der Satzung des Vereins war festgelegt, dass ein vorhandenes Vereinsvermögen einem wohltätigen Zweck zufallen soll. Die verbliebenen Mitglieder sowie die ehemalige Vorsitzende Beate Wiggers wandten sich daraufhin gemeinsam an den WEISSEN RING. Der Landesverband Bremen stellte in diesem Zusammenhang seine Arbeit im Bereich der Opferhilfe vor.

Gemeinsam sammeln

Mit einer **privaten Sammelaktion** hat **Familie Denk** aus Roding im bayerischen Landkreis Cham ein beeindruckendes Zeichen gesellschaftlicher Verantwortung gesetzt. Im Kreis von Freunden und Bekannten sammelten Achim, Christina und Lea Denk Spenden für den WEISSEN RING – und konnten schließlich 500 Euro an die ehrenamtliche Mitarbeiterin Liane Pusl von der Außenstelle Cham überreichen. „Es ist uns ein Anliegen, Menschen zu helfen, die durch eine Straftat aus dem Gleichgewicht

geraten sind“, betonte die Familie bei der Übergabe. Liane Pusl bedankte sich für die großzügige Spende und unterstrich die Bedeutung solcher Initiativen: „Das Geld fließt direkt in die Opferhilfe vor Ort. Aktionen wie diese sind nicht nur finanziell wertvoll, sondern auch ein starkes Signal für gesellschaftliches Engagement.“



Familie Denk und Unterstützer bei der Spendenübergabe

Motorrad, Musik und Menschlichkeit

Am Rande eines **Motorradgottesdienstes** im baden-württembergischen Lohrbach fand im Mai dieses Jahres auch eine Spendenübergabe statt. 1.700 Euro waren insgesamt bei der Kollekte und weiteren Sammlungen zusammengekommen. Die finanzielle Unterstützung kam einerseits der Katholischen jungen



Marcus Dietrich (1. Reihe rechts) vom WEISSEN RING bei der symbolischen Scheckübergabe

Gemeinde (KjG) von Sankt Josef und andererseits dem WEISSEN RING zugute. Marcus Dietrich, stellvertretender Leiter der Außenstelle Neckar-Odenwald-Kreis in Mosbach, bedankte sich für die Spende und betonte bei der Übergabe die Bedeutung der Arbeit des Vereins. Auch der Chor Cantabile war an der Spende beteiligt.

Wunderschöne Überraschung

Direkt an der Mosel gelegen ist das **Hotel „Zur schönen Aussicht“** im rheinland-pfälzischen Cochem. Die Inhaber des Hotels, Waldemar und Paulina Derr, haben sich vor einiger Zeit entschieden, jährlich eine Hilfsorganisation vor Ort finanziell zu unterstützen. Gemeinsam mit ihren beiden Söhnen fiel ihre Wahl jetzt auf den WEISSEN RING. Elisabeth Schmitt, Leiterin der Außenstelle Cochem-Zell, durfte eine Spende in Höhe von 500 Euro entgegennehmen. „Eine wunderschöne Überraschung“, sagte sie bei der Übergabe und bedankte sich herzlich für die Unterstützung der Vereinsarbeit.



Elisabeth Schmitt freut sich über die Unterstützung von Hotelinhaber Waldemar Derr

Cup für den guten Zweck

Der MTV Gamsen und das Magazin KURT haben die Charity-Aktion „Cup der Besten“ ins Leben gerufen. Bei diesem Fußballturnier

im niedersächsischen Gifhorn konnten die Organisatoren nicht nur sportlich punkten, sondern auch ein Herz für den guten Zweck beweisen. Eine Spende in Höhe von 1.000 Euro kam für die Arbeit des WEISSEN RINGS zusammen. Sie wurde von den ehrenamtlich tätigen Karin Efig und Karlheinz Becker von der Außenstelle Gifhorn dankend entgegengenommen. Beide zeigten sich begeistert über die Aktion: „Die Spende ist nicht nur eine Anerkennung für unser ehrenamtliches Engagement, sondern unterstützt auch unsere tägliche Arbeit für Menschen, die Opfer von Kriminalität und Gewalt wurden.“



Freuten sich über die Spende: Karin Efig und Karlheinz Becker vom WEISSEN RING

Laufend Gutes tun

Im Mai feierte der „accadis“-Charity-Run im hessischen Bad Homburg seine Premiere. Sowohl

Studierende als auch Lehrende der privaten Hochschule hatten einen besonderen Lauf organisiert, bei dem die Teilnehmenden je nach Anzahl der absolvierten Runden Spendengelder sammelten. In einem Zeitraum von rund zweieinhalb Stunden wurden 943 Runden zurückgelegt, was einer Gesamtlaufristanz von 377 Kilometern entsprach. Das Ergebnis konnte sich sehen lassen: Insgesamt kamen 8.600 Euro zusammen. Drei Organisationen durften sich schließlich jeweils über eine finanzielle Unterstützung freuen: Hilfe für krebskranke Kinder e. V., Mission to Marsh gGmbH und der WEISSE RING. Für den Anteil von 2.471,36 Euro bedanken sich die Verantwortlichen des WEISSEN RINGS herzlich.

Richtigstellung

Nicht allein Detlef Lorenzen als Betrugsoffer spendete 420 Euro an den WEISSEN RING, wie es unter der Überschrift „Ein besonderer Dank“ in Ausgabe 02/2025 des WEISSER RING Magazins hieß. Tatsächlich waren **alle betroffenen Gehörlosen** an der Spende beteiligt; Herr Lorenzen wurde als Spendenüberbringer ausgewählt. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.



Beim Helfen brauchen wir alle Hilfe. Auch Ihre: spenden.weisser-ring.de



Der WEISSE RING dankt ausdrücklich für alle Spenden! Leider kann die Redaktion nicht alle Aktionen veröffentlichen.

Impressum

Ausgabe 03/2025, 48. Jahrgang

Offizielle Mitgliederzeitschrift des WEISSEN RINGS. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber:
WEISSER RING Gemeinnütziger Verein zur Unterstützung von Kriminalitätsoffern und zur Verhütung von Straftaten e. V.

Bundesvorsitzende:
Barbara Richstein

Bundesgeschäftsstelle:
Weberstraße 16
55130 Mainz
Telefon: 06131 8303-0
E-Mail: info@weisser-ring.de
Internet: www.weisser-ring.de

V.i.S.d.P.:
Bianca Biwer

Redaktion:
Christiane Flemig, Gregor Haschnik,
Christoph Carretero Klemp,
Karsten Krogmann (Leitung), Selina Stiegler

Kontakt zur Redaktion:
Sabine Schäfer
Telefon: 06131 8303-4000
E-Mail: redaktion@weisser-ring.de

Art Direction:
twotype design, Thomas Elmenhorst,
Juliane Keß

Bildredaktion:
twotype design, Bettina Andersen

Lektorat:
Britta Hübener,
Torben Rosenbohm

Druck:
be1druckt GmbH, Nürnberg

ISSN 3052-1645
wr-magazin.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung auszuwählen und zu kürzen.



Wir helfen Kriminalitätsoffern.

GOGREEN

Wir versenden klimafreundlich
mit der Deutschen Post



© Bild Herz: iStock.com/Olga Zakharova

Jeder kann Opfer werden. Jederzeit.

Seit 1976 kümmert sich der WEISSE RING e.V. als Deutschlands größter Opferhilfeverein um Menschen, die Opfer von Gewalt und Kriminalität geworden sind. Der WEISSE RING e. V. erhält keine staatlichen Mittel und finanziert sich komplett durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Nachlässe sowie Geldbußen.

Helfen Sie uns beim Helfen!

- **Mit einer Spende:** Bank für Sozialwirtschaft · DE05370205000007234302 · BFSWDE33XXX
Online: spenden.weisser-ring.de
- **Mit einer Mitgliedschaft:** weisser-ring.de/unterstuetzung/mitgliedschaft
- **Mit einem Nachlass:** weisser-ring.de/erbschaften



03_2025

**Aus dem Verein,
für den Verein.**



Ehrensache

Der WEISSE RING: das sind die Menschen, die sich für unseren Verein einsetzen. In dieser Ausgabe der „Ehrensache“ stellen wir ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus Hamburg, Bremen und Sachsen vor, eine Visionärin aus Hessen und eine Landesjugendbeauftragte aus Baden-Württemberg.

Inhalt

Helfer in Extremlagen **2**
Nichtstun ist schlimmer **7**
Die Visionärin **10**
Der kühle Kopf **12**
Aus den Ländern **14**
Landesjugendbeauftragte Baden-Württemberg **16**

Cover: Jewgeni Roppel



Nach den Gewalttaten am Hauptbahnhof hat Hamburg die Videoüberwachung ausgebaut.

Hamburg

Helfer in extremen Lagen

Die Messerattacke am Hauptbahnhof, die Schüsse bei den Zeugen Jehovas – der Hamburger Landesverband war zuletzt mehrfach besonders intensiv gefordert, aber mit Kristina Erichsen-Kruse, Werner Springer und ihrem Team gut vorbereitet.

An Gleis 13 und 14 des Hamburger Hauptbahnhofs herrscht an einem späten Freitagabend im Sommer, an dem es immer noch schwülwarm ist, wie so oft Gedränge. Kurz bevor der Zug einfährt, wollen die Wartenden sich gute Plätze am Bahnsteig sichern. Im Bahnhof und um ihn herum erinnert fast nichts an die Attacke im Mai. Auffällig sind aber doch die neuen, KI-gestützten Überwachungskameras und die Sicherheitskräfte, die präsenter sind als sonst und wieder einen Kontrollgang machen. Und dann ist da noch dieses mulmige Gefühl: „Wenn wir ehrlich sind, müssen wir zugeben, dass so etwas wieder passieren könnte“, sagt ein Reisender. Am 23. Mai dieses Jahres stach hier eine 39-Jährige, die kurz zuvor aus einer Psychiatrie entlassen worden war, auf 15 Menschen ein. Vier von ihnen schwebten zeitweise in Lebensgefahr.

Es braucht mehr Psychologen mit Kassenzulassung

Kristina Erichsen-Kruse setzt sich seit Jahrzehnten für den WEISSEN RING ein, sie ist Vize-Landesvorsitzende, Koor-

dinatorin für sogenannte Großereignisse und in Hamburg bestens vernetzt.

An jenem Abend bekam sie früh die ersten Informationen. „Im ersten Moment dachte ich: Wieder eine Tat durch einen psychisch erkrankten Menschen, der offenbar in eine Klinik gehört hätte“, erinnert sie sich. Als frühere langjährige Leiterin des Maßregelvollzugs der Stadt weiß sie aber, wie komplex solche Fälle sind. Erichsen-Kruse konzentrierte sich darauf, die ersten helfenden Schritte einzuleiten: „Wir haben einen sehr guten Hamburger Leitfaden erarbeitet, der für die dann einzusetzenden Kolleginnen und Kollegen sehr hilfreich ist. Ich habe die wichtigsten Schritte verinnerlicht. Dann geht das sehr schnell.“ So benachrichtigte sie die Landesvorsitzende Monika Schorn, bereitete die Außenstellen auf Opferanfragen vor, blieb mit allen Beteiligten in ständigem Austausch, etwa mit dem Büro des Opferbeauftragten und der Polizei.

Erichsen-Kruse hat an einem Tisch im Landesbüro Platz genommen, bietet Kaffee und Kekse an. Hinter ihr hängt ein zweiteiliges Kunstwerk, gestaltet von einer Mutter, die ihre Tochter durch eine Gewalttat verloren hat. Links steht: „O – Ohnmacht, P – Pein, F – Furcht, E – Einsamkeit, R – Ratlosigkeit“. Rechts: „O – Optimismus, P – Präsenz, F – Freunde, E – Engagement, R – Regeneration“.



Text:
Gregor Haschnik
Fotos:
Jewgeni Roppel

„Wenn die Polizei um halb vier morgens bei mir anruft und fragt, ob ich wach sei, sage ich ‚Jetzt ja‘, und dann geht es weiter.“

Kristina Erichsen-Kruse

Zu dieser Entwicklung möchten Erichsen-Kruse und die anderen Ehrenamtlichen beitragen – auch nach besonders schweren Verbrechen, von denen viele Menschen betroffen sind. Die Hamburgerin mit dem scharfen Verstand scheint kaum etwas aus der Ruhe zu bringen. Das hängt auch mit ihrem Berufsleben zusammen, wo sie mit Menschen zu tun hatte, die schwerste Gewalttaten begangen hatten, und sie innerhalb kurzer Zeit Entscheidungen treffen musste.

Nach dem Terroranschlag am Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016 hat der WEISSE RING ein Konzept für sogenannte Großereignisse entwickelt. Darin wird beispielsweise festgelegt, wann es sich um ein solches Ereignis handelt und was zu tun ist. Ein Großereignis wird unter anderem als Situation definiert, „die durch eine große Anzahl von Verletzten sowie anderen Geschädigten oder Betroffenen einen Betreuungsbedarf verursacht, der die Kapazität der zugehörigen Außenstelle übersteigt“. Eine Konsequenz ist eine größere Unterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle in Mainz. Das Opferreferat kann dann zum Beispiel Unterlagen zentral bearbeiten, das Team Medien & Recherche die Öffentlichkeitsarbeit koordinieren. Außerdem wird öffentlich kommuniziert, dass der WEISSE RING für die Opfer da ist und wie man ihn erreichen kann.

Kristina Erichsen-Kruse legt großen Wert auf die persönliche Begegnung; die aufsuchende Arbeit sei die Seele des WEISSEN RINGS. Als Koordinatorin in Extremlagen ist jedoch in erster Linie Telefonieren angesagt, was sie auch gerne tut: „Die ständige Erreichbarkeit empfinde ich nicht als Problem. Wenn die Polizei um halb vier morgens bei mir anruft und fragt, ob ich wach sei, sage ich ‚Jetzt ja‘, und dann geht es weiter.“

Nach der Messerattacke sorgte sie mit ihrem Team etwa dafür, dass Opfer eine Traumatherapie, Geld für Fahrten und nicht zuletzt im Gespräch das Gefühl bekamen, „dass sie nicht alleine sind, nichts alleine bewältigen müssen, sondern uns jederzeit anrufen und Rat bekommen



Werner Springer
schätzt die Möglichkeit der Supervision, um seine Einsätze als Opferbetreuer zu reflektieren.



können.“ Im direkten Kontakt sei ihr bewusst geworden, dass es Angehörigen emotional manchmal schlechter gehe als unmittelbar Betroffenen – so wie einer Frau, die mit ansehen musste, wie ihre Mutter niedergestochen wurde.

Erichsen-Kruse hebt hervor, dass der WEISSE RING in Hamburg ein sehr gutes Team habe, natürlich auch für Großereignisse. Das sei in diesen Fällen entscheidend: „Wir haben hier einen Pool von kompetenten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die viel Erfahrung gesammelt haben.“ Sie fügt hinzu, dass man aus Großereignissen Erkenntnisse für die Opferhilfe ziehen könne. Lücken könnten dadurch sichtbar werden. Der Stadtstaat Hamburg sei insgesamt gut aufgestellt, es brauche aber mehr Psychologen mit Kassenzulassung, zumindest in den etwas abgelegenen Stadtteilen.

Der Landesverband Hamburg war in den vergangenen Jahren mehrfach besonders stark gefordert. Am Abend des 9. März 2023 eröffnete ein 35-Jähriger im Königreichssaal der Zeugen Jehovas im Stadtteil Alsterdorf das Feuer. Bevor das frühere Mitglied der Gemeinde sich selbst

„Auch aufgrund der besonderen Konstellation haben wir im Landesverband beschlossen, alle Opfer im Tandem zu betreuen.“

Werner Springer



Als einstige Leiterin des Hamburger Maßregelvollzugs musste Erichsen-Kruse oft in kurzer Zeit schwierige Entscheidungen treffen.

erschoss, ermordete er sieben Menschen, darunter ein ungeborenes Kind. Am Tatort, einem schmucklosen Gebäude mit Flachdach an einer viel befahrenen Straße, sieht heute alles so aus wie vor den tödlichen Schüssen. Keine Gedenkstätte, kein Schild, keine Bilder, keine Blumen. Die Zeugen Jehovas sind umgezogen.

Ein Jahr vor der Amoktat bei den Zeugen Jehovas hatte der Landesverband, als Ergänzung zum bundesweiten Konzept, einen Hamburger Leitfaden für Großereignisse formuliert. Auch hier sind Aufgaben geregelt und die zuständigen Leute beim WEISSEN RING sowie bei den Netzwerkpartnern mit Kontaktmöglichkeiten benannt. Wer zuerst von dem Ereignis erfährt, „informiert unverzüglich alle anderen Ansprechpartner/innen innerhalb des Landesverbandes“, steht darin. Oder: Die bestmögliche Versorgung der Betroffenen erfordere eine „eilvernehmliche, ressourcenorientierte und vernetzte Kooperation“ aller Beteiligten in der Opferhilfe. Zur Nachsorge heißt es, dazu zähle „die proaktive Frage nach Therapiebedarf sowie Unterstützung bei Vermittlung an eine/n Therapeut/in“.



Werner Springer, der seit 2010 für den WEISSEN RING aktiv ist, engagiert sich ebenfalls als Koordinator für Großereignisse und hat nach der Tat bei den Zeugen Jehovas auch Betroffene betreut. Wie Erichsen-Kruse hat er die Besonnenheit, die es dafür braucht. Von der Amoktat erfuhr er beim Fernsehen. „Da blieb einem natürlich erst mal das Herz stehen“, blickt er zurück und spricht dabei ruhig, mit Bedacht und leichtem Hamburger Einschlag. Springer war jahrzehntelang Polizist und unter anderem auf St. Pauli und als Jugendbeauftragter im Einsatz, was ihm in Krisensituationen hilft.

Springer war jahrzehntelang Polizist und auf St. Pauli sowie als Jugendbeauftragter im Einsatz, was ihm in Krisensituationen hilft

Kurz nach dem Tatabend saß er an einem Runden Tisch, mit Polizei, Versorgungsamt, Staatsanwaltschaft, Psychotherapeutenkammer, einem Pressesprecher der Zeugen Jehovas und anderen. „Die Kernfragen waren: Wie ist die Lage? Welche Opfer sind bekannt, was brauchen sie jetzt? Ich habe unsere Hilfsmöglichkeiten vorgestellt. Auch aufgrund der besonderen Konstellation haben wir im Landesverband beschlossen, alle Opfer im Tandem zu betreuen, hauptsächlich durch meine Kollegin Cornelia Haver-

↑
Am Tatort in Alsterdorf erinnert heute nichts an das tödliche Attentat auf die Zeugen Jehovas.

kampf und mich“, sagt der Leiter zweier Außenstellen. Vor den Treffen erkundigten sie sich über die Anschauungen und Rituale der Zeugen Jehovas.

Manches irritierte sie dennoch. Etwa, dass Vertreter der Glaubensgruppe ihre Beratungsgespräche genau protokollierten, oder dass die Betroffenen sehr sachlich über das Attentat sprachen. Doch Springer und Haverkampff hatten ein wichtiges Prinzip des WEISSEN RINGS im Blick: „Wir helfen allen Betroffenen, individuell, unabhängig von Herkunft, Religion und anderen Dingen, und akzeptieren ihre Bedürfnisse“, so Springer.

Eine Hilfe sei der Leitfaden für Großereignisse gewesen: „Man weiß vorher nicht, ob so etwas wirklich funktioniert. Aber das tat es. Die Hinweise und Informationen gaben uns Sicherheit.“

Die Ehrenamtlichen kümmerten sich bei den Zeugen Jehovas etwa darum, dass die Opfer finanzielle Unterstützung bekamen, erklärten Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz. Weil in der Rechtsmedizin nicht genug Platz war, organisierten und finanzierten sie das Abschiednehmen im Großhamburger Bestattungsinstitut. Später finanzierte der WEISSE RING an Silvester einen Kurzurlaub in Dänemark, wo kein Knall zu hören ist. Solche Geräusche hätten die Betroffenen retraumatisiert. Insgesamt wurden 35 Menschen betreut.

Wichtig ist den Hamburger Ehrenamtlichen die Möglichkeit zur Supervision, die auch Werner Springer genutzt hat: „Das hat mir geholfen, alles besser zu verarbeiten, auch weil ich den Umgang der Zeugen Jehovas mit dem Tod besser verstand. Ihrer Ansicht nach wird Jehova irgendwann die Macht übernehmen und es kommt zur Auferstehung.“

Erichsen-Kruse und Springer werden Betroffenen weiter zur Seite stehen. Sie hoffen, dass die jüngsten „großen Ereignisse“ die letzten bleiben. Sollte es anders kommen, sind sie vorbereitet. Für den Fall appelliert Springer an Medien und Öffentlichkeit: „Nach solchen Taten geht es oft nur um den Täter. Schaut auf die Betroffenen. Schaut auf die Betroffenen!“

Nichtstun ist schlimmer

Seine Karriere bis an die Spitze der Bremer Polizei sei ihm „eher so passiert“, sagt Jürgen Osmers. Umso strategischer plante er seinen Ruhestand – und kam so zum WEISSEN RING.

„Komm“, sagt er, „wir gehen ein Stück.“ Bürgerpark Bremen, Jürgen Osmers läuft los: in der Hand den Drogeriemarkt-Regenschirm, wir sind hier in Norddeutschland, auf dem Kopf die Werder-Kappe, wir sind in Bremen. Auf den Bürgerparkwegen gehen lächelnde Menschen mit angeleinten Alpakas spazieren, etwas später kommt uns eine Gruppe mit Eseln entgegen. Osmers wohnt hier ganz in der Nähe, im Park geht er joggen, und manchmal dreht er abends noch eine Extrarunde, jetzt lächelt er auch: „Ich muss ja gucken, ob alle Tiere wieder an ihrem Platz sind.“ Er nimmt Kurs auf ein kleines Gehege in der Parkmitte, neben Alpakas und Eseln leben dort Ziegen, Schafe und Bentheimer Schweine.

Osmers, ein drahtiger Mann von 64 Jahren, ist immer in Bewegung. Laufen, Schwimmen, Inlineskaten, früher außerdem Turmspringen und Squash. Vielleicht ist er auch deshalb zur Polizei gekommen damals, ganz genau weiß er es nicht, geplant hatte er nichts. „Das ist mir eher alles so passiert“, sagt er, er meint das Leben und die Karriere. Eigentlich habe er „etwas Kaufmännisches“ machen wollen, wie man das eben so macht in der alten Kaufmannsstadt



↑
Jürgen Osmers im Bürgerpark Bremen. Der 64-jährige pensionierte Polizist kam erst zur Rente zum WEISSEN RING.

Text & Fotos:
Karsten Krogmann

Bremen. Aber dann seien die Kaufmannslehrstellen knapp gewesen, die Polizei bot Abwechslung und Sport und die Möglichkeit, mit der Ausbildung den anstehenden Wehrdienst gleich mit zu erledigen. So kam Jürgen Osmers zur Polizei, genauer: in den Streifendienst nach Osterholz-Tenever. Hochhaussiedlung, sozialer Brennpunkt, oder wie Osmers es nennt: „Klein-Manhattan“.

Er lernte, dass er mit Sprache und Zugewandtheit Menschen erreichen kann

Er verlangsamt den Schritt, wird kurz nachdenklich. „Man taucht ins pralle Leben ab“, erinnert er sich an seine Einsätze dort. Drogenmissbrauch, häusliche

„Es klingt platt, aber: Das war, trotz vieler Belastungen und auch vieler unschöner Erfahrungen, in der Summe total interessant, befriedigend und bereichernd. 43 Jahre lang.“ Jürgen Osmers

Gewalt, überhaupt die Gewalt. Er lernte, dass er mit Sprache und Zugewandtheit Menschen erreichen kann. Und dass nach einem Verbrechen, wenn die Polizei den Fall zu den Akten gelegt hat, für die betroffenen Menschen trotzdem eine Lücke bleibt. An den WEISSEN RING dachte er damals noch nicht.

Das Leben passierte ihm weiter. Spezialeinsatzkommando. Studium. Gehobener Dienst. Kriminalpolizei. Höherer Dienst. Osmers zog die Uniform aus, übernahm Leitungsposten. Staatsschutz. Ausbildung beim FBI in Quantico, USA. Organisierte Drogenkriminalität. Landeskriminalamt (LKA), am Ende war er dessen Chef. „Es klingt platt“, sagt er, „aber: Das war, trotz vieler Belastungen und auch vieler unschöner Erfahrungen, in der Summe total interessant, befriedigend und bereichernd. 43 Jahre lang.“

2022 stand der Pensionseintritt an, und so ungeplant ihm das Berufsleben passiert ist, so planvoll ging er den Ruhestand an, sozusagen mit Polizeimethoden. Er ermittelte, recherchierte. Surfte im Internet, las Broschüren. Er ging zu Veranstaltungen, sprach mit Menschen. So kam er zum WEISSEN RING, Landesverband Bremen. 60 Ehrenamtliche, darunter zwei aus dem Polizeidienst, Osmers nun als einer der beiden.

Das Leben passierte ihm weiter. Spezialeinsatzkommando. Studium. Gehobener Dienst

Als Jürgen Osmers sein Ehrenamt plante, wandte er auch das Ausschlussprinzip an. Ein Vorstandsamt wollte er erst mal nicht, Verantwortung hatte er lange genug getragen. In die Betreuung der

Opfer wollte er auch nicht unbedingt, solche Gespräche hatte der Familienvater zu häufig geführt. „Da nimmt man so einiges Belastendes mit nach Hause“, erinnert er sich.

Der Bremer Landesvorsitzende, Hans-Jürgen Zacharias, schlug ihm die Öffentlichkeitsarbeit vor. Medienarbeit, Journalistengespräche, das kannte er ja als LKA-Chef. Und die Idee, gleich die komplette Bandbreite des WEISSEN RINGS vertreten zu sollen, reizte ihn.

Hier in der Turnhalle ist man beim „Du“, für Bedrohungssituationen empfiehlt er das „Sie“

„Guten Morgen!“ Zwei Wochen später steht Osmers an einem Wochenende in einer Sporthalle an der Weser, von hier sind es nur wenige Gehminuten zum gewaltigen U-Boot-Bunker „Valentin“ im Bremer Norden. Osmers trägt seine Ruhestands-Uniform: ein weißes Poloshirt mit dem blauen Aufdruck „WEISSER RING“. Vor ihm sitzen 25 Seniorinnen und Senioren auf Turnbänken, sie wollen heute Selbstbehauptung lernen. Osmers setzt sich in Bewegung, er steuert auf Jörg zu, einen Schauspieler und Trainer, bedrängt ihn, rempelt ihn an, berührt ihn. Jetzt mal alle, wie wehrt ihr euch da?

Die Teilnehmer rauschen und drängen durcheinander. „Ich sage Nein!“, ruft jemand. „Stopp!“, empfiehlt ein anderer. „Fassen Sie mich nicht an!“, schlägt eine Dritte vor.

Osmers gibt Tipps. „Sprecht die bedrohte Person an“, rät er. „Brauchen Sie Hilfe?“ Hier in der Turnhalle ist man beim „Du“, für Bedrohungssituationen empfiehlt er das „Sie“. „So erkennen Außenstehende, man ist sich fremd“, sagt er. Es ist das dritte Selbstbehauptungsseminar des WEISSEN RINGS in Bremen, die Warteliste ist lang. Zum zweiten hatte Osmers Radio Bremen eingeladen, der Beitrag lief vor Kurzem im Fernsehen.

„Öffentlichkeitsarbeit ist das Vehikel für die eigentliche Arbeit: für die Opferhilfe“, sagt er. „Die Opferhelfer stehen



„Viele haben Angst, etwas Falsches zu tun. Aber Nichtstun, das ist schlimm.“ Jürgen Osmers

ja aus gutem Grund nicht in der Öffentlichkeit.“ Er sieht es als seinen Job an, den WEISSEN RING sichtbar zu halten, ebenso die Kriminalitätsoffer. „Es ist eine wichtige Funktion, völlig unabhängig den Betroffenen eine Stimme zu geben. Das macht keine Partei.“

In der Turnhalle stehen zehn Stühle, dazwischen ein schmaler Gang. „Unsere Straßenbahn“, sagt Osmers. „Wer macht mit?“ Zögern bei den Teilnehmern. „Für so wenige Leute fährt die Bahn nicht ...“ Beate, eine Kollegin vom WEISSEN RING, setzt sich. Jörg fläzt sich neben sie, streicht ihr durchs Haar. Jetzt wieder alle, was kann sie tun, was können andere Fahrgäste tun? „Fassen Sie mich nicht an!“ Leute direkt ansprechen, mahnt Osmers, die Stimme einsetzen, „dann weiß der ganze Zug: Da braucht jemand Hilfe!“

↑
In einer Turnhalle gibt Jürgen Osmers einen Workshop und zeigt den Teilnehmenden, was sie gegen Belästigung in der Bahn oder im Zug machen können.

Osmers sagt: „Viele haben Angst, etwas Falsches zu tun. Aber Nichtstun, das ist schlimm.“ Es klingt ein bisschen doppel-sinnig, wenn er das sagt.

Ihm sei immer klar gewesen, dass sein Ruhestand kein ruhiger werden würde, sagte er vorher beim Gang durch den Bürgerpark. Geschickt greift Osmers die politischen Vereinsthemen auf und übersetzt sie für Bremen: Er tritt im regionalen Fernsehen auf und spricht mit dem „Weser-Kurier“, der Zeitung vor Ort: über die elektronische Fußfessel als Schutz für Frauen vor gewalttätigen Partnern, über die Belastungen durch True-Crime-Filme für Opferangehörige.

Im Bürgerpark ziehen dunkle Wolken auf. Osmers lässt den Schirm zu und steuert die nahe „Meierei“ an, dort gibt es ein Dach und eine gute Marzipantorte. Er ist zufrieden mit seinem Ruhestandsleben als Medienmann des WEISSEN RINGS in Bremen. „Damals musste ich immer bei kritischen Themen Rede und Antwort stehen“, sagt der ehemalige LKA-Chef. Er lächelt: „Jetzt darf ich eine richtig gute Sache verkaufen.“

Die Visionärin

Noch gehört Lea Gärtner mit ihren 34 Jahren zu den Jungen Mitarbeitenden des WEISSEN RINGS, ist aber schon seit mehr als zehn Jahren im Verein aktiv und mittlerweile stellvertretende Landesvorsitzende in Hessen. Gärtner hat in der Zeit viel bewegt.

Es ist einer dieser wechselhaften Sommertage. Noch scheint die Sonne durch die großen Fenster von Lea Gärtners Haus in Offenbach, bald werden jedoch dunkle Wolken aufziehen. Die Temperatur wird drastisch fallen und literweise Wasser vom Himmel stürzen. Das strahlende Lächeln von Gärtner hingegen wird nicht verschwinden. Sie ist eine fröhliche Person.

Ihr erster Berufswunsch war Springreiterin. „Wie jedes Mädchen, das reitet“, sagt Lea Gärtner und lacht. Bei diesem Berufswunsch blieb es nicht, es kamen weitere hinzu: Ärztin, Anwältin ... Heute hat die 34-Jährige einen Doktor in Politikwissenschaft und arbeitet im Bereich generative künstliche Intelligenz (KI). Dass sie einen eher wissenschaftlichen und technischen Weg einschlagen würde, war jedoch zunächst nicht zu erkennen.

„Als ich 14 Jahre alt war, fing ich an, in der Kanzlei meines Nachbarn zu jobben. Später, als es nicht mehr unseriös war, durfte ich sogar ans Telefon gehen“, sagt Gärtner. Lange ging sie diesen Weg weiter, wollte Anwältin werden, im ersten Jura-Semester kam dann aber die Erkenntnis: Es langweilte sie. Also studierte die Offenbacherin Politikwissenschaften.

Unergiebig war die Zeit in der Juristerei aber nicht, da sie dadurch zum WEISSEN



Text & Foto:
Selina Stiegler

RING kam. „Die Kanzlei war auf Familienrecht spezialisiert und da wird es schnell hässlich: Scheidung, Vorwürfe der häuslichen Gewalt und Sorgerechtsstreit. Rechtsanwälte können in ihrem Gebiet helfen, aber Betroffene haben viele Baustellen und da braucht es ebenfalls Leute, die helfen“, sagt Gärtner. Es gab nicht den einen Fall, dessentwegen sie beschloss, zum WEISSEN RING zu gehen. Es war die Masse an Fällen, bei denen sie sich dachte: „Es muss doch was passieren.“

Unvergessliche Fälle

Anfangen hat sie in der Opferbetreuung. Aus dieser Zeit sind ihr vor allem zwei Fälle in Erinnerung geblieben. „Es war zur Weihnachtszeit, wir waren knapp besetzt. Da kam eine Frau auf uns zu, die in der Vergangenheit sexualisierte Gewalt durch ihren Expartner erlebt hatte“, erzählt Gärtner. Nachdem Jahre vergangen waren, stand er wieder in ihrem Treppenhaus. Nicht weil er sie verfolgte, sondern weil er in die Wohnung über ihr zog. „Er konnte sich an die Tat nicht erinnern, es war wohl Alkohol im Spiel. Es gab kein Verfahren und wir hatten nichts gegen ihn in der Hand“, so Gärtner. Sie kontaktieren die Hausverwaltung. „Am Ende zog er nach einem Gespräch mit

↑
Lea Gärtner (34) in ihrem Haus in Offenbach. In ihrer Freizeit liest sie gerne, um mit den Gedanken in eine andere Welt zu tauchen.

„Für uns Junge Mitarbeitende ist das eine Herzensangelegenheit und ein superwichtiges Thema“ Lea Gärtner

der Polizei freiwillig aus – das bestärkte mich darin, dass er wirklich nicht wusste, dass das, was er getan hat, sexualisierte Gewalt war“, sagt Gärtner. Sie selbst habe es sehr ermutigt zu sehen, wie die Betroffene sich in der Zeit entwickelte, Erleichterung verspürte und ihr Leben weiterlebte.

Weniger glücklich denkt Gärtner an den zweiten Fall zurück. Es ging um sexualisierte Gewalt durch einen Zwölfjährigen an seiner fünfjährigen Schwester. Sie erlebte eine enorme Belastung zwischen dem Leid des Opfers, der Verzweiflung der Mutter und ihrer eigenen Hilflosigkeit. Die pragmatische Haltung des Kollegen half kurzfristig. „Ich konnte kurz durchatmen, und wir konnten auf der Sachebene helfen, aber nicht mehr tun. Da wird es niemals ein Happy End geben“, erinnert sich Gärtner, noch heute sichtlich berührt. Trotz Supervision und Gesprächen im Team betreute sie danach keine Fälle mehr, bei denen Kinder die Opfer waren.

Lea Gärtner ist nach mehr als zehn Jahren nicht mehr aus dem Verein wegzudenken. Sie engagiert sich in der Präventions- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie hält Vorträge an Schulen, gibt Medien Interviews und beteiligt sich auch an Social-Media-Formaten wie Instagram-Reels. Mittlerweile ist sie stellvertretende Landesvorsitzende in Hessen. In dieser Funktion bildet sie neue ehrenamtliche Mitarbeitende aus, außerdem ist sie Jugendbeauftragte und betreut die Jungen Mitarbeitenden.

Auch trifft man sie an Infoständen auf großen Veranstaltungen wie dem Christopher Street Day (CSD). Die jährlich stattfindende Demonstration kämpft für die Rechte von Homosexuellen, trans Personen und queeren Menschen. „Für uns Junge Mitarbeitende ist das eine Herzensange-

legenheit und ein superwichtiges Thema“, sagt Gärtner. Der WEISSE RING schreibe sich auf die Fahne, Opfern von Straftaten zu helfen, unabhängig von Religion, Hautfarbe, Geschlecht oder Orientierung. „Dadurch gehört für mich dazu, dass wir auf Menschen, die beispielsweise aufgrund ihrer sexuellen Orientierung Opfer einer Straftat werden, anders eingehen“, sagt sie. Wird eine homosexuelle oder trans Person angegriffen, dann sei dies ein Angriff auf ihre Identität. „Der WEISSE RING sollte daher geschlechtergerechte Materialien anbieten, bei der Betreuung von Betroffenen auf die richtigen Pronomen achten, unabhängig von unserer persönlichen Meinung. Das ist unsere Aufgabe, und wer das nicht kann, sollte nicht helfen“, macht Lea Gärtner deutlich.

Ihre starken Meinungen und ihr damit einhergehendes Selbstbewusstsein kommen im Gespräch immer wieder durch. Sie muss nicht lange überlegen, um die richtigen Worte zu finden. Man merkt ihr an, wie viel Erfahrung sie im Opferschutz hat und wie lange sie den Werdegang des WEISSEN RINGS begleitet.

Kein Stehenbleiben

„Wir sollten uns als Verein weiterentwickeln, neue und junge Mitarbeitende gewinnen und dürfen nicht stehenbleiben“, fordert Gärtner. Sowohl auf politischer als auch auf technischer Ebene gelte es, eine Balance zu finden zwischen finanziellen Möglichkeiten und dem, was man Ehrenamtlichen an Veränderungen zumuten könne. „Das ist ein spannendes Feld, in dem sich viel bewegen wird“, sagt Gärtner. Ab 35 Jahren darf sie die Jungen Mitarbeitenden nicht mehr betreuen. „Was mich aber weiter im Verein halten wird, ist sowohl die inhaltliche Arbeit als auch die Möglichkeit, mich dort weiterzuentwickeln“, sagt Gärtner. So werde es nie langweilig. Sie blickt positiv in die Vereins Zukunft, mit vielen neuen Mitarbeitern. Ihr Ziel: Neue Antworten auf alte Fragen zu finden, um Opfern weiterhin effektiv helfen zu können.

Der kühle Kopf

Als Fachanwalt für Strafrecht ist Hagen Karisch Opferanwalt, aber er vertritt auch Mörder und Betrüger. Diese gegensätzlichen Perspektiven helfen ihm bei seiner Arbeit für den WEISSEN RING.

Für das Interview ist Hagen Karisch schnell aus Leipzig nach Grimma gekommen. Die 40 Kilometer lange Strecke schafft er in 30 Minuten. Nach dem Interview fährt er nach Leipzig zurück, denn dort hat er seine Anwaltskanzlei, die im Zentrum unweit vom Landgericht und der Staatsanwaltschaft liegt. Aber auch in Grimma hatte er Verhandlungen am Amtsgericht. Seit einiger Zeit befindet sich hier eine weitere Niederlassung seiner Kanzlei. Außerdem ist er seit Juli der neue Außenstellenleiter des WEISSEN RINGS im Landkreis Leipzig mit Grimma als bevölkerungsreichster Stadt.

Die Altstadt von Grimma ist sehr schön, sagt Karisch. Auf seinem Weg ins Büro kommt er immer am Marktplatz vorbei. „Nur abends ist hier tote Hose.“ Das ist in Leipzig natürlich anders. Dort hat er viele spektakuläre Fälle verhandelt, über die sogar verschiedene Medien berichtet haben. Er selbst kann sich nicht mehr an alle Details erinnern. In den 32 Jahren als Anwalt hat er einfach zu viele Fälle betreut.

Einen kühlen Kopf bewahren

Einer dieser spektakulären Fälle war der Messerangriff von Chemnitz im August 2018, bei dem ein 35-Jähriger getötet



Text & Foto:
Beate Erler

↑
Hagen Karisch in Grimma. Der Familienvater wechselt zwischen Strafverteidiger und Opferbetreuer hin und her.

und zwei Menschen schwer verletzt wurden. Karisch vertrat eines der Opfer, das lebensbedrohliche Stichwunden erlitt. Einer der Täter, ein Syrer, wurde zu einer langjährigen Freiheitsstrafe verurteilt. Der andere mutmaßliche Täter aus dem Irak ist weiter auf freiem Fuß und wird mit Haftbefehl gesucht. Der Fall sorgte auch deshalb lange für Aufsehen, weil es gewalttätige Demonstrationen von rechten Gruppen in der Stadt gab.

Als Opferanwalt musste Karisch trotz der explosiven Stimmung einen kühlen Kopf bewahren. Ihm ging es um die Aufklärung eines Verbrechens und nicht um Politik. Das Opfer, sein Mandant, sollte nicht beeinflusst oder instrumentalisiert werden.

Aus seiner langjährigen Erfahrung weiß er, dass die Opfer zu wenig repräsentiert sind und oft zu kurz kommen – für ihn ein Grund, sich neben seiner Arbeit beim WEISSEN RING zu enga-

„Ich kenne alle Seiten, und das hilft mir bei meiner Arbeit für den WEISSEN RING ungemein.“ Hagen Karisch

gieren. Auch in dem Chemnitzer Fall wurden die Aussagen des Opfers vor Gericht angezweifelt, was dem Betroffenen psychisch schwer zu schaffen machte.

Den Wunsch, Jura zu studieren, hatte Hagen Karisch bereits mit 18 Jahren, nach einem Praktikum am Bautzener Gericht. Danach stand für ihn fest, dass er mit diesem Beruf Menschen helfen kann und will.

Von 1986 bis 1990 studierte er Rechtswissenschaft in Jena. Direkt nach der Wende gehörte er zu den ersten Studenten der ehemaligen DDR, die nach Bamberg gingen, wo die Sächsische Justiz sie neu ausbilden ließ. Dort machte er sein zweites Staatsexamen und blieb. „Das war eine tolle Zeit“, erinnert er sich, „ich bin mit dem Flugzeug ständig deutschlandweit unterwegs gewesen und hatte spannende Fälle.“

Auf seiner Kanzlei-Website sieht man einen Geigenspieler in einem Orchester. Darauf angesprochen, ob er selbst das Instrument spielt, sagt er lächelnd: „Nein, aber ich spiele die erste Geige.“ Im Jahr 1995 wird er von einer Leipziger Kanzlei abgeworben. „In Leipzig gab es zu der Zeit nur eine Handvoll Anwälte, die sich im Strafrecht auskannten“, sagt er. Durch seine Arbeit als Anwalt im Strafrecht kennt er den WEISSEN RING schon lange. Seit 2012 ist der 60-Jährige als Einzelanwalt selbstständig. So hat er auch schon einen Frauenmörder oder einen älteren Mann verteidigt, der zur Beihilfe wegen Drogenhandels verurteilt wurde und den die Presse „Drogen-Opa“ nannte. „Ich kenne alle Seiten, und das hilft mir bei meiner Arbeit für den WEISSEN RING ungemein“, sagt Karisch. Denn die meisten Fragen der Opfer beziehen sich auf das Strafverfahren, die Ermittlungsarbeit und die Opferrechte.

Im Oktober 2023 kam er als ehrenamtlicher Mitarbeiter zum Opferschutz-

verein. Nicht einmal zwei Jahre später ist Karisch Außenstellenleiter. Neben der umfangreichen Betreuung der Opfer sieht er seine Hauptaufgabe auch darin, den WEISSEN RING im Landkreis bekannter zu machen. Und dafür braucht es mehr Ehrenamtliche, denn im Moment ist er allein. „Interessenten können sich gern bei mir über die Website vom WEISSEN RING melden“, sagt er.

Ideen und Pläne für die Zukunft hat er: zum Beispiel eine Sprechstunde im Rathaus zweimal im Monat, Präventionskurse an Schulen zu Gefahren wie K.-o.-Tropfen oder in Altenheimen zum Thema Schock-Anrufe.

Bisher hat er etwa 20 Opferfälle betreut. Meist melden sich Frauen, die Opfer von Sexualstraftaten, Raub, Stalking oder Körperverletzung wurden. Manchmal geht es darum, Menschen wieder aufzurichten und ihnen Lebensmut zu geben, ein anderes Mal muss er mit Wut umgehen. „Ich glaube aber, dass ich das gut kann“, sagt Karisch, „ich mag es, Menschen zu führen und zu beraten.“

Aktuell betreut er ein vierjähriges Mädchen, das von seinem Vater sexuell missbraucht wurde. Die Mutter hatte sich Hilfe suchend im Landesbüro gemeldet und wurde an ihn vermittelt. „Ihre Tochter habe ihr erzählt, dass der Papa sie angefasst hätte“, erzählt Karisch. „Bei sexuellem Missbrauch geht es dann schnell darum, dass der Vater kein Umgangsrecht mehr hat, und schon sind wir im rechtlichen Bereich.“

Das vierjährige Mädchen, wurde von der Polizei vernommen. Es wurde eine Videovernehmung gemacht, damit das Kind nur einmal aussagen muss. Seine Arbeit geht jetzt über die für den WEISSEN RING hinaus, denn Karisch vertritt das Mädchen auch im Strafverfahren.

Er selbst hat eine 20-jährige Tochter, die Medizin in Magdeburg studiert. Seine Arbeit als Anwalt im Strafrecht hat ihn geprägt. „Ich weiß einfach, was alles passieren kann, und ich habe meiner Tochter zum Teil brutale Wahrheiten erzählt.“ Trotzdem kann ihn kein Opferfall so leicht aus der Ruhe bringen.

Aus den Ländern



Niedersachsen

Kino-Tage der besonderen Art

Das „Roxy“-Kino im niedersächsischen Holzminden war Schauplatz von zwei besonderen Nachmittagen. Im Mittelpunkt der von der AG Seniorensicherheit, der auch der WEISSE RING angehört, organisierten Veranstaltungen stand die Aufklärung über Betrugsformen, die sich vor allem gegen ältere Menschen richten. Am Rande einer Filmvorführung und einer Podiumsdiskussion lieferten die beteiligten Akteure viele Informationen und betrieben intensive Präventionsarbeit. Die Initiatoren betonten: Opfer sollen sich aktiv an die Polizei und an den WEISSEN RING wenden.



Zeigten Flagge auf dem CSD in Stuttgart: Ehrenamtliche des WEISSEN RINGS Baden-Württemberg

Ein informativer Abend – so das Resümee der Beteiligten (von links): Bürgermeister Christian Belke, Polizeihauptkommissar Christian Rusniok, Elke Leuckel vom Seniorenrat Holzminden, Silvia Kieven und Elke Wünsche vom Senioren- und Pflegestützpunkt des Landkreises Holzminden, Bernd Hofmann, ein Teilnehmer aus der Podiumsdiskussion, und Werner Friedrich, Leiter der Außenstelle Holzminden



Baden-Württemberg

Zusammen für Vielfalt und Toleranz

Mit einem Infostand war der WEISSE RING Baden-Württemberg in diesem Jahr erstmals beim Christopher Street Day in Stuttgart vertreten. Vor Ort wurde ausgiebig über die Arbeit des Vereins informiert, das Interesse war groß. Es gab viel Lob für das Engagement im Opferschutz und den Wunsch, im kommenden Jahr erneut präsent zu sein. Auch der Spaß kam nicht zu kurz: Am Glücksrad bildeten sich zum Teil lange Schlangen. Der Infostand wurde von den Jugendbeauftragten und der jungen Gruppe im WEISSEN RING organisiert, Mitarbeitende aus verschiedenen Außenstellen halfen mit.



Berlin

Präsent sein

Gemeinsam mit Netzwerkpartnern Präsenz in der Öffentlichkeit zeigen: Das war der Ansatz der Außenstelle Spandau des WEISSEN RINGS bei besonderen Aktionen in Berlin. Zunächst suchten junge Polizeibeamtinnen und -beamte der Berliner Polizeiakademie in der Altstadt Spandau das Gespräch mit älteren Menschen, um über das Thema Enkeltrick und Trickbetrug aufzuklären. Der

WEISSE RING war hier ebenso präsent wie bei einer späteren Präventionsaktion in der Vorhalle des Spandauer Fernbahnhofs, bei der es um Sicherheitsaspekte in Bus und Bahn ging.



Sachsen-Anhalt

Gemeinsam handeln

Der Tag der offenen Tür in der Fachhochschule Aschersleben in Sachsen-Anhalt im Juni war ein großer Erfolg. Bei idealem Wetter nutzten viele Menschen die Gelegenheit, sich über die Arbeit der Polizei zu informieren. Beteiligt waren auch Gewerkschaften, Justiz und verschiedene Netzwerkpartner, darunter der WEISSE RING. Die Mitarbeitenden verschiedener Außenstellen lieferten den Interessierten viele Informationen über die Arbeit und die Angebote des Vereins. Zusätzlich diente der Tag als gute Möglichkeit, sich mit Netzwerkpartnern auszutauschen.



Schleswig-Holstein

Infos beim Seefest

Das Segeberger Seefest lockte auch in diesem Sommer zahlreiche Menschen an. Teil des abwechslungsreichen Programms war der WEISSE RING. Die Außenstelle Kreis Segeberg in Schleswig-Holstein hatte einen Infostand aufgebaut, und dank der Unterstützung der Außenstellen Kreis Pinneberg und Kreis Herzogtum

Stellten ihre Arbeit vor: Simon Brose und Doris Bellinger von der Außenstelle Kreis Segeberg

Informierten die Besucher: Uta Wilkmann (links) und Yvonne Reinicke (Außenstelle Magdeburg) sowie Christoph Alt (Außenstelle Halle)

Informierten über K.-o.-Tropfen: Reinhild Zolg (Präventionsteam Kreis Bergstraße), Edith Stier-Thompson (Leiterin der Außenstelle Hessen-Süd), Apotheker Dr. Saur, Angelika Beckenbach (Erste Kreisbeigeordnete), Johannes Hofmann (Polizei Südhessen), Weinkönigin Katja Simon und Nadja Niesstroj (Präventionsteam Kreis Bergstraße)



Lauenburg konnte das große Interesse an der Arbeit des Vereins mit vielen Informationen beantwortet werden. Es entwickelten sich zahlreiche Gespräche, zudem wandten sich einige Betroffene mit ganz konkreten Fragen nach Hilfe an das Team des WEISSEN RINGS.



Hessen

Sicher feiern

Der WEISSE RING hat sich mit seiner Außenstelle Hessen-Süd an einer Kampagne beteiligt, die auf Initiative des Präventionsteams Kreis Bergstraße entwickelt wurde. Im Mittelpunkt standen die Gefahren durch K.-o.-Tropfen, die aufgrund ihrer Farb- und Geruchlosigkeit von Betroffenen häufig nicht wahrgenommen werden – mit oft fatalen Folgen für die Opfer. Der Auftakt der Kampagne fand auf dem Weinmarkt im hessischen Heppenheim statt. Den teilnehmenden Kooperationspartnern ging es unter dem Motto „Feiern? ... aber sicher! Wir passen aufeinander auf“ um Aufklärung und Sensibilisierung.





Es braucht Vielfalt in der Opferhilfe

Paulina Haug unterstützt den WEISSEN RING seit 2022 als Opferberaterin in Konstanz

Interview:
Christiane Flemig

Wie bist Du zum WEISSEN RING gekommen?

Mein Interesse an der Arbeit des Vereins entstand mit dem Beginn meines Jura-Studiums. Ich habe schnell festgestellt, dass es im Rahmen der Strafverfolgung hauptsächlich um den Täter geht. Das Opfer bleibt meistens sich selbst überlassen. Es ist nicht einfach, sich mit den ganzen Rechtsnormen und dem Ablauf eines Strafverfahrens zu beschäftigen. Aber genau das ist es, was von Opfern erwartet wird, wenn sie ihre Rechte geltend machen wollen. Ich empfand diesen Zustand als ungerecht und wollte etwas dagegen unternehmen. So bin ich auf den WEISSEN RING gestoßen. Seit Frühjahr 2022 unterstütze ich als Opferberaterin die Außenstelle Konstanz. Außerdem bin ich aktuell eine der Landesjugendbeauftragten in Baden-Württemberg.

Warum ist der Verein auch für junge Menschen interessant?

Er gibt ihnen die Chance, sich in einem etablierten, bundesweit vernetzten Hilffssystem zu engagieren. Man wird nicht nur als Opferhelferin gebraucht, sondern kann auch eigene Perspektiven in die Präventions- oder Öffentlichkeitsarbeit einbringen. Der Verein bietet eine strukturierte Ausbildung, professionelle

Begleitung und echte Wertschätzung für das Engagement. Es ist wichtig, dass sich auch junge Menschen beteiligen, weil Vielfalt bei der Opferhilfe essenziell ist. Insbesondere jüngere Opfer fühlen sich eher verstanden, wenn sie auf junge Mitarbeitende treffen.

Gibt es Fälle, die Dich besonders beschäftigt haben?

Ja, meistens sind das Fälle, die eine gewisse Nähe zu meinem eigenen Leben haben, beispielsweise wenn ich Studentinnen berate.

Wie würdest Du Deine Arbeit beim WEISSEN RING in drei Worten beschreiben?

Erfüllend, herausfordernd, nah am Menschen.

Was würdest Du Dir für Kriminalitätsoffer wünschen? Was muss sich aus Deiner Sicht verbessern?

Ich wünsche mir für Kriminalitätsoffer vor allem, dass sie gesehen, gehört und ernst genommen werden, ohne Schuldgefühle und ohne Scham. Sie sollen wissen, dass sie Halt in der Gesellschaft erfahren, nicht allein sind. Ich sehe hier vor allem bei Gerichtsverfahren Verbesserungsbedarf. Sie müssen opfergerechter werden. Außerdem sehe ich im digitalen Raum Nachholbedarf. Cybermobbing, digitale sexualisierte Gewalt und Hasskriminalität betreffen besonders junge Menschen, doch es fehlen oft spezialisierte Anlaufstellen.

↖
Paulina Haug engagiert sich seit 2022 ehrenamtlich beim WEISSEN RING. Sie begleitet Opfer zu Vernehmungen und Gerichtsterminen. Als Landesjugendbeauftragte organisiert sie Treffen und Projekte der Jungen Gruppe in Baden-Württemberg. Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf den Bereichen Aufklärung und Prävention.